

Grünes Kommunalwahlprogramm für München zur Kommunalwahl 2014

(Textversion)

1. Kapitel: Einführung in das Programm

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

am 16. März 2014 wählen Sie den Münchner Stadtrat und die/den Münchner OberbürgermeisterIn. Sie entscheiden, wie München in Zukunft regiert wird und welche Weichen für die Entwicklung unserer Stadt in den kommenden sechs Jahren gestellt werden.

Die Attraktivität unserer Stadt ist ein Kompliment für alle, die zu ihrer Kreativität und ihrem weltoffenen Klima beitragen. Eine Bestätigung auch für unsere GRÜNE Stadtpolitik und unseren Einsatz für Klimaschutz, für Grün in der Stadt, für eine nachhaltige Mobilität, für bessere Bildungschancen und soziale Gerechtigkeit. Wir GRÜNE setzen uns auch künftig für unser ökologisches, weltoffenes und gerechtes München ein.

München hat in den letzten Jahren ein enormes Bevölkerungswachstum erlebt. Dieses Wachstum stellt die Stadt vor enorme Herausforderungen: Fast die gesamte öffentliche Infrastruktur ist unter Druck geraten. Ob bezahlbarer Wohnraum, Kinderbetreuung oder öffentliche Verkehrsmittel – die Nachfrage ist spürbar gestiegen und erfordert entschlossenes Handeln der Politik. Das anhaltende Bevölkerungswachstum darf weder zur leichtsinnigen Verschleuderung von Ressourcen noch zu einer Vertiefung der sozialen Gräben in der Gesellschaft führen.

Wir GRÜNE stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Welt, in der wir leben. Nur wenn wir unsere Umwelt und unser Klima schützen, wird es eine lebenswerte Zukunft geben. Als GRÜNE in der Großstadt München sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung: für die Menschen, die in dieser Stadt leben ebenso wie für andere Städte und Länder in einer immer stärker vernetzten Welt. Wir Münchner GRÜNE möchten diese Stadt weiterhin als starke politische Kraft im Stadtrat und in der Stadtregierung mitgestalten.

Wir möchten, dass die Münchnerinnen und Münchner in ihrer Heimat auch in Zukunft gut leben können. Voraussetzungen dafür sind die GRÜNE Handschrift und unsere nachhaltigen Konzepte für die Stadtpolitik.

- Wir brauchen bezahlbare Wohnungen in München. Dazu müssen wir mehr Wohnungen bauen als bisher. Wir können es schaffen: bezahlbare Mieten, eine lebendige Stadt und eine hohe Lebensqualität mit viel Grün in der Stadt. Eine lebenswerte Großstadt braucht genügend Raum zum Erholen und ausreichend Frei- und Grünflächen.

- Wir werden auch künftig mit Hochdruck an mehr Krippen, Kindergärten und Ganztageseschulen arbeiten, in denen die Qualität der Betreuung ausgebaut wird und die Platz und Förderung für ALLE Kinder bieten, egal aus welchem Elternhaus und mit welchem Handicap sie in diese Welt starten.
- Wir wollen mehr Platz für die Zufußgehenden und Radfahrenden sowie einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Ein eigenes Auto in der Stadt wird oft nicht mehr benötigt. Stattdessen brauchen die Münchnerinnen und Münchner mehr Platz zum Verweilen oder Spielen auf öffentlichen Plätzen.
- Wir GRÜNE setzen uns für mehr Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung ein: Wir möchten, dass sich Menschen in ihrer Kommune engagieren und fördern dies in allen Bereichen. Für uns GRÜNE ist es selbstverständlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger, die in München leben, unsere Stadt gemeinsam gestalten können, unabhängig davon, von woher sie in diese Stadt zugezogen sind. Politische Entscheidungen dürfen nicht in Hinterzimmern getroffen werden. Sie müssen transparent sein. Politik ist den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft schuldig. Diesen Wert leben wir GRÜNE schon lange, er ist eines der Fundamente einer modernen demokratischen Gesellschaft.

Wir GRÜNE haben schon immer ein konsequentes Verständnis von Politik: Zu unseren Werten und Überzeugungen stehen wir auch dann, wenn uns der Wind ins Gesicht bläst. Wir sind für den Ausstieg aus der Atomenergie eingetreten, als noch keine andere Partei davon etwas wissen wollte. Wir kämpfen seit vielen Jahren für gleiche Rechte von Schwulen, Lesben und Transgender. Wir haben gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gegen eine sehr große Koalition aus Wirtschaft, CSU und SPD die überflüssige dritte Startbahn am Münchner Flughafen gestoppt.

Auch in den kommenden Jahren werden wir uns für München einsetzen. Was wir GRÜNE in München erreichen möchten, erfahren Sie auf den folgenden Seiten. Damit unsere Ideen für die Stadt Wirklichkeit werden, brauchen wir Ihre Unterstützung! Je mehr Gewicht wir GRÜNE im Stadtrat haben, desto konsequenter lassen sich unsere Forderungen umsetzen, getreu dem Motto: Mehr GRÜN, mehr MÖGLICH!

Stimmen Sie bei den Kommunalwahlen 2014 für unsere GRÜNE OB-Kandidatin Sabine Nallinger und für unsere GRÜNEN Listen bei den Stadtrats- und Bezirksausschuss-Wahlen!

2. Kapitel: Stadtentwicklung – Wohnen – Öffentlicher Raum.

Mehr Platz für Alle: kompakt, urban, grün – kreativ

Viele Münchnerinnen und Münchner sehen besorgt die wachsende Wohnungsnot und das zunehmende Interesse von Investorinnen und Investoren aus aller Welt am hiesigen Immobilienmarkt. Für Viele wird es immer schwieriger, in unserer Stadt Wohneigentum zu erwerben oder die Miete zu bezahlen. Um dem zu begegnen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, brauchen wir eine kreative Planung und qualifizierte Nachverdichtung in der Stadt. Den Weg dazu haben wir bereits geebnet: Immerhin hat München das mit Abstand größte kommunale Wohnungsbauförderprogramm Deutschlands auf den Weg gebracht. Wir GRÜNE wollen darüber hinaus wertvolle Frei-, Grün- und Naturflächen sichern sowie eine Wende im Mobilitätsverhalten anstoßen: weniger Autofahren, mehr Zufußgehen, Radfahren und öffentlicher Verkehr. Dazu gehört auch die Entwicklung von sozial, ökologisch und wirtschaftlich funktionierenden Stadtvierteln, die Identifikation stiften und den Gemeinsinn ihrer Bewohnerinnen und Bewohner fördern.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen auf Plätzen, Parks und Grünanlagen, bei Festen, Märkten und Protesten, bei Kommunikation und alltäglichen Begegnungen im Öffentlichen Raum die Nähe ihrer Mitmenschen erleben und sich zugleich im Grünen erholen. Wir GRÜNEN wollen hier gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern nach Lösungen suchen: Wie können mehr Urbanität und bezahlbarer Wohnraum funktionieren? Wie können Öffentliche Räume für die aktuellen Bedürfnisse der Münchnerinnen und Münchner erhalten, angepasst oder neu gestaltet werden? Verdichtung, Lebensqualität und Stadtreparatur sind keine Gegensätze. Wir werden diese Aktionsfelder miteinander kombinieren.

München gehört uns allen – gemeinsam!

Von 2014 bis 2030 wird München nach der mittleren Planungsprognose des Demografie-Berichts des Planungsreferates um über 210.000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen. Für die gesamte Region wird mit mindestens 400.000 mehr Bürgerinnen und Bürgern in München, im Landkreis und im Umland gerechnet. Dabei haben die Stadt und die Region bereits von 2000 bis 2013 über 300.000 Neubürgerinnen und Neubürger integriert. 2030 werden im Münchner S-Bahn-Bereich mehr als drei Millionen Menschen leben! Von 2000 bis 2010 wuchs die Stadtbevölkerung in München bereits um durchschnittlich 10.000 Menschen im Jahr. Zwischen 2011 und 2012 hat sie sogar um jeweils 25.000 Menschen pro Jahr zugenommen.

DIE große Herausforderung in den nächsten Jahren wird die künftige Stadtentwicklung sein. Um diese Entwicklung mit der richtigen Balance aus Mut, Kreativität und Bedacht im Sinne eines sozialen, lebenswerten, urbanen und ökologischen Münchens zu verantworten, sind die GRÜNEN mit ihrer fundierten Politik der nachhaltigen Stadtentwicklung auch für künftige Generationen die Richtigen.

Bau von bezahlbaren Wohnungen mit Mut und Kreativität weiter ankurbeln

Das aktuell starke Wachstum der Stadtbevölkerung kann eine Chance für unsere Stadt sein. Vorausgesetzt, wir steigern das derzeitige jährliche Wohnungsbauziel der Stadt München von 7.000 auf 9.000 neuen Wohnungen innerhalb des Stadtgebiets. Der Anteil der dauerhaft

gesicherten, bezahlbaren Neubauwohnungen von jetzt 1800 wird dann auf mindestens 3000 pro Jahr erhöht. Mit „bezahlbaren Wohnungen“ meinen wir Mietwohnungen, die durch Bindung und/oder auf Dauer angelegte Konzeption (z. B. Genossenschaften) dem spekulativen Wohnungsmarkt entzogen sind. Auf den großen Planungsgebieten innerhalb des Stadtgebietes, wie z. B. Freiham, ist aber nach jetzigem Planungsstand nur noch Platz für höchstens 50.000 Wohnungen (bei Anwendung der Bebauungsplanpraxis der letzten 5 Jahre). Höhere Baudichten im Bestand sind daher bei allen Neubauplanungen notwendig.

Damit bestehender Wohnraum besser genutzt wird, unterstützt GRÜNE Wohnungspolitik beispielsweise alleinlebende ältere Menschen, die in kleinere, altersgerechte Wohnungen umziehen wollen. Ferner wollen wir in allen Generationen die Akzeptanz gemeinschaftlicher Wohnformen wie Wohngemeinschaften fördern.

Bei der Verdichtung das Gleichgewicht zwischen Bewahren und Entwickeln halten

Wesentliche Voraussetzungen dafür, dass die unvermeidliche räumliche Verdichtung gut – also menschen-, sozial-, umwelt- und stadtverträglich – gelingt, ist:

- weiter verstärkte Anstrengungen im Neubau und beim Erhalt von bezahlbarem Wohnraum
- verbesserte Qualität und Nutzbarkeit des Öffentlichen Raumes im ganzen Stadtgebiet
- eine menschen- und umweltgerechte Mobilitätskultur
- verbesserte soziale und kulturelle Angebote in Einrichtungen und im Öffentlichen Raum
- Bereitstellung und Erhalt von ausreichend Grün- und Freiflächen
- Schutz von ökologisch wertvollen Naturflächen und Biotopen
- hohe Qualität und Verträglichkeit in Städtebau und (Landschafts-)Architektur,
- eine andere Planungskultur mit guter BürgerInnenbeteiligung und -mitverantwortung

Kluge Verdichtung statt Zersiedelung von Stadt und Umland

Würde ein zu großer Teil des Wohnungsbedarfs der Zukunft im Umland verwirklicht, wären unsere Naherholungsgebiete und bedeutende Naturflächen bald zugebaut. Das kann aus Sicht der GRÜNEN nicht das Ziel sein, auch weil dadurch immer mehr Autoverkehr in München entsteht und U- und S-Bahnen noch stärker belastet werden. Wir werden daher auch innerhalb des Stadtgebiets und direkt in unserer Nachbarschaft verdichten müssen. Soweit der Zuzug nicht deutlich abnimmt, werden wir in München mit seinen knappen Flächen moderat und im Mittel um ein bis zwei Stockwerke in die Höhe gehen müssen, wenn wir nicht wertvolle Freiflächen, Parks und Grünanlagen für Wohnungsbau opfern wollen. Zudem werden wir Prioritäten bei der Nutzung des Öffentlichen Raums in der Stadt setzen müssen.

Eine Chance beinhaltet die Verdichtung dann, wenn sie geplant in zentralen Stadtbereichen erfolgt. Eine Reihe von Stadtgebieten würde durch eine stärkere Zentrenbildung aufgewertet. Gerade in Stadtvierteln, in denen Stadtteilzentren fehlen bzw. unzureichend ausgestaltet sind, soll die Verdichtung genutzt werden, um die Viertel attraktiver zu machen. Dazu ist ein vielfältiges, kleinteiliges Angebot an Einzelhandel, Gesundheitsvorsorge und kulturellen Einrichtungen zu schaffen. Auch Erholungs- und Sporteinrichtungen sowie eine vernetzte Erschließung mit attraktivem öffentlichem Verkehr und kurzen Wegen für Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer sind nötig. Der Münchner Norden ist ein

geeignetes Gebiet, um eine neues Stadtteilzentrum zu schaffen. Hier wandelt sich ein industriegewerblich und militärisch geprägtes Gebiet zum dichten Wohnviertel. Die Bebauung der ehemaligen Bayernkaserne böte gute Möglichkeiten für eine Aufwertung.

Aufgrund

- der aktuellen Abnahme des Autoverkehrs um 16 Prozent innerhalb des Mittleren Rings,
- vieler überdimensionierter Straßen außerhalb des Mittleren Rings,
- vieler noch vorhandener oberirdischer und zu wenig genutzter Parkplätze und Garagenhöfe,
- sowie zahlreicher unattraktiver Rest- und Abstandsflächen

wollen wir Münchner GRÜNEN nicht mehr benötigte Verkehrsflächen und deren Restflächen in bezahlbaren Wohnraum und lebenswerten Öffentlichen Raum umwandeln und diese den Bürgerinnen und Bürgern für Aufenthalt, Begegnung und Kommunikation zurückgeben. Die meisten dieser Liegenschaften sind in kommunaler Hand. Das bietet enorme Potentiale für neue bezahlbare Wohnungen kombiniert mit Plätzen, Parks und Spielplätzen für alle! In einer stadtweiten Studie sollen dazu 750 Münchner Kreuzungssituationen (vgl. Platzstudie des Baureferats von 1991) hinsichtlich ihrer Eignung als Stadtviertelplätze und als mögliche Flächen für bezahlbaren Wohnungsbau untersucht werden. Modellprojekte sollen in der Wahlperiode 2014 bis 2020 in Angriff genommen werden.

In den sogenannten Gartenstädten wollen wir die seit Jahren praktizierte willkürliche Nachverdichtung durch private Bauträger stoppen und die Entwicklung durch städtebauliche Rahmenpläne kontrolliert steuern. Mit diesem Instrument können wir den Gartenstädten in Stadtrat und Verwaltung höhere Aufmerksamkeit widmen, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken, neuen bezahlbaren Wohnraum schaffen und gleichzeitig wertvolle Grünstrukturen dauerhaft erhalten bzw. weiterentwickeln. Ziel ist es, den Grünbestand und die Freiflächen zu erhalten. Sei es, indem die Gebäude nur aufgestockt werden, oder die Dächer der verdichteten Flachbauten begrünt und benutzt werden. In den mit öffentlichen Verkehr und öffentlichen Freiflächen gut versorgten Bereichen kommt auch eine gezielte Erhöhung des Baurechts in Betracht. GRÜNE Stadtentwicklung heißt, Veränderungsprozesse positiv zu steuern. Dazu wollen wir dem Verlust an Freiflächen entgegenwirken und bestehende Plätze, Freiflächen und Grünverbindungen aufwerten und vernetzen. Intelligent entwickelte, ökologische Freiflächen können einen Ausgleich für höhere Baudichten schaffen.

Öffentliche Grünanlagen, Parks und Grünzüge sowie wichtige Naturflächen sind Tabuzonen bei einer Verdichtung. Veränderte Dachlandschaften können ebenfalls ein Potential für interessante öffentlich nutzbare Räume und den klimatischen Temperatenausgleich eröffnen. Das Potential für die Öffnung von Dächern auf privaten und öffentlichen Bauten für die Münchnerinnen und Münchner soll ebenfalls in einer stadtweiten Studie erhoben werden und zu ersten Modellprojekten führen.

Die Qualität des Öffentlichen Raumes bestimmt die Qualität unserer Stadtgemeinschaft
Wir GRÜNE fordern 50 Jahre nach der „autogerechten Stadt“ endlich eine Weiterentwicklung zur „menschengerechten Stadt“. Eine dichtere und urbanere Stadt kann nur mit weniger Autoverkehr und höherer Aufenthaltsqualität des Stadtraums funktionieren. Entscheidend für unsere dynamische Stadt ist es, den öffentlich nutzbaren Raum zu erhalten

und ihn kreativ wie zeitgemäß weiterzuentwickeln. Gerade in diesem Bereich fehlen derzeit stadtplanerische Visionen.

Die daraus entstandenen Defizite sind vor fast jeder Haustür in München erkennbar:

- ein kleiner Anteil Öffentlicher Räume, die hochattraktiv und darum teils auch zu stark genutzt sind, wie die Fußgängerzone, der südliche Englische Garten, der Gärtnerplatz oder die renaturierte Isar;
- ein kleiner Anteil an Ruhe- und Erholungsräumen, die auch künftig geschützt und erhalten werden sollen, wie z. B. der Marienhof, der Hofgarten oder die großen Parks, der nördliche Englische Garten, die Stadtviertelparks;
- ein großer Prozentsatz formaljuristisch „Öffentlichen Raums“, der sich aber kaum wie ein angenehmer zum Aufenthalt einladender grüner oder urbaner Stadtraum anfühlt: vom Verkehr oder Verkehrslärm geprägte Räume, hektische Durchgangsräume, menschenleere Räume, ungepflegte Restflächen und überregulierte Situationen.

Wollen wir unser dichter werdendes München liebenswert erhalten, gestalten und weiterentwickeln, müssen wir uns vor allem um diese vernachlässigten Bereiche außerhalb der schönen Altstadt und der großen Parks kümmern. Hier sind mehr Kreativität, Experimentierfreude und der Einsatz öffentlicher Mittel erforderlich. Hier ist „Mehr Platz für Alle“ machbar! Hier schlummern seit der Planung der „autogerechten Stadt“ Schätze, die den Menschen wieder zur Verfügung gestellt werden sollen.

Zwei Beispiele zeigen, wie mit planerischer Sorgfalt eine qualifizierte Nachverdichtung im Kleinen erfolgen kann. Beim „Lindengarten“ konnten wir trotz Nutzung durch eine Kinderkrippe den Erhalt der Bäume durchsetzen. An der Glockenbachwerkstatt fordern wir einen Bolzplatz – trotz Wohnbebauung. Dabei gilt für die GRÜNEN: die Stadt gehört uns Menschen. Insbesondere Öffentliche Plätze sollen und müssen so gestaltet werden, dass diese von allen Bevölkerungsgruppen genutzt werden. Die GRÜNEN setzen sich daher für mehr Leben in der Stadt und gegen eine bevormundende Politik ein. Die Qualität dieser Plätze wollen wir erhöhen – mit Kunstprojekten, dem Ausbau von öffentlichem WLAN, Spielplätzen oder mehr Natur. Alkoholverbote lehnen wir ab ebenso wie Verbote für Kunstschaffende oder die Vertreibung von Obdachlosen.

Stadtentwicklung in GRÜN: mutig, kreativ und behutsam

GRÜNE Maßnahmen von 2014 bis 2020

Nachverdichtungskonzept

Entwicklung eines neuen „Nachverdichtungskonzeptes“ mit folgenden Schwerpunkten:

- In Gebieten mit guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr und ausreichender Versorgung mit Grün- und Freiflächen werden höhere Gebäude im Neubau bzw. Aufstockungen zugelassen, wenn dafür bezahlbarer Wohnraum entsteht.
- Planungsgewinne aus (Nach-)Verdichtung auch im Bestand können abgeschöpft werden. Die Finanzierung gestalterischer Maßnahmen im Öffentlichen Raum wird sichergestellt ebenso wie die Finanzierung sozialer und kultureller Infrastruktur im Umfeld sowie geförderten Wohnungsbaus.

- Städtebauliche Qualitäten im gesamten Stadtgebiet werden gefördert, eine flächensparende Gewerbeentwicklung durchgesetzt.
- Förderung ökologischer und energieeffizienter Gebäudestandards (siehe auch Thema Umwelt).
- Klare Begrenzung von Verdichtung in „Tabuzonen“.

Stadtentwicklungsplan „Öffentlicher Raum / menschengerechte Stadt“

Wir GRÜNE wollen eine Erweiterung des Münchner Stadtentwicklungsplans mit einem neuen Teil zur vernetzten Planung und Gestaltung des Öffentlichen Raumes (Plätze, Parks, Grünanlagen, Feste, Märkte, Proteste, Regulierung und Förderung).

Wir wollen

- die unterschiedlichen Bedürfnisse und Wünsche an Öffentliche Räume sollen zeitlich und räumlich abgestimmt werden und bei Konflikten eine Mediation erfolgen.
- kreative Lösungen: zeitlich begrenzte Umwidmungen von Autostraßen zu Öffentlichen Räumen, Flaniermeilen, Shared Space und Begegnungszonen, Anmeldung von Straßenfesten auf dem Bierdeckel, Öffentliche Kampagnen für mehr Respekt und Toleranz im Öffentlichen Raum, Nutzung von Dächern und Schulhöfen, Förderprogramm „Kultur im Öffentlichen Raum“ für Projekte außerhalb der Innenstadt;
- den innerstädtischen Isarraum rund um das Deutsche Museum als Ort für neue Konzepte im Öffentlichen Raum;
- Verkehrsflächen umwandeln und Naturräume schützen: Schaffung einer referatsübergreifenden Stabsstelle „Öffentlicher Raum“
- Gleichstellung der Geschlechter bei der Gestaltung und Finanzierung des Öffentlichen Raumes.

Stadtentwicklungsplanung stärken – Strukturen der Referate optimieren, vorhandene Planungsinstrumente ausreizen!

- Um die Stadtentwicklung stärken und Reibungsverluste zu verringern, sind die Strukturen der Referate zu ändern. Gegebenenfalls ist die Gründung eines schlagkräftigen Stadtentwicklungsreferats notwendig. Vorhandene Planungsinstrumente beziehungsweise alle rechtlichen Möglichkeiten müssen stärker ausgereizt werden. Wir GRÜNE fordern:
- Die für die langfristige Siedlungsentwicklung bei Nachverdichtung und Entwicklung des Öffentlichen Raums relevanten Aufgabenbereiche des Planungs-, Bau- und Kommunalreferats zusammenzulegen.
- eine massive Personalaufstockung im Planungs- bzw. in einem zukünftigen Stadtentwicklungsreferat.
- die Weiterentwicklung der Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) zu einem wirksamen Instrument auch bei Verdichtungen im Bestand, insbesondere bei Verdichtung in die Höhe. Bis zu 70 Prozent der Bodenwertsteigerungen, die entstehen, wenn ein Grundstück ein höheres Baurecht enthält, wollen wir für die Kommune abschöpfen.
- die Weiterentwicklung der Lokalbaukommission (LBK) von einer „bloßen Genehmigungsbehörde“ zu einer die Ziele der Stadtentwicklung unterstützenden „Lotsenbehörde“, die sich mit aufgestocktem Personal um Wohnraumschaffung und Grünflächenstärkung kümmern kann. Aufgrund der unzureichenden Personaldecke in der Lokalbaukommission ist derzeit eine flächendeckende Kontrolle nicht möglich.

Dieser Missstand ist auch den Bauherren bekannt und lädt zu Missbrauch ein. Wir wollen mittelfristig eine Kontrolldichte mit echter, auch finanzieller Abschreckungswirkung erzielen.

- die Unterstützung einer neuen Planungskultur mit mehr Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.

Geförderten Wohnungsbau stärken – städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbau nachhaltig ausbauen und Bodenspekulation bekämpfen!

Das knappe Angebot auf dem Mietwohnungsmarkt verbunden mit weiterhin starkem Zuzug treibt die Mieten in München nach oben. München braucht Entlastung durch neue Wohnungen – aber nicht durch irgendwelche!

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist grundsätzlich eine ausgewogene soziale Mischung erforderlich, die unter dem Namen „Münchner Mischung“ bekannt ist. Diese Mischung wollen wir unbedingt erhalten. Mehr bezahlbare Mietwohnungen zu schaffen, ist eine große Herausforderung. Wir GRÜNE haben dazu praktische Umsetzungsziele für die nächsten Jahre entwickelt.

Unsere GRÜNE Wohnungspolitik konzentrieren wir auf Menschen mit einem besonderen sozialen Bedarf, der durch geringe und niedrige mittlere Einkommen, Alter, Behinderung oder Lebenssituationen wie z. B. eine Ausbildung entsteht.

Wir stehen jedoch auch weiterhin zum Erfolg des „München-Modells Miete und Eigentum“. Die Höhe der Förderung des jeweiligen Modells, Miete oder Eigentum, wollen wir flexibel gestalten. Die jeweils aktuellen Bedürfnisse des Münchner Wohnungsmarkts sollen dabei besonders berücksichtigt werden. Denn München braucht sowohl bezahlbare Mietwohnungen als auch bezahlbare Eigentumswohnungen für die langfristige Eigennutzung. Um Letzteres zu garantieren, wollen wir das „München-Modell Eigentum“ auf SelbstbezieherInnen beschränken und die Bindewirkung auf mindestens 35 Jahre erhöhen.

Der Mietwohnungsbestand in München sinkt dramatisch. Gab es 2006 noch ungefähr 580.000 Mietwohnungen, waren es 2010 nur mehr 520.000 (von 750.000 Wohnungen insgesamt). Die Zahl der Eigentumswohnungen hat dagegen erheblich zugenommen. Gab es 2006 noch 150.000 Wohnungen und Häuser im Eigentum waren es 2010 bereits etwa 230.000. Weniger Mietwohnungen auf dem Markt bedeuten bei starker Nachfrage aber hohe Preise, so dass sich immer weniger Menschen eine Mietwohnung in München leisten können. Hinzu kommt, dass die schwarz-gelbe Staatsregierung die Wohnungen der landesbankeigenen GBW auf den freien Markt geworfen hat, statt sie dauerhaft als bezahlbare Wohnungen in Staatshand zu behalten.

Deshalb streben wir an, den bezahlbaren Mietwohnungsbau kräftig anzukurbeln. Mit „bezahlbaren Wohnungen“ meinen wir Mietwohnungen, die auf Dauer dem spekulativen Wohnungsmarkt entzogen sind. Für einen steuerbaren stabilen Mietwohnungsmarkt sollten bis 2030 30 Prozent der Mietwohnungen dem preistreibenden Markt mit zu wenig Angebot und zu hoher Nachfrage entgegengesetzt werden.

Wir wollen den städtischen Wohnungsbestand von derzeit 63.000 auf 90.000 Wohnungen

erhöhen und diese entsprechend dem Beispiel des Wiener Gemeindebaus dauerhaft und nachhaltig sozial binden. Der Genossenschaftsbestand, der ebenfalls nachhaltig dauerhaften bezahlbaren Wohnraum garantiert, soll von derzeit 36.000 Wohnungen auf rund 48.000 Wohnungen erhöht werden.

Dazu brauchen wir eine Erhöhung der derzeit 1.200 pro Jahr tatsächlich realisierten geförderten Mietwohnungen (Sozialwohnungen) auf 1.800 Mietwohnungen. Ein Teil dieser Wohnungen soll von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG errichtet werden, der Rest von freien Trägern. Die Zielzahlen für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen von derzeit ca. 500 auf 1.400 Wohnungen erhöht werden. Davon sollen etwa zwei Drittel geförderte Wohnungen sein. Etwa ein Drittel wollen wir im München-Modell als freifinanzierte Wohnungen mit sozialen Mietobergrenzen errichten.

Das erfordert die Neugründung eines Münchener Gemeindebaus zum Ausbau eines Bestands an Wohnungen, der dauerhaft bezahlbar bleibt. Dazu ist einer dauerhafte Widmung der Grundstücke und Gebäude für den notwendigen Gemeinbedarf und ein städtischer Investitionskostenzuschuss notwendig. Kommunale Grundstücke sollen dabei vorrangig durch städtische Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und/oder der Gemeinnützigkeit verpflichtete Baugruppen entwickelt werden. Wir GRÜNE sagen klar: Es darf nicht sein, dass kommunale Grundstücke an Investoren zu Höchstgeboten unter Verzicht auf konzeptionelle wohnungspolitische Auflagen abgegeben werden. Wo es sinnvoll ist, wollen wir auch Erbpachtmodelle für den frei finanzierten Wohnungsbau einführen.

Bei neu zu planenden Bauflächen in Privateigentum sollen mindestens 40 Prozent der Fläche für geförderten Wohnungsbau zur Verfügung stehen, wenn die Fläche der Stadt gehört, sollen es mindestens 60 Prozent sein. Um bezahlbare Wohnungen auch jenseits des städtischen Bestands zu sichern, fordern wir eine offensive Ausbauförderung und die Unterstützung bei der Gründung von Genossenschaften über Quoten in Baugebieten und verbesserte Vergabebedingungen (Konzeptausschreibungen, soziale Erbpachtbedingungen s. u.). Wir streben 800 neue Genossenschaftswohnungen jährlich an. Dazu ist es nötig, dass Genossenschaften und Baugemeinschaften Bankkredite zu vernünftigen Konditionen bekommen, insbesondere von der Stadtparkasse. Alle bestehenden alten Wohnungsgenossenschaften wollen wir ermutigen und fördern, sich am Neubau von Wohnungen zu beteiligen.

Um die Münchner Mischung zu erhalten und zu unterstützen soll der geförderte Wohnungsbau kleinteilig errichtet werden, im Mix mit freifinanziertem Wohn- und Genossenschaftsbau bzw. im Rahmen unterschiedlicher Fördermodelle und Wohnkonzepte. Zur Quersubventionierung des sozialen Wohnungsbaus wollen wir in begrenzter Zahl zulassen, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften Eigentumswohnungen errichten. Die Spekulation mit Grundstücken und Immobilien lässt sich nur abmildern, wenn alle rechtlichen Möglichkeiten konsequent ausgeschöpft und koordiniert angewendet werden, um den Wohnungsbau zu lenken und Luxussanierungen zu verhindern. Instrumente wie die Erhaltungssatzungen und das Vorkaufsrecht, die Zweckentfremdungssatzung, Erbbaurecht oder die Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) zur Abschöpfung des privaten Planungsgewinns für öffentliche Aufgaben müssen ebenso strikt angewendet werden, wie planerische Maßnahmen gefördert und ausgebaut werden müssen (z. B. Ausweisung von Sanierungsgebieten und Bebauungsplänen, städtebauliche Rahmenpläne, Konzeptausschreibungen, Veränderungssperre, verbindliche Stadtentwicklungsplanung,

Experimentierklauseln, Quartierspläne).

Auch bisher nicht oder kaum angewendete rechtliche Möglichkeiten, wie z. B. das Einfügungsgebot/Verunstaltungsverbot oder die Entwicklung von Rechtsmitteln zur Enteignung bei längerem Leerstand sollen künftig in Betracht gezogen werden. Zudem muss es der Freistaat der Stadt endlich erlauben, einen Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten zu erlassen.

Darüber hinaus, wollen wir ein „Bündnis für Betriebswohnungen“ verschiedener Organisationen gründen, das helfen sollte, die Hürden für den Bau oder Erwerb und den Unterhalt von Betriebswohnungen für die einzelnen Institutionen zu senken.

Nachhaltig Planen und Bauen mit hohen ökologischen Standards

Die GRÜNEN haben durch ihre kontinuierliche Forderung nach energieeffizienten Gebäuden erreicht, dass Neubauten und neu sanierte Gebäude wesentlich energiesparender betrieben werden können als noch vor wenigen Jahren. Allerdings kommen häufig Baustoffe zum Einsatz, die weder ökologisch, gesund noch nachhaltig sind.

Wir wollen, dass die Nachhaltigkeit am Bau, dass gesunde Baustoffe und die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Anforderungen bei der Herstellung und Verwendung zum Standard werden.

Generell ist beim Einsatz von Baustoffen darauf zu achten, dass sie nachhaltig sind: ökologisch unbedenklich und aus „fairem Handel“ stammend. Insbesondere bei den Dämmstoffen soll auf energieintensiv hergestellte und nicht wiederverwertbare Baustoffe möglichst verzichtet werden. Aus diesem Grund ist auch der Holzbau im Geschoßwohnungsbau zu fördern. Ökologisch problematische Baustoffe sind aus dem städtischen Förderprogramm ausschließen und bei städtischen Bauvorhaben zu untersagen. In Bebauungsplanverfahren und bei der Baurechtsvergabe ist energetische Optimierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt als ein Grundpfeiler der Planung festzuschreiben. Bereits in der Planungsphase muss untersucht werden, welche Form und welcher Mix der Gewinnung Erneuerbarer Energien am sinnvollsten erscheinen. Als Maßstab für die energetische Optimierung soll jeweils das in dieser Nutzungsart führende Neubaugebiet Münchens herangezogen und möglichst übertroffen werden (Top-Runner-Ansatz). Dies gilt sowohl für die Energiegewinnung als auch für die Energieeinsparung. Bei Sanierungsobjekten streben wir ebenfalls eine deutliche Verringerung des Energiebedarfs an.

Die Lebenszykluskosten und Anforderungen eines ressourcenschonenden Bauens müssen bereits in den ersten Planungsphasen berücksichtigt werden. Die sich entwickelnden Zertifizierungen von Nachhaltigkeits-Standards sind zu prüfen und wo sinnvoll in die Bewertung der Planungen und Gebäude mit einzubeziehen.

In Neubaugebieten streben wir einen Anteil von 100 Prozent Erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung an. Die Energieversorgung soll möglichst individuell und flexibel umgesetzt werden können. In fernwärmeversorgten Gebieten sollen die NutzerInnen von Solarthermie (Nutzung der Sonnenwärme) und Erdwärme beim Fernwärmepreis nicht benachteiligt werden.

Bürgerinnen und Bürger beteiligen und in die Verantwortung

einbeziehen.

Der notwendige Wohnungsbau, verbunden mit einer qualifizierten Nachverdichtung, die Weiterentwicklung des Öffentlichen Raums und damit die erhebliche Veränderung des vertrauten Wohnumfelds erfordern einen Qualitätssprung bei der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Hier sind wir GRÜNE vorne, denn wir verstehen die Bürgerinnen und Bürger als Partnerinnen und Partner der Politik.

Wir wollen die Beteiligungskultur ausbauen, indem wir Bürgerinnen und Bürger dauerhaft mit einbeziehen und ihre Mitverantwortung ausbauen. Durch unterschiedliche Beteiligungsformen muss versucht werden, ein möglichst breites Spektrum der Bevölkerung zu erreichen. Wir denken hier zum Beispiel an BürgerInnengutachten, Planungs-Workshops, außerordentliche Einwohner- und BürgerInnenversammlungen und mehr. Dies bedeutet, dass die Anwohnerinnen und Anwohner vor der Festlegung der Kriterien und des Umfangs des jeweiligen Projekts informiert werden und der Bezirksausschuss um Stellungnahme gebeten wird. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, Verantwortung für die Stadtentwicklung zu übernehmen und sich konstruktiv an Zukunftsprozessen zu beteiligen.

Die Ergebnisse der Beteiligung sind zu dokumentieren und im Verfahren zu berücksichtigen. Eine Beteiligung, deren Ergebnisse bei späteren Entscheidungen keine Rolle mehr spielen, hat negative Auswirkungen auf den gesamten Prozess.

Ab einer festzulegenden Baugröße und an besonders prägnanten Orten ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger fest vorzuschreiben. Es geht nicht an, dass manche Bauvorhaben per Vorbescheid genehmigt werden und auf diese Weise der demokratischen Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger und deren gewählter Vertreterinnen und Vertreter entzogen werden. Den Bezirksausschüssen sind Mittel zur Verfügung zu stellen, die eine neutrale und qualifizierte Moderation von EinwohnerInnen- und BürgerInnenversammlungen gewährleisten.

Kreativität und gestalterische Qualität und Vielfalt fördern

München muss seine Vielfalt und seinen Charme erhalten. Aufgrund der hohen Nachfrage wird aber leider meist das bereits Erprobte und schnell Reproduzierbare geplant und gebaut. Es besteht kaum Freiraum, um Neues auszuprobieren und auch kein Druck zu besonders hoher gestalterischer Qualität. Bei Wettbewerben sollen daher auch junge, noch nicht etablierte Büros eine Chance erhalten. Wie beim Wettbewerb zum Kreativ-Quartier an der Dachauer Straße beispielhaft gezeigt, sollen möglichst gemischte Gruppe von Planerinnen und Planern an den Wettbewerben beteiligt werden. Wir können uns außerdem vorstellen, die Kreativität durch die Etablierung eines Schwerpunkts „Stadtentwicklung“, z. B. im Münchner Stadtmuseum, zu fördern.

Die Wettbewerbs-Jurys sollen so besetzt werden, dass eine Mischung aus „Etablierten“ und „neuen“ Jurorinnen und Juroren sichergestellt wird. Den Einfluss der Bezirksausschüsse wollen wir stärken, indem weitere Mitglieder beratend an Wettbewerbssitzungen teilnehmen können. Das Verfahren wollen wir transparenter gestalten und die Entscheidungen im Gremium nachvollziehbarer machen. Dafür eignen sich aus unserer Sicht Workshops, Ausstellungen und Einwohnerversammlungen im Vorfeld der Entscheidung durch die Juroren. Als Anregung sollen Öffentliche Wettbewerbe zur Vergabe neuer städtischer Preise ausgelobt werden:

- das „beste Beispiel für qualifizierte nachbarschaftsgerechte Nachverdichtung“,
- Kreativpreis der Stadt München: Die „schönste Neugestaltung im öffentlichen Raum“,
- Kreatives Grundstücks-Such-Programm: Kommunales Abstandsgrün, Dächer, Verkehrsflächen und großflächige Parkplätze werden überprüft, ob hier Wohnungsbau oder nutzbarer öffentlicher Raum realisiert werden können.

Die Vielfalt der Stadtgesellschaft soll auch in unterschiedlichen Wohnformen ihren Ausdruck finden. Die Stadt soll neue, kreative Konzepte fördern und unterstützen, die zeigen, wie beispielsweise eine autofreie Siedlung, Mehrgenerationen-Häuser, Seniorenwohnungen mit Barrierefreiheit oder Plusenergie-Häuser umgesetzt werden können.

Regionale Zusammenarbeit stärken

Die Entwicklungen der Stadt München und der gesamten Region sind untrennbar miteinander verbunden. Entscheidungen der Umlandgemeinden und der Landkreise haben Auswirkungen auf die Stadt München und umgekehrt. Trotzdem stellen wir fest, dass in unserer Region mehr gegen- als miteinander gearbeitet wird. Wir dürfen das erwartete weitere Wachstum in der Region München aber nicht ungesteuert geschehen lassen. Stadt und Umland müssen diese Herausforderungen gemeinsam angehen. Die derzeitigen Möglichkeiten der Kommunen sind jedoch beschränkt. Wir fordern den Freistaat Bayern auf, den Kommunen mehr Handlungsspielraum für eine sinnvolle Zusammenarbeit zu geben. Die Zusammenarbeit darf sich nicht auf die Ebene der Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Verwaltungsfachleute beschränken. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich breit beteiligen können und künftig in wesentlich mehr Entscheidungen eingebunden werden.

GRÜNE Ziele für die Regionale Zusammenarbeit:

- Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt München und den Umlandkommunen muss transparent und demokratisch strukturiert werden. Dafür ist eine sinnvolle und praktikable Struktur nötig. Eine Arbeitsgruppe „Region München“ soll eingesetzt werden, um diese zu entwickeln. Ausgehend von der „Planungsregion 14“ wird die Gruppe auch überlegen, wie groß die Region am Ende werden soll.
- Gelungene und effektive Zusammenarbeit in der Region München umfasst viel mehr als die reine Regionalplanung. Wir denken hier an Bereiche wie: Sozial- und Jugendhilfe, Kultur, Sport, Gesundheitswesen, Schulen, Abfallwirtschaft, Energieversorgung, regionale Wirtschaftsförderung, regionaler Naturschutz, regionale Verkehrsplanung und regionale Siedlungsentwicklung. Zu untersuchen ist, welche Aufgaben eine „Region München“ zum Wohle aller übernehmen könnte.
- Die Entwicklung der gesamten Region wird getragen von allen Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen eine politische, demokratisch gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger mit verbindlichen Entscheidungsrechten für die Region.

Kasten: Urbanes Gärtnern – BürgerInnen beteiligen sich an grüner Stadtentwicklung

Urbane Gärten sind ein aktueller Trend in Städten, der dem weniger werdenden „privaten“ Grün eine echte Alternative entgegensetzt: Bürgerinnen und Bürger legen in ihren Wohngebieten Grünflächen an und nutzen sie gemeinsam. Gerade Nutzgärten entwickeln sich zu wahren Treffpunkten für soziales Miteinander. Die Münchner GRÜNEN fordern, geeignete öffentliche Flächen zur Nutzung für urbanes Gärtnern auszuweisen, einen Kriterienkatalog für die Ausschreibung zur Bewirtschaftung durch urbanes Gärtnern zu erstellen und entsprechende Projekte durch die zuständigen städtischen Referate fachlich zu

unterstützen und beratend zu begleiten. Dabei sollte auch die Bepflanzung von Teilen städtischer Parks und Grünflächen mit Obstbäumen oder anderen Nutzpflanzen kein Tabu sein.

3. Kapitel: Verkehr

Grüne Leitlinien für eine stadtgerechte Mobilität

Mobilität für alle – ökologisch, zukunftsfähig, barrierefrei und sicher

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und Voraussetzung für eine funktionierende Stadt. Ist sie schlecht organisiert, führt dies zu Stau, Luftverschmutzung und Lärmbelastung, zu Störungen im öffentlichen Verkehr, hohen Unfallzahlen, ungleichen Mobilitätschancen und hohen Kosten. Wir wollen eine sichere und ökologische Mobilität für alle Generationen und Einkommen. An einer Mobilitätswende führt angesichts des demographischem Wandels und sinkender Erdölförderung längerfristig kein Weg vorbei. Wir fördern den Wandel von der „autogerechten Stadt“ zur „menschengerechten Stadt“.

Neue Mobilitätskultur – Umdenken, Umsteigen und Genießen

Wir streben eine kulturelle Weiterentwicklung an, weg von einer Kultur des "Gehetzt seins", der Geschwindigkeit, des ungehemmten Ressourcenverbrauchs und der Rücksichtslosigkeit gegenüber den Schwachen, hin zu einer Kultur effizienter aber auch entspannter Mobilität. Mehr Verkehrssicherheit gibt es nur mit weniger Geschwindigkeit beim KFZ-Verkehr. In einer sanften Mobilitätskultur wird von der Verkehrsmittelwahl bis hin zur bewussten Wohnortentscheidung die Orientierung an den Werten der Nachhaltigkeit selbstverständlich.

Fläche sparen

In einer kompakten Stadt ist Fläche ein kostbares Gut. Deshalb sind flächensparende und gut ausgelastete Verkehrsmittel gefragt. Sie garantieren größtmögliche Erreichbarkeit, hohe Energieeffizienz mit geringen Emissionen und soziale Gerechtigkeit. Der meist nur mit einer Person besetzte private Pkw verbraucht unverhältnismäßig viel Fläche und Energie und verschmutzt die Luft. Selbst wenn er regenerativ betrieben wird, nimmt er bei massenhafter Nutzung zu viel Raum in Anspruch und verschlechtert die Erreichbarkeit in der Stadt für alle anderen. Attraktive Alternativen zum eigenen Auto (Car-Sharing, Mobilitätskarte) und weniger Subventionierung des Langzeitparkens, sollen die Rückeroberung heute dauerhaft zugesperrter Flächen ermöglichen.

Die Stadtentwicklung der kurzen Wege

Die Stadt München verfolgt in der Siedlungsentwicklung die Leitlinie kompakt – urban und grün. Gemeint ist damit eine Stadt der kurzen Wege, beispielsweise mit einer möglichst fußläufigen Nahversorgung. Münchens Neubaugebiete sind in dieser Hinsicht weitgehend gut gelungen. Bei der urbanen d. h. kleinteiligen Mischung von Wohnen, Einkaufen und Arbeiten wünschen wir uns aber noch deutlich mehr Kreativität und Nachdruck. Die Siedlungsentwicklung muss auch mit der Planung des öffentlichen Nahverkehrs Hand in Hand gehen.

Lebensraum Straße fair teilen

Die Straße muss wieder ein Lebensraum werden, in dem wir uns auch gerne aufhalten. Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer brauchen mehr Platz. Breite Gehsteige, Fahrradstellplätze und Fahrradspuren auf der Straße sind ebenso wichtig wie Vorrangspuren für den öffentlichen Verkehr. Bisher ging der Ausbau des Radverkehrs meist zu Lasten des Fußverkehrs und hat zwischen diesen Verkehrsarten oft zu Konflikten geführt. Generell muss die Straße vom Rand her nach innen gedacht werden: ausgehend vom

Aufenthaltsraum über den Fußverkehr zum Radverkehr und öffentlichen Verkehr bis zum (wenn dafür noch Platz zur Verfügung steht) privaten Kfz-Verkehr. Der Verkehrsraum kann ggf. auch im Sinne des „Shared Space“ geteilt werden. Dies kommt auch in Betracht, wenn zu wenig Platz vorhanden ist. Sollte zu wenig Platz vorhanden und „Shared Space“ nicht möglich sein, werden temporäre Lösungen realisiert. Innerhalb des Altstadtrings und mittelfristig auch innerhalb des Mittleren Rings möchten wir den motorisierten Individualverkehr auf das unbedingt notwendige Maß begrenzen und prüfen, welche Anreize dafür geschaffen werden können.

Umweltverbund fördern und vernetzen

Die konsequente Förderung eines leistungsfähigen öffentlichen Verkehrs in Kombination mit einem attraktiven Angebot für den Fuß- und Radverkehr gehören zu den Grundfesten moderner nachhaltiger GRÜNER Mobilitätspolitik. Alle Mobilitätsdienstleistungen einschließlich Car-Sharing (Leihauto) und Bike-Sharing (Leihrad) müssen bekannt und in Kombination einfach, schnell, flexibel und spontan nutzbar sein, am besten mit einer Mobilitätskarte für alle Verkehrsmittel. Dazu gehören auch die Vernetzung der Verkehrsverbünde und die Schaffung einer einfacheren und einheitlichen Tarifstruktur.

Teilen statt besitzen

Die Studie des von BMW finanzierten Instituts für Mobilitätsforschung (ifmo) belegt, dass das eigene Auto für junge Erwachsene in der Stadt an Bedeutung verliert. Für seltene Autofahrten ist Car-Sharing die optimale Lösung. Das wollen wir fördern. Die Vorteile reichen von weniger Blech am Straßenrand über die Vermeidung teurer Tiefgaragen auf Kosten wertvollen Baumbestands bis hin zur Einsparung von Rohstoffen und Energie.

Geben und Nehmen (Push and Pull)

Vorrangschaltungen für den öffentlichen Verkehr an Ampeln, mehr Fußgängerüberwege (Zebrastrifen), geringere Wartezeiten für Fußgängerinnen, Fußgänger, Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer an Ampeln etc. sind nur möglich unter Inkaufnahme von Nachteilen für den privaten Kfz-Verkehr. Sie fördern aber das Umsteigen auf den Umweltverbund.

Verkehrsmittelwahl beginnt im Kopf und im Bauch – Mobilitätsmanagement

Eine nachhaltiges Mobilitätsverhalten entsteht nicht allein, indem ein erstklassiges Verkehrsangebot bereitgestellt wird. Nachhaltige Mobilität ist vielschichtig. Alle Verkehrsmittel werden je nach Bedarf genutzt. Mobilitätsbedürfnisse sind individuell sehr verschieden und in ständigem Wandel begriffen. Beratungsangebote sollen zur Wechselnutzung motivieren. Unsere Erfahrungen mit dem Programm „München – G’scheit Mobil“, das Angebote für Neubürgerinnen und Neubürger, Kinder und Jugendliche an Schulen, Seniorinnen, Senioren, Migrantinnen und Migranten umfasst, sind durchwegs positiv. Wichtig ist der Dreiklang: informieren – kommunizieren – motivieren.

München gut zu Fuß – Nahmobilität fördern

Jeder Weg beginnt und endet mit einer Etappe zu Fuß und auch die Übergänge zwischen den Verkehrsmitteln werden zu Fuß bewältigt. Fußgängerinnen und Fußgänger machen eine Straße lebendig, sie stärken den Handel vor Ort und tun etwas für ihre Gesundheit. Zu Fuß sind besonders viele Kinder und Seniorinnen und Senioren unterwegs. In München hat die Anzahl der Wege zu Fuß trotz des Fahrradbooms nicht oder kaum abgenommen, die Weglängen sind sogar gewachsen. Um den Fußverkehr zu fördern, brauchen wir eine städtische Gesamtstrategie wie beim Radverkehr: breite Gehwege, sichere Querungsstellen

(z.B. Zebrastreifen) und ein modernes und zukunftsfähiges Leitsystem. Mehr Wege zu Fuß könnten auf kürzeren Strecken die im Stadtzentrum überfüllte U-Bahn entlasten. Wir wollen auch für eine durchgängige Barrierefreiheit für Jung und Alt sorgen. Darüber hinaus wollen wir die Qualität der Wohnumfelder mit allen fußläufig erreichbaren Zielen und der Funktion des Verweilens, Flanieren, Spielens und aller Spielarten des Aufenthalts steigern.

Um die Nahmobilität zu Fuß wie mit dem Fahrrad zu fördern, werden zunächst sämtliche Stadtbezirke - unter Beteiligung der BewohnerInnen systematisch analysiert (nach dem Vorbild des Stadtviertelprojektes zu Nahmobilität in der Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt). So können die Verkehrs-Planungen exakt auf die Bedürfnisse der einzelnen Viertel zugeschnitten werden. Hierfür werden einmalig Mittel in Höhe von drei Millionen Euro bereitgestellt. Für die schrittweise Umsetzung der daraus resultierenden Maßnahmen werden pro Jahr fünf Millionen Euro aus der Nahmobilitätszuschuss bereitgestellt.

Wir wollen die Fußgängerzonen in der Innenstadt und auch in den Stadtteilzentren ausweiten. Viele kleine Altstadtstraßen eignen sich als Mischverkehrszonen in denen die Fußgängerinnen und Fußgänger den gesamten Straßenraum nutzen und die wenigen Autos vorbeilassen. Nach dem Vorbild Berlins wollen wir ein Programm für 100 neue Zebrastreifen in der Stadt. Besondere Bedeutung hat hier die Verbesserung der unbefriedigenden Situation rund um den Hauptbahnhof.

München konsequent fahrradfreundlich

München hat in den letzten Jahren beim Radverkehr einen großen Sprung nach vorn gemacht. Besonders mit dem von den Grünen initiierten und durchgesetzten Grundsatzbeschluss „Radverkehr“ aus dem Jahr 2009 wurden die konzeptionellen und organisatorischen Grundlagen dafür geschaffen, dass der Radverkehr derzeit pro Jahr um etwa sieben Prozent wächst. Der Radverkehr hat somit unter allen Verkehrsteilnehmern die höchsten Zuwachsraten. Eine attraktive Radverkehrsinfrastruktur entlastet den öffentlichen Nahverkehr und verringert den motorisierten Individualverkehr. Der Radverkehrsanteil wird nicht nur aufgrund der steigenden Energiepreise allen Prognosen nach weiter stark wachsen. Die Erhöhung des Radverkehrsanteils am Verkehr von derzeit 17 Prozent auf mindestens 25 Prozent bis 2020 wird als Ziel in allen Programmen und Plänen als Vorgabe für die Verwaltung festgeschrieben. Das stellt die Stadt vor gewaltige Herausforderungen, denn die Infrastruktur muss in entsprechendem Tempo und in geeigneter Qualität mitwachsen, um nicht erhebliche Probleme bei der Verkehrssicherheit zu bekommen. Damit Münchens Weg zur Radlhauptstadt erfolgreich fortgesetzt werden kann, muss der Grundsatzbeschluss Radverkehr aus dem Jahr 2009 noch im Jahr 2014 fortgeschrieben mit einer höheren ausreichenden Finanzierung.

GRÜNE Ziele für die Radverkehr-Infrastruktur:

- den Belangen des Radverkehrs ist ein deutlich höheres Gewicht in der gesamten Verkehrsplanung einzuräumen.
- Der Radverkehr braucht ein engmaschiges Netz. Die noch vorhandenen Engpässe im Rad-Hauptverkehrsnetz mit Abschnitten ohne Fahrradweg (z. B. Rosenheimer Straße, Eisenbahnunterführung Lindwurmstraße) müssen schnellstmöglich behoben werden.
- beim Radverkehr müssen die unterschiedlichen Ansprüche langsamer und schneller Radfahrerinnen und Radfahrer gewürdigt werden.

- der Radverkehr muss aus Kapazitäts- und Sicherheitsgründen vermehrt von schmalen Radwegen auf die Fahrbahnen verlagert werden.
- Der Straßenraum muss so umverteilt werden, dass dem Radverkehr bei mehrspurigen Straßen ganze Fahrspuren und bei einspurigen Straßen so viel Platz zur Verfügung steht, dass schnellere RadfahrerInnen langsamere überholen können.
- Um Rad fahrende Verkehrsteilnehmer besser vor negativen Umwelteinflüssen wie Abgasen, zu schützen, sind vermehrt Fahrradstraßen auszuweisen und Aufstellflächen an Ampeln einzurichten.
- Bis auf wenige Ausnahmen sind alle Einbahnstraßen in Gegenrichtung zu öffnen.
- Die Grünzeit für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer an Knotenpunkten soll sich in der Regel an der des Autoverkehrs orientieren.
- An Baustellen wird der Radverkehr grundsätzlich auf die Straße umgeleitet. Das Schild „Radfahrer absteigen“ wird nicht mehr angeordnet und ein Zusammenpferchen von RadfahrerInnen und FußgängerInnen ist zu unterlassen.
- Für die zügige Überwindung größerer Distanzen mit höherer Geschwindigkeit möchten wir die Haupttrouten verbessern und in Kooperation mit den Nachbargemeinden Radschnellwege für den Alltagsverkehr einrichten, die als attraktive Radtrassen ins Stadtzentrum führen.
- Die Zahl der Abstellmöglichkeiten im Öffentlichen Raum und vor Punkten von hohem Besucherinteresse, vor allem an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, soll vervierfacht werden. Es soll sich hierbei vorwiegend um überdachte Stellplätze handeln. Dabei sollen vorrangig Stellplätze für Autos im öffentlichen Straßenraum umgewidmet werden.
- Für die nachträgliche Verbesserung der Abstellanlagen an bestehenden Gebäuden soll ein Förderprogramm der Stadt aufgelegt werden
- Die Mittel für den Radverkehr sind entsprechend den Forderungen des Nationalen Radverkehrsplans auf mindestens 15 Euro pro Einwohnerin und Einwohner anzuheben.
- Das Personal in den betroffenen Referaten wird entsprechend den gewachsenen Aufgaben und Anforderungen aufgestockt.

GRÜNE Ziele zur Verbesserung der Servicedienstleistungen rund um den Radverkehr:

- Grundsätzlich werden im Winter alle Haupttradrouten in gleicher Qualität geräumt, wie Hauptstraßen.
- Dazu ist noch 2014 vom Baureferat ein Konzept zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Bereits im Winter 2014/2015 sollen die Radwege deutlich besser geräumt sein, als bisher. Künftig sollen Beschwerden und Anregungen online von allen Bürgerinnen und Bürgern an die Verwaltung gemeldet werden können. Die Beschwerden können dann in einer online abrufbaren Karte samt ihrem Bearbeitungsstand dargestellt werden. Hierfür wird die Stelle eines /einer Radbeauftragten eingerichtet, welche/r das Beschwerdemanagement federführend und in Kooperation mit den betroffenen Referaten durchführt.
- Der Münchner Fahrradroutingdienst wird zeitgemäß verbessert. Die Routenempfehlungen berücksichtigen stets das aktuelle Straßen- und Wegenetz und werden auf das Münchner Umland hin ausgeweitet.
- Schrotträder, die öffentliche Fahrradabstellplätze über eine lange Zeit blockieren, werden schneller und konsequenter entfernt.
- Fahrradservice-Station an den drei Fernbahnhöfen. Nach dem Vorbild Nordrhein-

Westfalens und der Niederlande sollen Fahrradstationen eingerichtet werden. Dort kann man Fahrräder bewacht abstellen und kleine Reparaturen durchführen lassen, Fahrräder aller Art ausleihen und sich zu Radfragen beraten lassen. Dieses seit langem mit der Bahn diskutierte Thema wollen wir endlich zu einem positiven Abschluss bringen.

München besitzt bereits zwei Fahrradverleihsysteme. Allerdings sind die Zahl der Fahrräder und Ausgestaltung durch die bisherigen Betreiber noch unbefriedigend. Daher wollen wir, dass die Stadt, wie in vielen anderen europäischen Metropolen, die Errichtung und den Betrieb eines öffentlichen stationsbasierten Fahrradverleihsystems mit ca. 5.000 Leihrädern öffentlich ausschreibt. Sie soll dabei Qualitätsstandards definieren, hinsichtlich der Lage und Dichte der Stationen, der Qualität der Räder und der Möglichkeit der Werbung. Wichtig sind vor allem Angebote an den Schnittstellen zum öffentlichen Verkehr und die Einbindung in das Tarifsystem – auch in Kooperation mit anderen Verkehrsträgern.

Fahrradfahren wird durch eine kontinuierliche, umfassende Öffentlichkeitsarbeit zum unverwechselbaren Teil Münchner (Mobilitäts-)Kultur, Identität und Lebensart gemacht. Die Marke „Radlhauptstadt München“ wird weiter gepflegt. Das Marketing für den Radverkehr wird in eine Stadtmarketingstrategie integriert, die München als Metropole der Nachhaltigkeit positioniert und für entsprechendes Verhalten wirbt.

Vorfahrt für Busse und Bahnen

Das öffentliche Verkehrsnetz in München ist laut einer Untersuchung des ADAC aus dem Jahr 2009 eines der besten in Europa. Aufgrund des starken Wachstums und einer starken zentralen Ausrichtung hin auf die Münchner Stadtmitte, ist es mittlerweile stark überlastet und störanfällig. Nötig ist eine Investitionsoffensive in allen Bereiche des öffentlichen Verkehrs – insbesondere eine Stärkung der sogenannten Tangentialen (Querverbindungen). Dabei ist die Stadt weitgehend auf sich allein gestellt, denn Bund und Freistaat haben den Münchner öffentlichen Nahverkehr in den letzten Jahrzehnten systematisch vernachlässigt. Folglich hat sich ein massiver Investitionsstau gebildet. Gleichzeitig drohen die wichtigsten Finanzierungsquellen des Bundes und des Landes aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder aus Regionalisierungsmitteln in den kommenden Jahren endgültig zu versiegen, so dass über alternative Finanzierungsformen dringend nachgedacht werden muss (z.B. Mitfinanzierung durch Wohnbauinvestoren).

Der zweite S-Bahn-Tunnel ist aus Sicht der Grünen wenig sinnvoll. Es gibt eine bessere und günstigere Alternative: den S-Bahn-Südring, der sich in überschaubaren Etappen verhältnismäßig schnell realisieren lässt. Er entlastet gerade im Stadtzentrum die Umsteigebahnhöfe und die U-Bahnstrecken wirksam und garantiert den Anwohnern optimalen Lärmschutz. Wir fordern die gleichzeitige Ertüchtigung der S-Bahn-Außenäste durch einen 10-Minuten-Takt, einen vollständigen barrierefreien Ausbau aller S-Bahnhöfe sowie eine bessere Verknüpfung mit dem U-Bahnnetz. Sollte der S-Bahn-Tunnel trotz des denkbar schlechtesten Kosten/Nutzenverhältnisses doch kommen, weil wir uns gegen die Übermacht aus Bund, Land, Bahn sowie CSU und SPD im Stadtrat nicht durchsetzen können, fordern wir die funktionale Erweiterung des Tunnels auch für Regionalzüge, die innerhalb der europäischen Metropolregion verkehren. Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus ein effizientes Finanz- und Qualitätscontrolling. Langfristig setzen wir uns für einen S-Bahn-Nödring ein. Mit der Ertüchtigung der bereits bestehenden Schienentrasse und der Einrichtung einer Pasinger und Föhringer Spange kann eine neue Direktverbindung vom

Münchner Westen über den Münchner Norden zum Flughafen geschaffen werden. Darüber hinaus entstehen neue Verknüpfungen mit der U3, U2 und U6 und eine attraktive ÖPNV-Anbindung für das Entwicklungsgebiet Bayern-Kaserne.

GRÜNE Sofortmaßnahmen für die S-Bahn:

Wir Grünen haben im Stadtrat bereits ein Paket von Sofortmaßnahmen beantragt, das einstimmig vom Münchner Stadtrat beschlossen wurde.

- den vorgezogenen Umbau des Bahnhofs Laim,
- die Sendliner Spange vom Bahnhof Laim zum Heimeranplatz,
- einen Regionalzughalt Poccistraße,
- ein weiteres Gleis für die S-Bahn am Ostbahnhof,
- den Ausbau der Außenäste.

Mit diesen Verbesserungen wäre für die S-Bahn-Fahrgäste von Stadt und Region schon viel gewonnen.

Das U-Bahn-Netz ist heute besonders zu Spitzenzeiten stark überlastet. Besondere Bedeutung kommt daher einem Ausbau der Umsteigebahnhöfe zu. Nach der Einführung des 2-Minuten-Takts zwischen Kolumbusplatz und Hauptbahnhof Ende 2013 sowie zwischen Implerstraße und Münchner Freiheit 2017, den wir begrüßen, sind die Kapazitäten im bestehenden Netz allerdings ausgereizt. Den Bau einer neuen Entlastungslinie U9 (von der Implerstraße über den Hauptbahnhof zur Münchner Freiheit) sehen wir als teure und schwer zu realisierende Lösung an. Stattdessen sollen geeignete tangentielle Tram-Direktverbindungen zwischen den Stadtteilzentren und ggf. eine weitere Tramlinie quer durch die Innenstadt die Umsteigebahnhöfe entlasten.

Machbar sind bei der U-Bahn jedoch in jedem Fall dichtere Takte in den Randstunden und ein 5-Minuten-Takt tagsüber, so dass sich die Fahrgäste keinen Fahrplan mehr zu merken brauchen. Die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel ist ausschlaggebend für den Umstieg der Autofahrer. Deshalb fordern wir den durchgehenden Betrieb von S- und U-Bahnen nicht nur an den Wochenenden.

Im Zusammenhang mit einem 10-Minuten-Takt auf den S-Bahn-Außenästen ist die Verlängerung der U 5 nach Pasing und der U4 nach Engelschalking (ggf. mit Fortführung nach Aschheim) sinnvoll, um die S-Bahn-Stammstrecke wirksam zu entlasten und einen unabhängigen Bypass zu schaffen.

Die Trambahn und viele Buslinien sind durch die Beschleunigungsmaßnahmen schneller und sehr beliebt geworden. Die Trambahn ist angesichts überschaubarer Bau- und Betriebskosten das umweltfreundlichste und kostengünstigste öffentliche Verkehrsmittel, das wir deutlich ausbauen wollen. Mit dem Trambahnausbau sollte jeweils eine städtebauliche Verbesserung der Straßenräume erfolgen. Bei den letzten Neubaustrecken wurden die Fahrgastprognosen deutlich übertroffen. Schon jetzt bietet die Trambahn Querverbindungen, die die zentrale Ausrichtung des öffentlichen Verkehrs in München abmildern.

GRÜNE Ziele für den ÖPNV – wir fordern die Realisierung:

- einer neuen Westtangente (Aidenbachstraße – Romanplatz) unabhängig vom Umbau der Laimer Unterführung, die teilweise von der zweiten S-Bahn-Stammstrecke abhängig ist (alternativ über die Friedenheimer Brücke),
- der Tram 24 (Am Hart – Kieferngarten),
- der Tram 23 (Parkstadt Schwabing – Kieferngarten),
- der Nordtangente Ackermannbogen – Englischer Garten – Effnerplatz (im Englischen Garten vorzugsweise mit oberleitungsfreiem Abschnitt) sowie
- einer Tramlinie vom Max-Weber-Platz über Steinhausen zum S-Bahnhof Berg am Laim und weiter nach Daglfing.

Diese Neubaustrecken sind für den Einsatz von bis zu 45 m langen Straßenbahnzügen zu bemessen.

GRÜNE Ideen für den ÖPNV – wir wollen einsteigen in Planungen für

- eine Tramlinie durch die Innenstadt (z. B. Harras – Hauptbahnhof – Münchner Freiheit),
- eine nördliche Nordtangente (Tram 50) von Moosach über den Frankfurter Ring und weiter nach Johanneskirchen,
- eine Verlängerung der Tram 24 am Hart zum Goldschmiedplatz,
- eine neue Linie Ostbahnhof – Rosenheimer Straße – Neuperlach (Tram 55, ggf. mit Fortführung nach Neubiberg/Ottobrunn und/oder einer Ringtram Neuperlach),
- eine Verlängerung der Tram 17 von der Amalienburgstraße über Obermenzing bis zur Blütenburg oder alternativ nach Pasing (mit neuen Verknüpfungen zur S-Bahn und zum Fern- & Regionalverkehr),
- Für die Erschließung und Anbindung von Freiham eine Fortführung der Tram 19 vom Bahnhof Pasing über Neuaubing nach Freiham zum neuen S-Bahnhof Freiham,
- längerfristig eine Südtangente von der Aidenbachstraße über die Brudermühlbrücke und die Welfenstraße zum Ostbahnhof.

Trambahnen über die Stadtgrenze hinaus könnten vorerst an die Stelle der Stadt-Umland-Bahn treten, (die an der Mitfinanzierung durch die Umlandgemeinden gescheitert ist) und so für die dringend benötigten tangentialen Verbindungen zwischen den größtenteils sternförmig angeordneten S-Bahn-Ästen sorgen.

Das Busnetz ist für die Feinerschließung der Wohn- und Gewerbegebiete zuständig. Die Metrobusse sorgen für eine leistungsfähige ÖPNV- Anbindung in Gebieten, in welchen Straßenbahnen nicht möglich bzw. noch nicht realisiert sind. Zudem bietet es eine gewisse Flexibilität bei der Linienführung, der Lage der Haltestellen und bei der bedarfsweisen Anpassung von Kapazitäten. Wir unterstützen die MVG bei der Busbeschleunigung (eigene Busspuren und intelligente Ampelsteuerung), damit Busse nicht im Stau stehen müssen und ihren Fahrplan einhalten können. Die GRÜNEN setzen sich allgemein für dichtere Takte ein, auch im Nachtverkehr.

Wir möchten das Tarifsystem vereinfachen und gewährleisten, dass es auch für weniger wohlhabende Gruppen erschwinglich bleibt. Kinder und Jugendliche sollen in den Zeiten außerhalb der Schulwegbeförderung freien und kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln erhalten. Ziel ist, die Verkehrsverbünde weiter zu vernetzen, den MVV ggf. auszuweiten und eine einfachere und einheitliche Tarifstruktur zu schaffen. Haltestellen sollen

über ihre reine Wartefunktion hinaus ein hohes Maß an Aufenthaltsqualität und Sicherheit bieten und auf kurzem Wege gut erreichbar sein. Um die flexible Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel zu fördern, setzen wir uns ein für eine „Karte für alles“, eine „Mobilitätskarte“. Sie berechtigt zur individuellen und spontanen Nutzung des gesamten Mobilitätsangebotes (vom öffentlichen Nahverkehr über Car-Sharing bis hin zum Fahrradverleihsystem). Elektronische Fahrscheine sollen eine unkomplizierte, automatische Bezahlung ermöglichen.

Das Fahrpersonal ist angemessen zu entlohnen, so dass eine Existenz in München ohne Nebenjobs möglich ist und das Fahrpersonal sicher und freundlich seiner wichtigen Aufgabe nachkommen kann.

Das Auto intelligent nutzen

Car-Sharing ist die Zukunft der urbanen Mobilität mit dem Auto. Die Stadt München fördert daher jede Form des Car-Sharings, die nachweislich Verkehr und Stellplatzbedarf dadurch einspart, dass ihre Nutzer in der Regel auf ein eigenes Auto verzichten. Flexible Car-Sharing-Systeme die sich derzeit in Pilotphasen befinden, unterstützen wir. Wir setzen uns dafür ein, dass Car-Sharing-Fahrzeuge im öffentlichen Straßenraum parken dürfen – auch in Zonen der Parkraumbewirtschaftung. Beim künftigen Regelbetrieb wollen wir Betreibermodelle fördern, die eine nachhaltige Auswirkung auf den Verkehr haben und auch die Bereiche außerhalb des Mittleren Rings einbeziehen.

Das Parkraummanagement gehört zu den erfolgreichsten mobilitätspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre. Wir wollen es auf alle rechtlich zulässigen Gebiete, auch außerhalb des Mittleren Rings, ausweiten. Einnahmeüberschüsse wollen wir vollständig in die Nahmobilitätspauschale bzw. in die Mobilitätsmanagementpauschale einspeisen. Damit können wir Maßnahmen zur Verlagerung des Automobil-Verkehrs auf den Umweltverbund fördern und so die Nachfrage nach Stellplätzen weiter mindern.

Die rechtlichen Regelungen zur Bereitstellung von (Auto-)Stellplätzen sind nicht mehr zeitgemäß. Wir streben eine Änderung der Stellplatzsatzung an. In vielen, gut an den ÖPNV angebotenen Wohngebieten entscheiden sich Bewohnerinnen und Bewohner bewusst gegen ein Auto, müssen aber dennoch einen Tiefgaragenstellplatz mieten oder kaufen, der dann leer steht. Wir streben deshalb eine Änderung der Stellplatzsatzung an und wollen, wo möglich, die Zahl der Pflichtstellplätze entsprechend verringern. Wenn Mobilitätskonzepte vorliegen, sollte (abhängig von der Lage) ein Anteil der zu errichtenden Stellplätze erlassen werden. In der Stadt Zürich wird das bereits erfolgreich praktiziert. Wir wollen mehr autofreie Wohngebiete, in denen die Bewohner entsprechend dem Verursacherprinzip von geringeren Kosten profitieren. Die Gelder aus der Stellplatzabläse, die heute oftmals gar nicht mehr zweckgebunden verwendet werden können, wollen wir für sinnvollere Verkehrsvorhaben einsetzen.

Unsinnige und unökologische Straßenbaumaßnahmen haben wir seit jeher abgelehnt. Deshalb werden wir uns zusammen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort wie bei der erfolgreichen Verhinderung des Durchstichs Stäblistraße gegen den vereinten Widerstand der SPD, CSU und FDP auch weiterhin dafür einsetzen, dass diese nicht realisiert werden: zum Beispiel die Ortsumgehung Kirchtrudering, die Südanbindung Perlach, die Anbindung der Schleißheimer Straße an die A 99 und den Autobahnsüdring. Bei weiteren teuren Ringtunneln

geht es uns um den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner. Ist dieser auch gut mit städtebaulichen Maßnahmen (Einhausung, vorgehängte Glasfassade) zu erreichen, geben wir diesen den Vorzug.

Innerstädtische Logistik: Der innerstädtische Lieferverkehr erscheint uns als guter Anwendungsbereich für Elektromobilität. Diesen wollen wir durch die Förderung von Lieferkooperationen, Lastenfahrräder und Elektrotransporter umweltfreundlicher machen und entsprechende Anreize schaffen. Demnächst steht das städtische Großprojekt „Neubau der Großmarkthallen“ in Sendling an. Wir wollen, dass die Großmarkthallen anstatt mit Lastwägen mit Zügen beliefert werden können und setzen uns deshalb für eine entsprechende Infrastrukturplanung ein.

Verkehrsmanagement – Den Straßenverkehr steuern und ordnen

Sämtliche „harten“ (wie Verkehrsordnung und -steuerung) und „weichen“ Maßnahmen (wie Information, Beratung und Motivation) möchten wir im Verkehrs- und Mobilitätsmanagementplan (VMP) bündeln. Die einzelnen Maßnahmen und Strategien können so miteinander verglichen und aufeinander abgestimmt werden. Mit der 2012 eröffneten Verkehrsleitzentrale in Moosach, wo Polizei, Bau- und Kreisverwaltungsreferat erfolgreich zusammenarbeiten, haben wir bereits den wichtigsten Grundstein hierfür gelegt. Der Luftreinhalteplan und der Lärminderungsplan, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben verpflichtend aufzustellen und regelmäßig fortzuschreiben sind, müssen Maßnahmen zur Verkehrslenkung, -ordnung und -steuerung enthalten, die geeignet sind, die einschlägigen Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid innerhalb der vorgeschriebenen Fristen einzuhalten bzw. sukzessive auch auf allen Hauptstraßen eine Reduzierung der Lärmbelastung unter 70 dB(A) tagsüber und unter 60 dB(A) nachts zu erreichen.

Die Signalprogramme an Ampelkreuzungen möchten wir systematisch optimieren und an die Belange der Nutzerinnen und Nutzer (Fußgängerinnen und Fußgänger, Schülerinnen und Schüler, Behinderte, Seniorinnen und Senioren, etc.) anpassen. Belange des Radverkehrs sollen gemäß der gestiegenen Bedeutung deutlich stärker als bisher berücksichtigt werden. Die Radfahrerinnen und Radfahrer, die künftig mit dem motorisierten Verkehr und nicht mehr mit dem Fußverkehr geführt werden, können nach unseren Vorstellungen an wartenden Fahrzeugen vorbei nach vorne fahren und sich in einem geschützten Bereich aufstellen (Aufstellflächen). Für Radfahrerinnen und Radfahrer soll nach Kopenhagener Vorbild, wo immer es möglich ist, ein Rechtsabbiegergrünpfeil gelten. Das Beschleunigungsprogramm für den öffentlichen Nahverkehr soll auf alle Linien umgesetzt werden. Die Steuerung des nichtöffentlichen Automobil-Verkehrs soll Halte- und Anfahrvorgänge so weit wie möglich reduzieren. Nach Züricher Vorbild wollen wir grundsätzlich nur so viel Verkehr in das innerstädtische Straßennetz einlassen, wie es ohne Stauerscheinungen aufnehmen kann. Unvermeidbare Staus sollen dorthin verlagert werden, wo möglichst wenig Bevölkerung betroffen ist. Auch die Verkehrssicherheit kann auf diese Weise deutlich verbessert werden. Fuß- und Radverkehr sowie Barrierefreiheit sollen deutlich stärker berücksichtigt werden als bisher. Dafür setzen wir auf Entschleunigung und wollen Tempo 30 auf allen Nebenstraßen in Wohngebieten und Tempo 50 im Hauptstraßennetz. Im Rahmen der Lärminderungsplanung möchten wir zum Schutz der Anwohner bei Überschreitung von gesundheitsgefährdeten Grenzwerten dort Tempo 30 nachts, an einzelnen kleinen Abschnitten, an denen keine anderen wirksamen Maßnahmen möglich sind.

Bei der Verkehrssicherheit steht München im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten

relativ gut da. Dennoch sterben im Schnitt pro Jahr etwa 20 Menschen auf Münchens Straßen. Rund 700 Menschen werden schwer verletzt. Knapp 6.000 erleiden leichte oder mittelschwere Verletzungen. Insgesamt ereignen sich gut 40.000 Unfälle pro Jahr. Dies wird in der Öffentlichkeit bislang akzeptiert. Wir GRÜNE tun das nicht. Wir setzen auf die „Vision Zero“ – unser Ziel sind „null Verkehrstote!“ Dazu braucht München ein neues Verkehrssicherheitskonzept. Die bisherigen Einzelaktivitäten zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit sollen in ein systematisches, wissenschaftlich fundiertes Konzept eingearbeitet werden, das die Situation in München nach Stärken und Schwächen analysiert, Vergleiche mit anderen Städten und Konzepten anstellt und Empfehlungen ausspricht. Personelle und finanzielle Ressourcen wollen wir hierfür bereit stellen. In zentralen Lagen und in weiten Teilen der Wohngebiete streben wir eine Mischnutzung mit hoher Aufenthaltsqualität an und wollen hierfür Konzepte wie „Shared Space“ oder verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche umsetzen. Querungshilfen wie Zebrastreifen sollen deutlich großzügiger eingesetzt werden als bisher.

Die Rechte von Fußgängerinnen und Fußgängern, Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern wollen wir mit Hilfe von Piktogrammen und Markierungen auf den Fahrbahnen besser als bisher kommunizieren. Die Kontrollsdichte der kommunalen Verkehrsüberwachung soll verdoppelt werden.

Steuerung durch finanzielle Anreize, Verursacherprinzip stärken

Wir möchten alternative Finanzierungsmodelle prüfen und den motorisierten PendlerInnenverkehr mit dem Auto eindämmen. Wir fordern den Freistaat und den Bund auf, hierfür endlich die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Eine Studie für München soll Fragen zur Machbarkeit alternativer Finanzierungsmodelle und Details zur räumlichen Ausdehnung, zur Preisgestaltung, zu deren Auswirkungen, zu den technischen Umsetzungsmöglichkeiten, zur sozialen Gerechtigkeit sowie zu den Betriebskosten und Einnahmemöglichkeiten klären.

Gemeinsam die Mobilitätswende umsetzen und die Verwaltung reformieren

Für die Mobilitätswende brauchen wir eine neue Planungskultur, die mehr Experimente und Verkehrsversuche zulässt und die Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Die Münchner Verkehrsverwaltung verteilt sich derzeit auf mindestens fünf Referate. Den daraus resultierenden Koordinations- und Abstimmungsaufwand wollen wir verringern. Angesichts der herausragenden Bedeutung des Themas Mobilität fordern wir eine effiziente Organisation der Verkehrsverwaltung. Verkehrsplanung, der Bau von Verkehrsanlagen sowie der Betrieb des Verkehrs inklusive Verkehrstechnik, Verkehrsordnung und Kommunikation sollen unter einem Dach angesiedelt und aus einer Hand gesteuert werden. Eine regelmäßige zweijährige Mobilitätserhebung soll zudem eine bessere Planungsgrundlage bieten und Parallelerhebungen der verschiedenen städtischen Dienststellen und Unternehmen überflüssig machen. Ein solches Monitoring soll helfen, Maßnahmen effizient umzusetzen und Erfolge zu belegen.

Mobilität sozial gerecht gestalten!

Grüne Politik bedeutet, Mobilität gerecht zu gestalten. Wir wollen weniger motorisierten Individualverkehr – jedoch nicht auf Kosten sozial Schwacher. Besonders die Nutzung des ÖPNVs muss für Jede und Jeden bezahlbar sein. Daher haben wir in den letzten Jahren ein Sozialticket eingeführt. Wir setzen uns außerdem für das Konzept Jugendticket ein. Dieses können Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre unabhängig von ihrer Ausbildungs- oder

Berufstätigkeit beziehen. Es soll – angelehnt an das Sockelmodell des Münchner Semestertickets – aus zwei Stufen bestehen. Erstens, die kostenlose Nutzung des ÖPNVs außerhalb der Stoßzeiten und – im Rahmen eines bezahlbaren Aufpreises – zweitens die Nutzung während der Stoßzeiten. Umzusetzen ist das Jugendticket gemeinsam mit der Landesregierung im Rahmen des jetzigen Ausbildungstarifes aber auch im Rahmen der Stadtkasse, beispielsweise über eine kommunale Ausgleichszahlung.

((Kasten)) Altstadt und Boulevards an der Isar und der Sonnenstraße

Wir sind überzeugt, dass eine Verbesserung der Mobilitätskultur der Schlüssel zu einem gesunden und ressourcenschonenden Leben in der Stadt ist. Nur wenn wir die Kfz-orientierte Verkehrskultur komplett ändern, sichert das auf Dauer die Luft- und somit Lebensqualität im urbanen Raum. Viele Einzelvorhaben führen zum Ziel und an Ideen mangelt es uns Grünen nicht. Zusätzlich zu den beschriebenen Vorhaben setzen wir uns zum Beispiel ein für:

- eine weitgehend autofreie Innenstadt mit einer Vergrößerung der Fußgängerzonen innerhalb des Altstadtrings, rund um den Hauptbahnhof und in den Stadtteilzentren
- Belebung der Straßen an der Isar zum Schlendern und Verweilen und Nutzung als Boulevard durch temporäre Autofreie Aktionen
- „Boulevard Sonnenstraße“ als deutliches Symbol für die Mobilitätswende. Umgestaltung der Ringstraße mit neuer breiter grüner Flanierzone für Fuß- und Radverkehr neben der Trambahn durch Verlegung und Bündelung der Autospuren.

Keine 3. Startbahn am Münchner Flughafen

Am 17. 6. 2012 hat die Münchner Bevölkerung beim von uns initiierten Bürgerentscheid ein klares Votum abgegeben: Sie möchte nicht, dass die Stadt München als Gesellschafterin des Münchner Flughafens dem Bau einer 3. Startbahn zustimmt. Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass keine 3. Start- und Landebahn gebaut wird, denn Fluglärm und die Abgase machen krank, jeder Flug belastet überdurchschnittlich die Umwelt und die Zahl der Flugbewegungen nimmt ab.

4. Kapitel: Kinderbetreuung:

Bildung und Erziehung im Kindesalter

Bildung beginnt nicht mit der Schule, sondern vom ersten Lebenstag an. Wir GRÜNEN haben uns immer für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder von 0 bis 14 Jahren eingesetzt. In Familien sollen die Eltern die Möglichkeit haben, ihre berufliche Zukunft ohne große Brüche aufzubauen und allen Kindern sollen die gleichen Chancen zur Entwicklung geboten werden.

Wir brauchen flexible Angebote für Kinder von Anfang an. Im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen haben wir die Vollversorgung fast erreicht. Große Probleme sehen wir bei den unter Dreijährigen. Wir haben großes Verständnis für die Probleme der Eltern, einen Betreuungsplatz zu finden und werden alles tun, um so schnell wie möglich genügend Krippenplätze anbieten zu können. Doch die Nachfrage ist in den letzten Jahren so stark gestiegen, dass die Stadt kaum noch hinterhergekommen ist. Vor allem in der Innenstadt, wo die Nachfrage besonders stark ist, fehlen Grundstücke und Flächen. Die Planungsprozesse dauerten in der Vergangenheit oft zu lange und die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung funktionierte oft nicht. Seit 2012 gibt es eine Arbeitsgruppe, die nach innovativen und kreativen Lösungen dieser Probleme sucht. Wenn der Rechtsanspruch wirksam wird, werden wir einen Versorgungsgrad von 60 Prozent erreicht haben. Auch das wird für München nicht ausreichen.

Aus diesem Grund muss die Bauabteilung im Referat für Bildung und Sport neu strukturiert werden. Wir brauchen eine bessere und raschere Zusammenarbeit mit dem Baureferat sowie genügend Personal, um die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für unter Dreijährige in den nächsten Jahren befriedigen zu können. Jede und Jeder soll die Wahlfreiheit haben, ob er oder sie in den ersten Jahren zuhause bleibt oder arbeiten geht. Eine Generation gut ausgebildeter junger Frauen ist – zu Recht – nicht mehr bereit, die eigene Karriere hintan zu stellen. Die Lebenshaltungskosten in München sind enorm hoch. Eine Familie kann es sich kaum leisten, dass ein Elternteil zu Hause bleibt. Weiterhin hat München, wie fast alle größeren Städte Deutschlands, eine große Anzahl alleinerziehender Eltern. Zur Unterstützung müssen wir das Angebot an Kitas ausbauen aber auch ein sogenanntes Familiensplitting anbieten, das die Alleinerziehenden finanziell entlastet.

Wir brauchen ein breites Angebot, damit Eltern die individuell passende Betreuung für ihr Kind finden können. Neben dem weiteren Ausbau von Krippen, müssen wir auch mehr Tageseltern einwerben, die Großtagespflege stärken und vor allem den Eltern-Kind-Initiativen ausreichend Unterstützung bieten. Wir GRÜNEN werden uns dafür stark machen, dass der schnelle Ausbau nicht zu Lasten der Qualität geht. In einem Pilotprojekt an zehn Kindertagesstätten werden wir die Aus- und Fortbildung in Kooperation mit einer Fachhochschule/Hochschule auf bessere pädagogische und entwicklungspsychologische Beine stellen. Damit die Kinder (bereits ab Krippenalter) schnell, aufwand- und zeitsparend angemeldet werden können, soll die Möglichkeit zur Online-Anmeldung mit Auswahlmöglichkeiten bei allen Kita-Einrichtungen (städtisch/privat) geschaffen werden.

Wichtig ist, dass alle Kinder eine qualitativ hochwertige Förderung und Unterstützung bekommen. Dazu zählen auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kita und Elternhaus, sowie niederschwellige Angebote professioneller Eltern- und Familienberatung. Wir setzen uns für günstige Rahmenbedingungen für ErzieherInnen ein, um die Attraktivität des Berufs zu steigern und mehr junge Menschen (vor allem auch Männer) für diesen Beruf zu begeistern. Wir wollen, dass vermehrt ausländische Abschlüsse anerkannt werden und auch GrundschullehrerInnen oder PädagogInnen auf Wunsch zu ErzieherInnen weiterqualifiziert werden. Der Kita-Ausbau darf nicht an fehlendem Personal scheitern und ErzieherInnen müssen in München gut leben können.

Um mehr Gerechtigkeit zu erreichen, wurde auf GRÜNEN Antrag hin im Kindertagesstättenbereich die „bedarforientierte Budgetierung“ eingeführt. Das heißt, dass Einrichtungen, die von vielen Kindern aus eher bildungsfernen Familien besucht werden, Gelder erhalten, um Zusatzangebote wie z. B. Sprachförderung einführen zu können. Dies gilt auch für Kinder, für die Deutsch keine Erstsprache ist. Weg vom Gießkannenprinzip und Hilfe da ausbauen, wo sie besonders benötigt wird, das schafft echte Gleichbehandlung.

Zur Qualität von Betreuungseinrichtungen gehört für uns GRÜNE auch ein gesundes, frisches Essensangebot. Wir haben erreicht, dass sowohl der Bio- als auch der Frischkostanteil deutlich gestärkt wurden. Hier wird unser Engagement auch in den nächsten Jahren gefragt sein.

GRÜNE Forderungen für die für Bildungs- und Erziehungsangebote in München:

- ausreichender Platz für alle Kinder
- allen Eltern die Betreuungsform bieten, die sie sich für ihr Kind wünschen
- Erhöhung der Bildungschancen für alle Kinder, vor allem durch altersgemäße Sprachförderprogramme und Programme, die die Lernmotivation sowie deren Interessenentwicklung fördern.
- Freude am gesunden Essen wecken
- qualitativ hochwertige Betreuung

5. Kapitel: Klima- und Umweltschutz

Naturschutz - Klimaschutz – Tierschutz – Isar - Ernährung

5.1 Naturschutz

Gerade eine dicht besiedelte Großstadt wie München braucht Naturräume und Freiflächen in der Stadt. Doch der Druck auf die wenigen Flächen wächst. Freiflächen konkurrieren mit dem dringend notwendigen Wohnungsbau, mit Kindergärten, Schulen und Gewerbe. Naturschutz- und Freiflächen sind notwendig für die Erholung, für den Klimaschutz, für die Luftqualität, für den Schutz von Tieren und Pflanzen und auch, weil sie zur Lebensqualität in der Stadt beitragen. Dank der GRÜNEN konnten viele solcher Flächen in München erhalten bleiben. In den Neubaugebieten wurden sogar neue Freiflächen und Parks geschaffen. Wir werden uns für Naturerfahrungsräume für Kinder einsetzen, wie wir sie bereits in Johanneskirchen realisieren konnten. Mit der Einrichtung des Forums Biotoppflege ist es uns endlich gelungen, die verschiedenen Akteure im Biotop- und Naturschutz miteinander zu vernetzen und damit die Pflegestandards zu vereinheitlichen und zu verbessern. Gleichzeitig wurde der Etat für die Biotoppflege erhöht. Auf der Panzerwiese und auf der Fröttmaninger Heide, den neuen Münchner Naturschutzgebieten, wird die Bevölkerung in einem Umweltbildungsprogramm für die sorgsame Nutzung des Schutzgebietes sensibilisiert. Ein Naturschutzbeauftragter klärt zusätzlich auf und achtet auf die Einhaltung der Schutzmaßnahmen. Bei Neu- und Umbaumaßnahmen werden an verkehrsreichen Straßen vermehrt artenreiche Blumenwiesen als Abstandsgrün geschaffen.

Wir GRÜNEN werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass trotz aller notwendigen Baumaßnahmen für Wohnraum und der dazugehörigen Infrastruktur ausreichend Natur- und Grünflächen erhalten bleiben und dort, wo es möglich ist, wieder geschaffen werden. Dazu brauchen wir eine konsequente Umsetzung der Ausgleichsflächenregelung mit anschließender Kontrolle der Ausgleichsflächen.

Der Schutz wertvoller Bäume und die Neupflanzung junger Bäume ist uns ein Anliegen, hier konnten in den letzten Jahren einige Erfolge erzielt werden. Allerdings werden noch zu viele Bäume zur Fällung freigegeben. Deshalb wollen wir die Baumschutzverordnung weiter stärken. Die Vernetzung von Grünzügen ist in den letzten Jahren langsam, aber stetig vorangekommen. Hier wollen wir das Tempo deutlich erhöhen. Wo möglich, werden wir uns für die Neupflanzung von Wäldern einsetzen. Die Stadt München betreibt in den Naturland-zertifizierten Wäldern seit Langem nachhaltige Forstwirtschaft und trägt damit zur Senkung des CO₂-Ausstoßes bei. Durch mehr Totholz wird die Artenvielfalt verbessert.

Wir lehnen eine erneute Bewerbung der Landeshauptstadt München für Olympische Winterspiele mit ihren Austragungsorten aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen entschieden ab. Angesichts des Klimawandels sind Olympische Winterspiele in den niedrig gelegenen Austragungsstätten der hochsensiblen Alpenregion ein Zeichen gegen die Zeit. Ferner sind die unkalkulierbaren finanziellen Risiken für die SteuerzahlerInnen nicht verantwortbar. Die Erfahrungen zeigen, dass die Kommunen auf den Schulden sitzen bleiben

und das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Gewinne einstreicht.

GRÜNE Ziele für den Naturschutz:

- Schutz und dauerhaft fachlich qualifizierte Pflege hochwertiger Natur- und Biotopflächen sowie wertvoller Strukturen und Lebensräume wie Hecken, Magerrasen oder Feuchtgebiete.
- Verbesserung der Vernetzung von Grünzügen und Frischluftschneisen. Freihaltung klimawirksamer Freiflächen von jeglicher Bebauung und Schaffung „grüner Achsen“ in einzelnen Stadtvierteln.
- Konsequenter Baumschutz und naturnähere Bewirtschaftung von Grünflächen.
- Verringerung der Zunahme des Flächenverbrauchs auch durch Entsiegelung nicht mehr benötigter versiegelter Flächen. Erhöhte Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung. Konsequente Umsetzung der Ausgleichsflächenregelung.
- Sensibilisierung der Bevölkerung durch Information und Umweltbildung, Förderung von Naturerlebnistagen für Kindergarten- und Schulkinder.
- Zusammenlegung und personelle Stärkung der für den Naturschutz zuständigen kommunalen Stellen beim Referat für Gesundheit und Umwelt statt Zersplitterung in verschiedene Referate.
- Ausweisung von landesweit und überregional bedeutenden Biotopen als Tabuflächen.
- Ausschluss von Laubbläsern bei der Stadtverwaltung, um unnötige Abgase und Lärmbelästigung zu vermeiden.
- München zur Hauptstadt der Artenvielfalt (Biodiversität) zu machen.
- Kooperation und Förderung der wertvollen Arbeit der Naturschutzverbände.

5.2 Klimaschutz

München auf dem Weg zur CO₂-armen Stadt – auf unser Handeln kommt es jetzt an

Der Klimawandel schreitet schneller voran als noch vor einiger Zeit prognostiziert. Nach den derzeitigen Aktivitätsplänen der internationalen Staatengemeinschaft steuert die Welt auf eine Erwärmung von vier Grad zu (Weltbankreport, November 2012). Es ist allerhöchste Zeit umzusteuern. Wir wissen, dass eine CO₂-arme Gesellschaft möglich und mit vielen Vorteilen verbunden ist. Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zum flächendeckenden und flexiblen Einsatz erneuerbarer Energie sind wichtige innerstädtische Wirtschaftsfaktoren. Das belegen zum Beispiel das seit vielen Jahren von der Stadt München umgesetzte Förderprogramm Energieeinsparung und die Solarinitiative München. Der Zugang zu günstigen Finanzierungen (vor allem mit der Stadtparkasse) soll erleichtert werden.

Klimaschutz bedeutet auch über die Stadtgrenzen hinaus zu schauen, z. B. sich mit der Planungsregion 14 eng zu koordinieren und sich über erfolgreiche Klimaschutzkonzepte auszutauschen, Wissen weiterzugeben und konkrete Umsetzungsprojekte zu unterstützen. Beispiele hierfür sind die Münchner Städtepartnerschaften, die Konvention der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder die Klimabündnisse, bei denen München Mitglied ist. Unter GRÜNER Mitverantwortung leistet München hier im Rahmen des Klimabündnisses einen Beitrag in Peru. Denn: Als florierende Stadt im Industrieland Deutschland tragen wir täglich zum fortschreitenden Klimawandel bei, dessen Auswirkungen derzeit vor allem Entwicklungsländer zu tragen haben.

Aber auch in München müssen wir weiter voran gehen: Alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft, auch jenseits der Stadtgrenzen, müssen für das Thema sensibilisiert und in die Pflicht genommen werden, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Stadtwerke München, aber auch die vielen NGOs und Bürgerinitiativen sind hier besonders wichtig. Das in München vertretene Potential aus Wissenschaft und Forschung wird intensiv genutzt. Die Stadt München setzt sich in den Bereichen Strom- und Wärmeerzeugung sowie Mobilität für das langfristige Ziel ein, Null-Emission-Stadt zu werden. Grundlage soll eine transparente Bilanzierung sein. Aber wir müssen auch Bewusstsein dafür schaffen, dass jede und jeder selbst einen Beitrag leisten kann. Nur so können wir das notwendige und selbstgesetzte Ziel der Stadt erreichen, den CO₂ Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren.

München hat in den letzten Jahren einiges erreicht und die CO₂-Emissionen deutlich reduziert. Auf Forderung der GRÜNEN hin wurde 2010 ein „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz“ auf den Weg gebracht. Es beinhaltet u. a. umfangreiche hochenergetische Sanierungsmaßnahmen städtischer Gebäude und eine deutliche Erhöhung des Förderprogramms Energieeinsparung. Dieses bezuschusst in privaten Haushalten und bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften Energieeinsparung und den Einsatz erneuerbarer Energien. Mit Unterstützung des Programms konnte die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG 125 Wohnungen in der Au klimaneutral sanieren. Die CO₂-Gesamtemissionen pro Einwohner sind von knapp 10 t/EW im Jahr 2001 auf 8 t/EW im Jahr 2010 gesunken. Damit liegt München unter dem Bundesdurchschnitt von 10 t/EW.

Seit dem Beschluss zur nachhaltigen Beschaffung fließen Energieeffizienz und andere Nachhaltigkeitskriterien in die Ausschreibungskriterien der Stadt ein. Energiesparlampen werden inzwischen in allen städtischen Gebäuden eingesetzt. Der Sanierungsstandard bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften entspricht heute dem KfW-Effizienzhaus-100-Standard, beim Neubau gilt der KfW-Effizienzhaus-70-Standard und bei städtischen Gebäuden wird die aktuelle Energieeinsparverordnung (ENEV) um ca. 35 Prozent bei Sanierung und Neubau unterschritten. So wurde beispielsweise das Truderinger Gymnasium in Passivhausbauweise errichtet. Auch auf städtischen Grundstücken wird im Rahmen des ökologischen Kriterienkatalogs der KfW-Effizienzhaus-70-Standard gefordert. Um die langfristigen Ziele einer klimaneutralen Stadt zu erreichen, soll dieser Standard künftig bei Sanierungen im Bestand angewendet werden, im Neubau der Passivhausstandard (KfW-Effizienzhaus-40-Standard). Städtische Gebäude sollen im Standard eines Plusenergiehauses errichtet werden.

Mit dem Bündnis für Klimaschutz wird auch die Münchner Stadtgesellschaft für den Klimaschutz aktiviert. Die Solarinitiative München vermittelt geeignete Dachflächen an potenzielle Betreiber von Photovoltaik-Anlagen und hat damit das Angebot an Solaranlagen in München deutlich erhöht.

GRÜNE Ziele für den Klimaschutz:

- Umsetzung der Standards der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) beim Bau städtischer Wohnungen
- Zubau von Fernwärme nur noch aus erneuerbaren Energie und mehr erneuerbare Wärmeversorgung auch im Bestand u. a. durch Einspeisung von Geothermie beispielsweise aus dem Umland und Nutzung von Abwärme in den Netzen der SWM.
- Nutzung von deutlich mehr Solarenergie für Wärme- und Stromversorgung durch Module auf städtischen Gebäuden, wie Schulen, Schwimmbädern und

- Verwaltungsgebäuden sowie durch solare "Nahwärmegebiete".
- höhere Energiestandards bei der Vergabe städtischer Grundstücke an Gewerbe und Industrie (mindestens 30 Prozent unter der Energieeinsparverordnung, EnEV).
- die Senkung der CO₂-Emissionen pro Einwohner mittelfristig auf 2 t/EW im Rahmen des „Integrierten Handlungsprogramms Klimaschutz“.
- ein Klimaschutzbüro, das die Klimaschutzaktivitäten der Stadt bündelt und die Öffentlichkeitsarbeit verbessert.
- eine Klimaschutzkampagne, um Bewusstsein für den Klimawandel zu schaffen.
- den Ausbau des Bündnisses für Klimaschutz mit verstärkter Aktivierung der Wirtschaft und Unterstützung der Zivilgesellschaft.
- eine klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2017.
- Verstärkung der Anstrengungen, CO₂ zu vermeiden, zu reduzieren und auszugleichen mit Erarbeitung eines detaillierten Maßnahmenkatalogs und dem Ziel der klimaneutralen Stadt München.
- Ausweisung der CO₂-Bilanz von städtischen Unternehmen und der Stadtverwaltung.
- Entwicklung von neuen Vertriebsangeboten bei den Stadtwerken München (SWM), die – bei Bezug von SWM-Strom – die Einspeisung selbst erzeugten Stroms direkt ins Gebäude (Eigenverbrauch) fördern.
- mehr städtische Umwelt- und EnergieberaterInnen an Schulen.
- Ausbau und Bewerbung des Prinzips „Ökoprofit“ (Kosten senken durch betrieblichen Umweltschutz). Dabei sollen Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien bevorzugt werden. einkommensschwache Haushalte beim Stromsparen zu unterstützen: durch Stromsparberatung und Austausch energiefressender Geräte (Lampen, Kühlschrank ...).
- Fachliche und finanzielle Unterstützung von konkreten Bildungsmaßnahmen und Technologietransfers in ausgewählten Partnerstädten und Ländern zur Senkung des CO₂-Ausstoßes weltweit.
- stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel durch die Förderung von Energiegenossenschaften in München und Partnerstädten unter Berücksichtigung einer ausreichenden Beteiligung von Frauen an den Aktivitäten.

5.4 100 Prozent erneuerbare Energien bei den Stadtwerken München (SWM)

Auf Initiative und Druck der Grünen begann 2006 die Erfolgsgeschichte der SWM. Die Stadtwerke München investierten von 2010 bis 2013 drei Milliarden Euro in den Ausbau der erneuerbaren Energien. Denn sie haben erkannt: Wind, Wasser, Sonne und Geothermie (Nutzung von Erdwärme) sind gut für die Rendite und fürs Klima. Die SWM haben sich jetzt das Ziel gesetzt, den gesamten Strombedarf in München bis 2025 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien in Anlagen der SWM zu produzieren. Bisher allerdings hauptsächlich durch Beteiligung an großen Windparks, Solarthermie- oder Photovoltaik-Anlagen (Nutzung von Sonnenenergie) in Deutschland und Europa und weniger in der Region. Wir deshalb ein verstärktes Engagement auch im Raum München und Bayern in Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden. Dabei soll auch die Bevölkerung vor Ort beteiligt werden. Um Ökostrom für die Nutzerinnen und Nutzer interessanter zu machen, sollen die SWM bei Neukunden oder Mieterwechseln den Ökostrom aktiv als Haupttarif („opt-out“) anbieten. Wir Grünen setzen uns außerdem dafür ein, dass die von den SWM Anfang 2013 verkündete Einstellung von neuen Erneuerbare-Energie-Projekten schnellstmöglich aufgehoben wird. Gerade bei der Förderung von Photovoltaik- und Windkraft-Anlagen in und um München besteht großer Nachholbedarf. Auch wenn es aufgrund der Politik der derzeitigen Bundesregierung gewisse Unsicherheiten gibt, müssen die Münchner Stadtwerke weiterhin

eine Vorreiterrolle einnehmen.

5.3. Mehr Tierschutz für München

Der kommunale Einfluss im Tierschutz ist leider begrenzt und wird weitgehend durch Landes-, Bundes- oder Europarecht mitbestimmt. Die konkreten Auswirkungen zeigen sich aber immer vor Ort. Deshalb wollen wir nicht nur in München, sondern von München aus für mehr Tierschutz sorgen. Daher lehnen wir den Aus- und Neubau von Forschungszentren mit Tierversuchen in unserer Stadt ab, wie z. B. das geplante Tierversuchszentrum auf dem Gelände des Klinikums rechts der Isar.

Bereits 2011 hat der Münchner Stadtrat unter anderem auf Initiative der Stadtratsfraktion der GRÜNEN ein Verbot von Zirkus-Wildtieren auf städtischen Flächen beschlossen. Damit ein generelles Wildtierversuch in Zirkussen Wirklichkeit wird, bemühen wir uns auf Landes- und Bundesebene um eine entsprechende Regelung.

Zusammenleben mit Tieren

Viele wild lebende Tiere haben die Stadt als Lebensraum angenommen. Unter anderem, weil sie hier, wegen des großen Nahrungsangebots vor Feinden geschützt sind oder weil ihr natürlicher Lebensraum verschwunden ist (Monokultur auf dem Land). Dazu gehören auch Tiere, mit denen wir Menschen Probleme zu haben glauben, wie z. B. Tauben. Die Lebensräume der Tiere in der Stadt müssen bewahrt bleiben. Dafür wollen wir

- die Zertifizierung von Nistnischen im Wärmedämmmaterial vorantreiben,
- Vogelschutzmaßnahmen bei Glasfassaden verpflichtend einführen,
- abgestorbene Baumbestände als Lebensräume für Tiere erhalten,
- uns für Wildblumenwiesen statt Straßenbegleitgrün einsetzen,
- ausgewiesene Ruhezone und Landschaftsschutzgebiete ausweiten,
- Insektenschutz bei der Straßenbeleuchtung einbeziehen,
- die Dauerbeleuchtung der Allianzarena zur Fröttmaninger Heide hin abstellen,
- dafür sorgen, dass die Nistplatzhaltungsvorschriften der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinien strikt eingehalten werden,
- Tier-Pflegestationen unterstützen und ausbauen,
- das Aufstellen von Taubenhäusern ausbauen.

Bei der Haustierhaltung werden wir

- eine Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für freilaufende Katzen kritisch prüfen, dies auch unter Einbeziehung von Alternativen. Zwang sollte aus unserer Sicht immer das letzte Mittel sein.
- uns als Alternative neben einer punktuellen Hunde-Leinenpflicht weiter für einen sog. Hundeführerschein einsetzen. Alle Hundehalterinnen und -halter sollen möglichst zum Erwerb des Führerscheins verpflichtet werden. Wer freiwillig den Hundeführerschein macht, könnte in den Genuss finanzieller Vorteile kommen – z. B. in Form eines reduzierten Hundesteuersatzes.

Für das Tierheim München muss ein langfristig tragfähiges Konzept gefunden werden. Wir werden prüfen

- inwiefern die Stadt in eine permanente Trägerschaft des Tierheims eingebunden werden kann, um ihrer gesetzlichen Pflicht für Fundtiere gerecht zu werden und

- darüber hinaus auch für Abgabetiere eine angemessene Lösung zu finden.
- wie Personen, die ein Tier aus dem Heim zu sich nehmen, unterstützt werden können. Bei Hunden schlagen wir dafür eine einjährige Hundesteuerbefreiung vor.

Tierpark

Der Münchner Tierpark ist eine Attraktion, die weit über Bayern hinaus bekannt ist. Wir begrüßen die Umbaumaßnahmen, die dem Tierpark bis 2020 ein neues Gesicht geben werden, denn dabei wird eine tiergerechte Haltung besonders berücksichtigt. Die Abschaffung des Haflingerreitens und der geplante bayerische Schau-Bauernhof sind aus unserer Sicht erste richtige Schritte.

GRÜNE Ziele für den Tierpark Hellabrunn:

- für die Umsetzung von Maximalforderungen zur artgerechten Haltung für alle Tierarten (Gelände, Versteck- und Rückzugsmöglichkeiten, Nahrung, Beschäftigungsmöglichkeiten, Erfüllung sozialer Bedürfnisse etc.).
- für den sofortigen Umbau des Menschenaffenhauses mit abgeschirmten Rückzugsbereichen. Dies insbesondere, um den Affen selbst die Wahl zu überlassen, ob sie in abgeschirmten Bereichen verweilen oder sich dem Publikumsverkehr aussetzen wollen.
- für den Erhalt des Tierparks als Erholungsraum mit hohem Informationswert, der auch auf die Bedrohung vieler Tierarten und ihrer Lebensräume mit passenden Medien und in der Tierparkschule hinweist.
- für eine Schwerpunktsetzung auf heimische und domestizierte Tierarten.

Tierschutz und Bildung

Zu einer erfolgreichen Bildungspolitik gehört auch Tierschutzunterricht. Wir wollen

- altersgerechten Tierschutzunterricht in Kindergärten und Schulen, um richtigen Umgang zu lernen und soziale Kompetenzen zu erwerben, Förderung von fächerübergreifenden Projekttagen, von Ausflügen, externem Tierschutzunterricht und passenden Veranstaltungen im Münchner Ferienpass anbieten.
- in der Lehrerfortbildung entsprechende Veranstaltungen anbieten.

Tierschutzbeauftragte/r

Wir wollen in München die Stelle eines/r Tierschutzbeauftragten einrichten, der/die über die Überwachungsfunktion des Veterinäramts hinaus den politischen Tierschutz fördert. Die städtischen Stellen können derzeit oft nur anlassbezogen handeln. Dabei wäre es aber sinnvoll, bereits im Vorfeld Konzepte zu erarbeiten, so dass es erst gar nicht zu einem „Tierschutzfall“ kommen muss. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Verzahnung mit den Sozialbehörden verstärken: Denn gerade in der Stadt ist Tierschutz immer im Zusammenleben mit den Menschen zu sehen.

5. 4. Die Isar – urbanes Herz und grüne Seele unserer Stadt

Mit der Isar, ihren Ufern und Inseln und der Anbindung zur Stadt verfügt München über einen einzigartigen Natur- und Stadtraum, der weltweit bewundert wird. Dies ist das Ergebnis der überaus gelungenen Renaturierung der südlichen Isar bis zur Corneliusbrücke, die von uns Münchner GRÜNEN und vielen anderen engagierten Münchnerinnen und Münchnern partei- und organisationsübergreifend vorangetrieben wurde. Wir wollen, dass die Renaturierung

auch im Flussbereich nördlich der Tivolibrücke fortgesetzt wird. Die zurückgewonnene Natur sowie die Schönheit und Dynamik der südlichen Isar und einer künftig renaturierten nördlichen Isar werden wir dauerhaft bewahren. Aufgrund ihrer Attraktivität zieht die Isar auch verschiedene Nutzungen an, die gesteuert werden müssen. Wir GRÜNEN wollen an geeigneten Stellen entlang der südlichen renaturierten Isar eine naturverträgliche Nutzung und die dazu gehörende Infrastruktur zulassen. Zudem fordern wir Kampagnen für einen schonenden Umgang mit der Natur und ein ziviles Miteinander am Fluss nach dem Motto „Leben und leben lassen“.

Im „innerstädtischen Isarraum“ zwischen Corneliusbrücke und Tivolibrücke wollen wir in den nächsten zwei Jahren Stadt und Natur zusammenbringen, im Sinne der Anregungen aus dem Arbeitskreis „Isarlust“. Die GRÜNEN im Stadtrat haben dazu bereits die Rahmenplanung initiiert. Im innerstädtischen Isarraum soll es zukünftig außerhalb von Flora-Fauna-Habitat- (FFH) und Naturschutzgebieten (insbesondere an der kleinen Isar) Bereiche und Zeiten geben, in denen kulturelle und bürgerschaftliche Projekte sowie urbanes Leben gefördert werden. Die Isar ist in den Bereichen der FFH- und Naturschutzgebiete streng geschützt.

An der kleinen Isar östlich der Prater- und Museumsinsel und an ihren unmittelbaren Uferbereichen steht aus diesem Grund der Schutz von Flora und Fauna im Vordergrund. Hier wird es auch künftig möglich sein, Natur pur zu erleben. Zugleich soll die „Kleine Isar“ als ökologisch hochwertiger Naturkorridor von Süden nach Norden weiterentwickelt, geschützt und gefördert werden. Hier wie auch in anderen Isarabschnitten wünschen die GRÜNEN, dass die Stadtverwaltung künftig mehr Kraft in Baum- und Biotoppflegeprogramme investiert und die Bevölkerung über die Bedeutung des Naturschutzes informiert.

An der westlichen großen Isar und an ihren Ufern ist wegen der historischen Kaimauern, der stark befahrenen Uferstraßen, des Hochwasser- und Denkmalschutzes eine Renaturierung nicht möglich. Schon um 1900 strömten an diesen Stellen die Münchnerinnen und Münchner an die Isarufer (Isarinsel- und Isarufer-Boulevard, Prater, Auer Dult). Wir GRÜNEN unterstützen eine kulturelle und bürgerschaftliche Nutzung sowie urbanes Leben mit temporären und dauerhaften Kunst- und Kulturprojekten, Surfen, Baden und Grillen, Kiosken, Cafés, öffentlichen Toiletten und verbesserter Müllentsorgung an geeigneten Stellen. Nichtkommerzielle Kulturveranstaltungen, die nachweislich keine Auswirkungen auf die Natur an der Isar haben, sind auch künftig auf den Isarinseln und dem westlichen Ufer genehmigungsfähig (z. B. Isarinselfest, Kulturstrand, Isarbrückennächte).

Rechtsicherheit und politische Klarheit für Landschafts- und Naturschutz schaffen!

Die gesamte Isar von der nördlichen bis südlichen Stadtgrenze und vom westlichen bis zum östlichen Ufer ist als „Landschaftsschutzgebiet“ definiert (inklusive z. B. Autostraßen, Mittlerer Ring und Gebäude). Von der südlichen Stadtgrenze bis zur Braunauer Eisenbahnbrücke gilt sie als FFH-Gebiet. Die Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz und Freizeitinteressen sind hier groß. Wir GRÜNEN werden den Schutz des FFH-Gebietes gegen übertriebene Wegesicherungsmaßnahmen und rücksichtsloses Freizeitverhalten klar einfordern. Wir werden aber auch Lösungen für Kultur und Leben im öffentlichen Raum suchen – dort, wo es der Natur nicht schadet. Wir GRÜNEN fordern, dass auch der Bereich der Kleinen Isar östlich der Isarinseln und ihre unmittelbaren Uferbereiche als FFH- bzw. Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Die Überzeugungsarbeit zur Einhaltung von Vorschriften zur Entsorgung des Abfalls sowie die Kontrolle dieser Regelungen soll künftig die Stadt anstelle privater Sicherheitsdienste übernehmen. Dazu wird ein Kommunikations-

und Umsetzungskonzept entwickelt.

Vorrang für Fußgängerinnen und Fußgänger, für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer zu Aufenthalt, Begegnung und Kultur im innerstädtischen Isarraum!

Wir GRÜNEN wollen kurzfristig temporäre Umwidmungen der isarparallelen Autostraßen für Fußgängerinnen, Fußgänger und Flaneure in den autoverkehrsarmen Ferien und an Wochenenden. Mittelfristig fordern wir die Umwandlung der Uferstraßen zu einem dauerhaften autofreien Isarboulevard für Fußgänger.

Museumsinsel endlich für die Münchnerinnen und Münchner öffnen! Das Deutsche Museum wird aufgefordert, die umliegenden Freiflächen für die Münchnerinnen und Münchner 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche freizugeben. Das Museum ist im Erbbaurecht errichtet. Wir fordern das Deutsche Museum auf, die Frage der Zukunft der Museumsinsel unter BürgerInnenbeteiligung und mit der Landeshauptstadt München öffentlich zu diskutieren.

Isarinsel-Boulevard wiederherstellen!

Um 1900 konnte man von Norden nach Süden über die Isarinseln auf einem attraktiven Boulevard flanieren. Dies ist heute nur noch auf einem kurzen Stück neben dem Vater-Rhein-Brunnen an der großen Isar möglich. Der Boulevard soll wieder hergestellt werden. Zudem soll geprüft werden, ob er im Norden und Süden mit einer Fußgängerbrücke naturverträglich an die Isarauen angebunden werden kann.

Fachübergreifendes Koordinationsteam „Innerstädtischer Isarraum“ und „Stadt-Fluss-Koordinationsrunde“ für den innerstädtischen Isarraum schaffen!

Die Gestaltung des innerstädtischen Isarraums ist eines der interessantesten aktuellen Projekte in München. Hier gilt es, im Spannungsfeld von urbaner Stadtkultur, Ökologie, Naturschutz und Nutzerinteressen zu langfristig tragfähigen Lösungen zu kommen. Darum soll sich ein hauptberufliches Koordinationsteam „Innerstädtischer Isarraum“ kümmern, das mit allen dafür notwendigen Mitteln ausgestattet wird. Hier arbeiten Expertinnen und Experten aus Naturschutz, Stadt- und Kulturplanung sowie aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zusammen. Eine Aufgabe dieses Teams wird es sein, regelmäßige Begegnungen der wichtigsten Akteure zu organisieren.

Die Renaturierung der Isar hat neue Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten eröffnet.

Auf der Grundlage des FFH-Verträglichkeits-Gutachtens sollen zusätzliche geeignete Möglichkeiten für das Baden und Kanufahren ausgewiesen werden. Zudem sollen vor allem für Einsteiger und Einsteigerinnen des Wellenreitens durch umweltverträgliche und mit anderen Nutzungen vereinbare Maßnahmen (z. B. der Wasserzufuhr) an der Floßlande bessere Bedingungen geboten werden können.

5. 5. Ernährung

GRÜN DENKEN – GRÜN ESSEN

Wir Münchnerinnen und Münchner wollen wissen, wo unser Essen herkommt und wie es produziert wurde. Es soll schmecken und gesund sein – und gleichzeitig so umwelt- und klimaschonend wie möglich hergestellt werden. Ökologisch erzeugte Lebensmittel schonen das Klima und unsere Lebensgrundlagen. Wir legen größten Wert auf achtsamen Umgang mit Tieren: Bei der Erzeugung von Fleisch, Eiern und Milchprodukten muss ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet sein.

Noch finden Menschen, die ihren Konsum an Fleisch, Eiern oder Käse einschränken wollen oder die Wert auf Bio legen, auch bei städtischen Veranstaltungen, nicht immer entsprechende Gerichte in akzeptabler Qualität und Vielfalt. Das wollen wir ändern, zum Beispiel durch eine Imagekampagne für vegetarisches und veganes Essen. Wir setzen uns dafür ein, dass überall dort, wo die Stadt Einfluss auf das Essensangebot hat, auch vegetarische und rein pflanzliche Gerichte angeboten werden. Alle angebotenen Produkte sollen so regional, saisonal und biologisch wie möglich sein.

Mit konsequenter Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit werden wir wie bisher Aufklärung betreiben und damit schon bei den Kleinsten in den Kitas und Schulen anfangen. Kinder sollen wissen, wo ihre Nahrung herkommt und wie sie zubereitet wird. Wo es machbar ist, sollen in Kinderbetreuungsstätten und Schulen Lebensmittel selbst angebaut werden können – und wenn es nur ein Topf mit Radieschen, Erdbeeren oder Kräutern ist. Auf diese Weise wird schon frühzeitig Bewusstsein für unser Essen geschaffen.

Wir GRÜNE waren in den letzten Jahren schon erfolgreich: In der „Biostadt“ München steigt der Anteil der ökologisch produzierten Lebensmittel in den städtischen Kindertageseinrichtungen und Schulen bereits stark an. Der Münchner Stadtrat hat auf unsere Initiative hin einen Bioanteil von 50 Prozent bei Verpflegung in Schulen und Kindertageseinrichtungen beschlossen. In einem ehrgeizigen Kriterienkatalog wird von den Verpflegungsanbietern ein Frischkostanteil von 30 Prozent möglichst regionaler Produkte und Biofleisch, bzw. (wenn Bio nicht möglich ist), Fleisch aus artgerechter Tierhaltung gefordert. Wir unterstützen Bio-Aktionswochen in den Betrieben der heimischen Wirtschaft und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe. Der Anteil fair produzierter und gehandelter Lebensmittel bei der Stadt München für ihre Veranstaltungen steigt stetig. In diese Richtung wollen wir weiter vorangehen.

GRÜNE Ziele bei der Ernährung:

- In allen städtischen Einrichtungen (Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Kantinen), bei städtischen Empfängen und auf städtischen Veranstaltungen (Auer Dult, Oktoberfest, Weihnachtsmärkte) soll es möglichst nur noch Speisen geben, die folgende Kriterien erfüllen: Frisch, saisonal und möglichst regional, fair gehandelt und gentechnikfrei.
- Bei der Erzeugung von Tierprodukten müssen strenge Tierschutzstandards eingehalten werden. Wir GRÜNEN wollen deutlich mehr vegetarische Gerichte, darunter auch rein pflanzliche, im Einflussbereich der Landeshauptstadt München.
- Wir wollen das Bewusstsein für gesunde und nachhaltige Ernährung weiter steigern und Ernährung, Esskultur und Kochen regelmäßig in den Alltag von Schulen und Kindertageseinrichtungen einbinden. Deshalb fordern wir verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Ernährung sowie ein Ernährungsbildungskonzept, aber auch spezielle Bildungsangebote in Kindergärten, Schulen und in der Erwachsenenbildung.
- Ein Großteil der städtischen landwirtschaftlichen Güter ist bereits auf Ökolandwirtschaft umgestellt. Wir werden dafür sorgen, dass auch die übrigen zu ökologischen Vorzeige-Betrieben werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr Nutzgärten angelegt werden, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner – auch in sozialer Gemeinschaft – ihre eigenen Lebensmittel anbauen können und den Ausbau von Schulgärten vorantreiben.

- Wir wollen das Gärtnern in der Stadt („Urban Gardening“) vorantreiben und mehr Flächen für temporäre und langfristige Nutzungen schaffen, z. B. auf kommunalen Dächern, alten Kasernenflächen, Brachflächen oder kleinen Abstandsflächen.
- Wir wollen die regionale Ernährung fördern, indem wir Betrieben aus dem Umland günstige, zentrale öffentliche Räume für die Direktvermarktung oder dem Tausch von Lebensmitteln („Foodsharing“) zur Verfügung stellen.
- Das Oktoberfest soll im Ernährungsbereich noch ökologischer werden. In allen Bierzelten soll ein ausreichendes vegetarisches und biologisches Essensangebot vorhanden sein. „Hendlmarken“ sollen in „Schmankerl-Gutscheine“ umbenannt werden. Damit alle Wiesn-Besucher wissen, dass sie bei den Gutscheinen die freie Wahl haben, sich für ihr Lieblingsessen zu entscheiden.

6. Kapitel: (u.a. Familie, Kinder und Jugendliche, Gleichberechtigung, Armut, Integration, Älter werden, Inklusion, Gleichstellung, Gesundheit)

Solidarisch leben

6.1 Wo Kinder leben, da ist Familie!

Das ist und bleibt GRÜNER Grundgedanke. Egal ob mit oder ohne Trauschein, alleine, in Homo- oder Heterobeziehung, Patchwork oder andere Modelle: Wir wollen, dass alle Familien in München ihren Platz haben. Die wichtigste Voraussetzung dazu ist bezahlbarer Wohnraum. Dabei hat sich gezeigt, dass für Familien gar nicht das viel beschworene Häuschen im Grünen der Renner ist. Viel mehr Wert wird auf ein gutes Wohnumfeld mit Einkaufsmöglichkeiten, Spielplätzen, Kinderbetreuung und ärztlicher Versorgung gelegt. Wir GRÜNEN setzen uns ein für Stadtviertel, in denen Menschen aller Generationen gemeinsam leben können und Nachbarschaft entsteht.

Mit GRÜNER Beteiligung hat sich die Zahl der BewohnerInnentreffs in den letzten Jahren deutlich erhöht. Wir brauchen in vielen Wohnquartieren Räume, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner eines Viertels treffen und Nachbarschaft leben können. Für Familien ist es wichtig, dass die Kinder im Wohngebiet gewünscht sind. Durch verkehrsberuhigte oder sogar autofreie Wohngebiete soll sichergestellt werden, dass sich Kinder auch unbeaufsichtigt in ihrem Wohnumfeld bewegen können. Dazu gehören jedoch Akzeptanz und gegenseitige Verantwortung im Wohngebiet, die durch gezielte Nachbarschaftsangebote erhöht werden.

Damit München für Familien attraktiv bleibt, müssen wir das Betreuungsangebot für Kinder weiter ausbauen, ohne dass dabei die Qualität verringert wird.

Familien in München brauchen:

- familiengerechten, bezahlbaren Wohnraum in einem Wohnumfeld, das alle im Alltag benötigten Einrichtungen vorhält, das Treffpunkte bietet und eine Vernetzung aller Generationen ermöglicht.
- ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, die den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden, deren Qualität bestmögliche Förderung der Kinder garantiert.
- niederschwellige professionelle Unterstützungs- und Beratungsangebote, die Familien erleichtern, den komplexen Anforderungen immer unterschiedlicherer familiärer Lebenswelten gerecht zu werden.
- Familienzentren, die sich gegenüber dem Stadtteil und für den Stadtteil öffnen, als Kompetenzzentren für Pädagogik.

6. 2. Eigenständigkeit von Kindern und Jugendlichen akzeptieren und fördern!

Kinder, aber vor allem Jugendliche, sind nicht nur Teil ihrer Familien. Sie sind eigenständige Persönlichkeiten. Uns GRÜNEN war es immer wichtig, uns für die Eigenständigkeit von Kindern und Jugendlichen einzusetzen. Auch in einem immer enger werdenden München brauchen wir Platz für Kinder. Der öffentliche Raum muss so gestaltet sein, dass alle ihn nutzen können, dass genügend Bewegungsflächen vorgehalten werden und diese auch

ermöglichen, neue Trendsportarten auszuprobieren. Wir brauchen ausreichend Kinder- und Jugendeinrichtungen, müssen den Jugendlichen aber auch die Möglichkeit geben, sich in selbstbestimmten Räumen zu bewegen.

Dazu gehört auch, die Akzeptanz von Kindern und Jugendlichen „im öffentlichen Raum“ zu erhöhen und ihnen Begegnungsmöglichkeiten mit anderen Bevölkerungsgruppen bieten.

Im Bereich der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen haben wir viel erreicht. Seit langem gibt es Kinder- und Jugendforen, die jetzt auch immer häufiger in den Bezirken veranstaltet werden. Bei Bauprojekten werden immer wieder auch Kinder und Jugendliche eingebunden. Auf einen GRÜNEN Antrag hin wurde das „Jahr der Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ durchgeführt. Daraus hat sich eine feste Arbeitsgruppe entwickelt, die durch eine neu geschaffene Stelle unterstützt wird. Eine StadtschülerInnen-Vertretung hat ihre Arbeit aufgenommen und mischt bei vielen jugendrelevanten Themen kräftig mit.

Doch das reicht uns nicht: Wir brauchen mehr Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in ihrem Stadtteil und vor allem in den Schulen. Deshalb fordern wir die Weiterentwicklung zu einem Jugendrat, der ein Mitspracherecht an kommunalen Entscheidungen hat und der die Interessen der jungen Menschen initiiert und unterstützt. Wahlberechtigt für die Wahl des Kinder- und Jugendrats sind alle in München wohnenden Menschen unter 25 Jahren. Die Staatsangehörigkeit spielt keine Rolle. Die Arbeit des Gremiums und die Wahlen sind transparent und demokratisch organisiert. Der Kinder- und Jugendrat besitzt Rede- und Antragsrecht im Münchener Stadtrat. Kinderbeauftragte in allen Bezirken sind wichtig, können aber echte Teilhabe von Kindern nicht ersetzen.

Deshalb fordern wir GRÜNE das aktive Kommunalwahlrecht für Jugendliche ab 14 Jahren. Nur wenn Jugendliche direkt und aktiv an Wahlen teilnehmen können, werden sie auch als gleichberechtigte Akteure in der Stadtgesellschaft wahrgenommen.

Kinder und Jugendliche brauchen:

- ausreichend Freizeiteinrichtungen mit attraktiven Angeboten,
- Freiräume, in denen sie sich eigenständig engagieren können,
- Platz zum Bewegen und um Neues auszuprobieren,
- echte Beteiligung bei allen wichtigen Themen,
- das Recht mit zu wählen, wer sie in ihrer Stadt oder ihrem Stadtteil vertritt.

6. 3. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle in München

Eine weltoffene, tolerante und liberale Stadtgesellschaft zeigt sich besonders im Umgang mit vielfältigen Lebensformen und Identitäten. Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) leben in München weitgehend offen, die Infrastruktur für die LGBT-Community nimmt bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Die GRÜNEN haben entscheidend dazu beigetragen, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in München sichtbar sind. Sowohl die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, als auch SUB, LeTRa und Diversity sind in ihrer jetzigen Form ohne aktive GRÜNE Politik nicht denkbar.

Wir GRÜNEN werden auch weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Situation von lesbisch-schwulen und bisexuellen Jugendlichen legen, denn hier herrscht weiterhin großer Unterstützungs- und Aufklärungsbedarf. Die GRÜNEN fördern daher Programme an Schulen zur Aufklärungsarbeit über homosexuelle Lebensweisen und Kampagnen zur Förderung von Offenheit und Toleranz gegenüber Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender.

Auch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender werden älter. Hier bedarf es weiterer Aufklärungsarbeit in Alten- und Pflegeeinrichtungen, damit Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender fern von Diskriminierungen und offen im Alter leben können. Die GRÜNEN unterstützen daher Wohnprojekte und spezielle Altenhilfeeinrichtungen für die LGBT-Community.

Die gute Infrastruktur in München kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Lesben, Schwule und Transgender im Alltag immer noch von Diskriminierungen betroffen sind. Die Veränderung des Glockenbachviertels von einem schwul-lesbisch geprägten Szeneviertel hin zu einem Münchner Ausgehviertel brachte auch eine zunehmende feindliche und ablehnende Haltung gegenüber der LGBT-Community mit sich. Die GRÜNEN sehen diese Entwicklung mit Sorge und unterstützen alle Maßnahmen, den schwul-lesbischen Charakter des Glockenbachviertels zu erhalten.

Die GRÜNEN werden auch weiterhin aktiv werden, wenn sogenannte „Hassmusik“ in München verbreitet wird. Musik, in der zu Gewalt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern oder sonstigen Gruppen aufgerufen wird, darf in München keine Bühne bekommen.

Aufgrund einer GRÜNEN Initiative wurde 2011 seitens der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ein Schwerpunkt auf lesbisches Leben gelegt. Lesbisches Leben ist nach wie vor in München wenig sichtbar. Ignoranz und Ausgrenzung ist für Lesben alltäglich. Die GRÜNEN werden auch weiterhin für eine größere Sichtbarkeit von Lesben kämpfen.

Global denken, vor Ort handeln: GRÜNE Politik ist es auch hier, Städtepartnerschaften z. B. mit Kiew zu nutzen, um die dortige LGBT-Community zu unterstützen.

6.4 Armut

München weist eine sehr vielfältige und zukunftssträchtige Wirtschaftsstruktur auf und hat mit rund 4,5 Prozent eine relativ geringe Arbeitslosigkeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit als eine zentrale Ursache für Armut betrifft in München deutlich weniger Menschen als in anderen deutschen Kommunen.

Trotzdem nimmt die Armut von Menschen in München zu. Das liegt nicht nur an geringen Einkommen, sondern ist auch eine Folge der hohen Lebenshaltungskosten und des explodierenden Mietmarkts. Auch Menschen (besonders Familien) mit einem durchschnittlichen Einkommen geraten schnell an die Armutsgrenze. Daher sehen wir GRÜNEN in der Bekämpfung und Vermeidung von Armut eine zentrale Herausforderung für unsere kommunale Sozialpolitik.

Laut dem aktuellen Armutsbericht von 2011 leben ca. 200.000 Menschen in München von Transferleistungen (Arbeitslosengeld und Grundsicherung im Alter) oder verdienen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Münchner Gesamtbevölkerung. Zusammen mit den Menschen, die ein Einkommen knapp über dieser Grenze haben, lebt rund ein Sechstel der Münchner Bevölkerung in prekären Einkommensverhältnissen. Da andererseits die oberen 20 Prozent immer reicher werden, führt dies zunehmend zu einer Zweiteilung der Stadtgesellschaft.

Auch die Wohnungslosigkeit nimmt – unter anderem aufgrund der europäischen Armutswanderung – weiter zu. Nur durch die von den GRÜNEN initiierten Programme zur Prävention von Wohnungslosigkeit und zum kleinteiligen stadtweiten Bau von kommunalen Sozialwohnungen konnte ein noch größerer Anstieg vermieden werden. Durch das Gesamtkonzept „Prävention zum Erhalt des Mietverhältnisses“, in dem aufsuchende, begleitende und nachsorgende Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit zusammengeführt sind, können jährlich 3.000 Haushalte in ihren Wohnungen verbleiben. Die Programme zur Vermeidung und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, insbesondere ein integratives Nachsorgesystem werden ausgebaut.

Von Armut sind vorrangig Menschen betroffen, die keine dauerhafte Anstellung finden. Der Münchner Arbeitsmarkt hat ein sehr hohes Niveau. Die Chancen für Menschen mit geringer Schulbildung und ohne Ausbildung nehmen rapide ab. Verschärft wird diese Problematik durch die wachsende Armutswanderung aus dem südosteuropäischen Raum.

Nach wie vor sind mehr Frauen als Männer von Armut betroffen, darunter besonders Frauen mit Migrationshintergrund und alleinerziehende Mütter. Teilzeitstellen erleichtern zwar den Wiedereinstieg, mäßige Verdienste und mangelnde Aufstiegschancen ermöglichen jedoch kaum ein Einkommen über der Armutsgrenze. Auch für qualifizierte Frauen stellt der Wiedereinstieg zunehmend ein Problem dar.

Altersarmut nimmt wieder zu. Brüchige Erwerbsbiographien, Teilzeitarbeit, Niedriglöhne, die Absenkung des Rentenniveaus führen dazu, dass das Einkommen einer stark wachsenden Zahl von älteren Menschen unter dem Existenzminimum liegt. Viele arme alte Menschen verzichten aus Scham auf die ihnen zustehende Grundsicherung und leben in Einsamkeit und Isolation.

GRÜNE Ansätze für eine kommunale Armutsbekämpfung

- Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache vom Kleinkinderalter an. Dabei sind bei Bedarf die Eltern, insbesondere die Mütter, parallel zu fördern. Entsprechende Programme wie z.B. „Mama lernt Deutsch“ sind auszubauen.
- Fortentwicklung des von uns mit auf den Weg gebrachten Unterstützungsnetzwerks für den Übergang von Schule in den Beruf.
- Zielgerichtete und individuelle Integrationskurse, Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten. Dabei sollten regionale Bedürfnisse berücksichtigt werden (z. B. bei Alphabetisierungskursen).
- Die bereits eingeleiteten Schritte zu Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen sind stringent weiterzuführen.

- Gerade arme Menschen brauchen dringend soziale Netzwerke in ihrer Wohnumgebung. Die Zerstörung dieser Netze durch Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozesse ist zu vermeiden. Bei Überplanungen und in Neubaugebieten müssen stadtgestalterische Maßnahmen und Anreize für kleinteiliges lokales Wirtschaften getroffen werden, um auch armen Menschen ein lebendiges Leben im Quartier zu ermöglichen.
- Die Jobcenter in München sollen wieder kommunal und aus einer Hand bewirtschaftet werden. Anzustreben ist eine enge Verknüpfung mit den notwendigen sozialen, existenziellen und wohnraumsichernden Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen. Wir fordern deshalb, dass sich München erneut darum bewirbt eine sogenannte Optionsstadt zu werden.

6. 5. München – Stadt der Vielfalt

München ist geprägt von Vielfalt: der Vielfalt der Generationen (die Stadt altert langsam), der Vielfalt der Lebensformen (Patchwork- und Regenbogenfamilien, Singles, traditionelle Ehen und Familien), der Vielfalt der Herkunft (die Stadt ist international und interkulturell). Vielfalt durch Einwanderung bedeutet Bereicherung und Chance aber auch Herausforderung und Gestaltungsaufgabe. Der anerkennende Umgang mit Vielfalt ist zu einem entscheidenden Standortvorteil geworden im Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Kreativität und Innovationsfähigkeit als Wachstumsfaktoren moderner Metropolen resultieren aus internationalen Erfahrungen, interkulturellen Reibungen, Mehrsprachigkeit und gegenseitigem Respekt.

Münchnerinnen und Münchner mit Migrationshintergrund machen inzwischen fast 40 Prozent der Bevölkerung aus, dennoch haben nicht alle Menschen gleichberechtigt Zugang zu den Chancen, Möglichkeiten und Dienstleistungen ihrer Stadt. Wir GRÜNEN wollen zur Teilhabe aller beitragen, insbesondere auch zur Chancengleichheit und Gleichberechtigung der zugewanderten Menschen. Deswegen wollen wir uns für bessere Integrationsmöglichkeiten auch von AsylbewerberInnen einsetzen. Gerade für Kinder und Jugendliche AsylbewerberInnen wollen wir die Bildungsmöglichkeiten ausbauen, um ihnen ein Fundament zu ermöglichen, auf dem sie aufbauen können. Neben der Anerkennung des Schulabschlusses und des Hochschulstudiums wollen wir uns für die Öffnung der Ausbildungsmöglichkeiten einsetzen. Nur auf diese Weise kann Integration gelingen, Verknüpfung von Menschen aus verschiedenen Nationen in Gesellschaft und Beruf, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten.

Die bestehenden Barrieren abzubauen, ist Ziel des interkulturellen Integrationskonzepts der Stadt von 2008, das von uns GRÜNEN maßgeblich initiiert und beeinflusst wurde. Der erste Integrationsbericht belegt, dass Fortschritte insbesondere in folgenden Bereichen gemacht worden sind:

- Integrationsarbeit und interkulturelle Öffnung der Verwaltung werden als Führungsverantwortung wahrgenommen und kontinuierlich umgesetzt. Dafür findet München bundesweit Anerkennung.
- Die Stelle für interkulturelle Arbeit ist zur zentralen Anregerin, Beraterin und Unterstützerin der Integrationsarbeit geworden.
- Die Versorgung von Kindern mit Migrationshintergrund in den Münchner Kindertagesstätten entspricht fast ihrem Anteil an der Bevölkerung.

- Migrantinnen und Migranten beweisen Unternehmergeist. Die Existenzgründungen steigen stetig an.

Das rechnen wir GRÜNEN uns als Verdienst an. Zugleich macht der Bericht aber auch deutlich, dass es weiterhin Handlungsbedarf gibt.

GRÜNE Ziele für eine vielfältige Stadt:

- Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in Selbstorganisationen, Parteien, im Ausländerbeirat und in anderen Institutionen. Ziel ist jedoch das aktive und passive Kommunalwahlrecht für EU-AusländerInnen analog zum bisherigen Wahlrecht für UnionsbürgerInnen. Auch Münchnerinnen und Münchner ohne EU-Staatszugehörigkeit müssen bei kommunalen Entscheidungen direkt und unmittelbar mitentscheiden können.
- Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren, insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund sowie Ausbau der frühkindlichen Sprachförderung.
- Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung von Mehrsprachigkeit bei Kindern mit Migrationshintergrund als eine besondere Chance, deren Stärken anerkennend zu fördern.
- Abbau der Bildungsbenachteiligung in Schule und Ausbildung.
- Unterstützung bei den Übergängen von der Schule in die Ausbildung und in den Beruf.
- Strukturierte Kooperation der dabei beteiligten Institutionen, insbesondere von Jugendhilfe und Schule.
- Weiterentwicklung von Integrations- und Qualifizierungskonzepten für den (Wieder-)Einstieg in den Beruf, insbesondere für Frauen.
- Förderung von Angeboten für Mädchen und junge Frauen (Sprache, Ausbildung, Gesundheitsverhalten, Förderung der Selbstbestimmung, Schutzstellen usw.) für deren Integration und Emanzipation.
- Förderung von Existenzgründungen sowie Informationen und Anreize für Unternehmen von Migrantinnen und Migranten, damit sie Ausbildungsplätze für junge Menschen schaffen.
- Fortführung und Intensivierung der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung auf allen Hierarchieebenen, weitere Erhöhung des Anteils an Migrantinnen und Migranten bei den Beschäftigten und Auszubildenden.
- Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten und die Verzahnung ihrer Aktivitäten mit deutschen Initiativen.
- Abbau von (Alltags-)Rassismus und Diskriminierung in allen Bereichen der Stadtgesellschaft. Neben Menschen mit Migrationshintergrund, die selbstverständlicher Teil der Münchner Stadtgesellschaft sind, haben wir auch Sorge zu tragen für Menschen, die ohne Papiere in schwierigen rechtlichen und sozialen Verhältnissen zu leben gezwungen sind. Gerade die unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brauchen unterschiedliche Bildungs-, Wohn- und Betreuungsangebote.
- Willkommenskultur durch Abbau von Barrieren für Geflüchtete generell und die weitere Verbesserung von Resettlement-Strukturen als Möglichkeit für die dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge

Wir GRÜNEN haben in der Vergangenheit deren Rechte z. B. auf gesundheitliche Versorgung, auf Bildung oder auf Unterbringung durchgesetzt. Wir werden weiterhin für eine menschenwürdige Behandlung eintreten.

ZIE-M: Der Islam ist Teil der Münchner Stadtgesellschaft. Die Initiative „Zentrum für Islam in Europa-München“ plant ein Begegnungszentrum mit vielfältigen Angeboten in unserer Stadt. Ein Platz in der Mitte der Gesellschaft wie des Stadtraums ist dafür angemessen. Wir GRÜNEN unterstützen dieses Vorhaben und stellen uns mit vielen gesellschaftlichen Gruppen gegen rechtspopulistische, musliminnen- und muslimfeindliche Kräfte, die das Zentrum verhindern wollen.

6. 6. Älter werden in München

In den kommenden Jahrzehnten werden in München immer mehr ältere Menschen leben. Wir nehmen die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren in der Stadt ernst. Wir GRÜNEN wollen ein solidarisches Miteinander in der gesamten Stadtkultur. Dazu gehören generationenübergreifendes Wohnen und Arbeiten ebenso wie Konzepte, um ältere Menschen in ehrenamtliche Tätigkeiten einzubinden. Betagte Menschen müssen Gelegenheit haben, ihre Lebenserfahrung an die junge Generation weiterzugeben, im Miteinander der Generationen in nächster Nachbarschaft, im Privatleben wie auch in der Arbeitswelt in der die Chancen auf längere Erwerbsphasen ungleich verteilt sind.

Für die Menschen, die sich im Alter nicht mehr selbst versorgen können, braucht es, neben einer funktionierenden Infrastruktur im unmittelbaren Wohnumfeld, ausreichend qualifiziertes und kultursensibel ausgebildetes Pflegepersonal um "Wohnen im Viertel" genau wie das "Erhalten der eigenen Häuslichkeit" bis ins hohe Alter zu realisieren.

GRÜNE Ziele zum Älterwerden in München:

- Miteinander der Generationen und Kulturen für eine funktionierende Stadtgesellschaft durch langfristiges Fördern übergreifender Angebote.
- Jung lernt von Alt: Entwickeln fest verankerter Konzepte in der Arbeitswelt sowie in der Bildung genau wie beim bürgerschaftlichen Engagement.
- Altersgerechte Arbeitsbedingungen: Forcieren einer größeren Verbreitung von Altersteilzeitmodellen am Ende des Erwerbslebens, Hinwirken auf eine altersgerechte Arbeitsgestaltung und Neuausrichtung der Personalpolitik mit stärkerer Berücksichtigung der Älteren sowie der interkulturellen Vielfalt in der Verwaltung und bei kommunalen Unternehmen.
- Ausbau alternativer Wohnformen, ambulanter Versorgungs- und Pflegedienste und der Angebote der Alten- und Servicezentren.
- Entwicklung von Qualitätsstandards für alternative Wohnprojekte mit dem Ziel möglichst langen Verbleibens in der gewohnten Umgebung.
- Stärkere Ausdifferenzierung der Pflegeangebote nach körperlichen und psychischen Anforderungen.
- Kultursensible Qualifizierung von Pflegekräften in Aus- und Weiterbildung.
- Interkulturelle und kultursensible Öffnung von Alten- und Pflegeheimen.
- Einsatz für eine Reform der Pflegeausbildung mit einheitlicher Finanzierung.
- Konzepte zur Behebung des Pflegekräftemangels: bezahlbarer Wohnraum in München und adäquate Bezahlung.

6. 7. München – eine inklusive Stadtgesellschaft

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, ist seit 2009 in Deutschland geltendes Recht. Sie formuliert den Anspruch jedes Einzelnen auf Menschenwürde. Das bedeutet Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und

gesellschaftliche Teilhabe.

Selbstbewusstsein und das Bewusstsein der eigenen Würde hängen nicht nur von der individuellen Einstellung der Menschen ab sondern werden geprägt durch die Gesellschaft und ausgrenzende, diskriminierende Strukturen. Die Konvention fordert von der Stadtgesellschaft, diese Strukturen zu verändern. Statt Menschen mit Behinderung auszugrenzen, müssen sie ganz selbstverständlich am gesamten gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben können.

Der Ansatz der selbstverständlichen Zugehörigkeit von Menschen mit Behinderung – die Inklusion – markiert diesen grundsätzlichen Haltungswechsel. Sie ersetzt den bisherigen, an Defiziten orientierten Ansatz durch eine Haltung, die Behinderung als normalen Bestandteil, als Chance und kulturelle Bereicherung menschlichen Lebens und der Gesellschaft wertschätzt.

Nicht die Behinderung ist das Problem. Problematisch sind die ausgrenzenden und diskriminierenden Haltungen und Strukturen. Inklusion ist daher der Auftrag an Alle, eigene Haltungen zu reflektieren, bestehende Strukturen zu hinterfragen und zu verändern. Eine Gesellschaft, die Menschen mit Behinderungen und deren Möglichkeiten und Beiträge wertschätzt und ihnen Aufmerksamkeit widmet, gewinnt an Menschlichkeit und kultureller Vielfalt.

GRÜNE Ziele für eine Inklusive Gesellschaft

- Die GRÜNEN setzen sich für die Umsetzung der Inklusion als Auftrag an die gesamte Stadtgesellschaft ein.
- Die Auseinandersetzung damit muss in allen Bereichen, in allen städtischen Referaten und bei den freien Trägern sozialer Arbeit stattfinden.
- Inklusion ist ein dauerhafter, nachhaltiger Prozess.
- Inklusion darf keine verdeckte Sparpolitik sein. Die individuell notwendige Unterstützung und Förderung der Ressourcen braucht ausreichend Personal und Qualifizierung.
- Inklusion betrifft sämtliche Lebensbereiche und ist damit eine Querschnittsaufgabe.

6. 8. 102 Jahre Internationaler Frauentag – und noch immer keine Gleichstellung in Sicht.

Auch nach 100 Jahren Internationalem Frauentag müssen wir feststellen, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern bei weitem noch nicht erreicht ist.

Ungleiche Löhne, weniger Repräsentanz in Führungspositionen, Altersarmut bei Frauen machen beispielhaft deutlich, dass Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe in allen politischen Handlungsfeldern bleiben muss. Es wird vor allem die Aufgabe GRÜNER Politik sein, dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft gleichberechtigt leben können.

GRÜNE Gleichstellungspolitik in München hat viel erkämpft, damit Geschlechtergerechtigkeit umgesetzt wird. Während in anderen Parteien noch über Quoten diskutiert wird, ist die Quote bei uns GRÜNEN schon immer selbstverständlich. Dadurch gelang und gelingt es, die Repräsentanz von Frauen im politischen Leben zu erhöhen. Eine verbindliche Quote ist und bleibt ein gleichstellungspolitisches Hilfsinstrumentarium, das effektiv ist, wenn es um die Erhöhung des Frauenanteils in Führungsebenen, Unternehmen,

Aufsichtsräten oder Geschäftsführungsetagen geht.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss aber auch ein zentrales finanzpolitisches Thema sein. Die Grünen haben das längst erkannt und bereits 2003 im Stadtrat die Einführung von Gender Budgeting initiiert. Nur durch eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik ist auch eine gerechte Verteilung von Geldern gesichert.

Grüne Gleichstellungspolitik ist auch immer klassische Frauenpolitik. Deshalb fördern wir auch weitere Projekte und Initiativen für Frauen und Mädchen beispielsweise im Bereich Prävention von und Schutz vor sexualisierter Gewalt, Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt, Beratung und Netzwerke alleinerziehender Frauen. So haben wir Grüne u. a. dafür gesorgt, dass die Aktion „Sichere Wiesen“ finanziert wird.

Ebenso haben wir Initiativen zur geschlechtersensiblen Sprache, zur geschlechtergerechten Vergabe und zur Aufdeckung von Entgeltdiskriminierung im Stadtrat durchgesetzt.

Alleinerziehende und alte Frauen sind in größerem Ausmaß von Armut betroffen, denn die klassische Rollenaufteilung der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen verschafft Frauen Lücken in ihrer Berufsbiografie, die sich beim Lohn und in der sozialen Absicherung negativ auswirken.

Ebenso muss ein Augenmerk auf die Förderung und Qualifizierung von Migrantinnen gelegt werden. Integration gelingt nur dann, wenn sie auch gleichberechtigt an und in der Stadtgesellschaft partizipieren können. Wir brauchen endlich klare Regelungen für die Anerkennung von ausländischen Berufs- und Schulabschlüssen. Und wir müssen Migrantinnen den Schutz vor Verfolgung und bspw. Zwangsehen gewährleisten, der ihnen zusteht: Durch aktive GRÜNE Unterstützung wurde eine Beratungsstelle eingerichtet.

Ganz besonders geschützt werden müssen Mädchen, denen genitale Verstümmelung durch rituelle Beschneidungen hier oder bei Reisen in ihre Heimatländer droht. Zwar ist die Beschneidung von Mädchen in Deutschland verboten und gilt als gefährliche Körperverletzung. Dieses Verbrechen an den Mädchen muss aber ausdrücklich als ein Fall schwerer Körperverletzung ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden, damit die Mindeststrafe erhöht wird. Durch aktive GRÜNE Unterstützung wurde eine Beratungsstelle in der Stadtverwaltung eingerichtet.

Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen hat leider in den letzten Jahren nicht an Aktualität verloren und gehört für Frauen und Mädchen immer noch zum alltäglichen Leben. Neben der finanziellen Absicherung von Schutzeinrichtungen und Anti-Gewalt-Projekten brauchen wir Aufklärung und Informationen bereits in den Schulen. Auch Jungen sind immer häufiger von Gewalt, insbesondere von sexueller Gewalt betroffen. Dies muss in den Konzepten und Maßnahmen berücksichtigt werden.

Aufgrund einer GRÜNEN Initiative wird in der Stadtverwaltung eine Kampagne gegen K.O.-Tropfen erarbeitet. Erschreckend zugenommen hat sexistische Werbung: pornografische Darstellung von Frauen, um Produkte vom Telefon über die CD bis hin zum Schokoriegel zu vermarkten. Hier bedarf es einer größeren Aufmerksamkeit, um das Bild von Frauen in Werbung und Medien zu verändern.

GRÜNE Ziele in der Gleichstellungspolitik:

- Eine Quotenregelung für Frauen in Führungspositionen, insbesondere in

Aufsichtsräten und Geschäftsführungsetagen ist unerlässlich. Daneben muss durch ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft die Unternehmenspolitik frauenfreundlich gestaltet werden.

- Lohnungerechtigkeit muss beseitigt werden. Dazu müssen arbeitsvertragliche Regelungen (auch Tarifverträge) auf Lohndiskriminierungen untersucht werden, die umgehend zu unterbinden sind.
- Gender Mainstreaming muss als strategischer Ansatz für die Umsetzung von Gleichstellung in der Münchner Stadtverwaltung stärker durchgesetzt werden. Gender Budgeting muss als Ziel kommunaler Haushaltspolitik aktiv umgesetzt werden.
- Armut, insbesondere Altersarmut von Frauen muss durch eine vom Partnereinkommen unabhängige Existenzsicherung und die Anerkennung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten bekämpft werden.
- Migrantinnen müssen weiter im Fokus der schulischen und beruflichen Qualifizierung stehen.
- Genitale Beschneidung von Mädchen muss ein eigener Straftatbestand werden. Auf kommunaler Ebene brauchen wir Aufklärung von Ärztinnen, Ärzten und Behörden sowie Schutzmaßnahmen für bedrohte Mädchen.
- Leitlinien und klare Regeln sind zu schaffen, um sexistische Werbung zu verhindern. Die Vergabe von kommunalen Aufträgen an Werbefirmen ist an die Einhaltung dieser Regeln gebunden. Die Darstellung von Frauen in den Medien muss weiter in die öffentliche Debatte getragen werden.
- Präventiv- und Anti-Gewaltmaßnahmen müssen insbesondere an Schulen stärker berücksichtigt werden. Ebenso müssen Clubbetreiber sensibilisiert werden, wenn es um Gewalt und Bedrohung von Mädchen und Jungen (K.O.-Tropfen) geht.

Quote: Die Zeit ist reif! Die Quote gesetzlich verankern!

Die freiwillige Selbstverpflichtung „Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ aus dem Jahr 2001 zwischen Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden ist längst gescheitert. Es ist an der Zeit, von Appellen zu gesetzlichen Regelungen zu wechseln. Nur mit einer gesetzlichen Quote wird sich die Anzahl von Frauen in den Unternehmen sowie in den Aufsichtsräten erhöhen. Dies muss auch für die kommunalen Unternehmen gelten! Eine mindestens 40 Prozent-Quote bis 2020 in allen Führungsetagen und in den Unternehmen muss das Ziel kommunaler Gleichstellungspolitik sein. Dazu ist es notwendig, gerade auf der mittleren und oberen Hierarchieebene, bei gleicher Qualifikation bevorzugt Frauen einzustellen. Im Weiteren sollten kommunale Aufträge bevorzugt an Betriebe vergeben werden, die eine aktive Frauenförderung nachweisen.

Prostitution: GRÜNE Politik setzt seit Jahren auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Prostituierte. In München herrscht mit einer restriktiven Sperrbezirksverordnung de facto ein Berufsverbot für Prostituierte. Dies ist mit der von uns auf Bundesebene umgesetzten Anerkennung von Prostitution als Beruf nicht in Einklang zu bringen. Frauen, die in diesen Dienstleistungsbereichen arbeiten, müssen oft die Stigmatisierung aus einer Gesellschaft ertragen, die einerseits eine große Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen produziert, sie aber andererseits moralisch verurteilt. Grüne Politik will, dass weibliche und männliche Prostituierte auch in München unter humanen und vernünftigen Bedingungen arbeiten können. Durch Sperrbezirke werden SexarbeiterInnen an den Stadtrand von München gedrängt. Diese Situation führt neben einem hohen Zeit- und Kostenaufwand aufgrund der Anfahrt zum Arbeitsort zu einer dauerhaften Belastung. Die Arbeitsbedingungen am Stadtrand mit ihrem Mangel an sanitären Anlagen, Beleuchtungen und Schutzräumen sind

unangemessen und diskriminierend. Außerdem schränkt die Reglementierung das Recht auf freie Berufsausübung massiv ein. Deshalb lehnen wir die Sperrbezirksregelung ab und setzen uns dafür ein, dass auch bei bestehender Wirksamkeit der landesrechtlich geregelten Sperrbezirksverordnung zumindest private Wohnungen davon ausgenommen sind. Dafür muss die Sperrbezirksverordnung in ihrer derzeitigen Form abgeschafft werden. Unser Ziel ist es, in München ein „sicheres“ Haus für Prostituierte zu etablieren, in dem sie selbstverwaltet ihrer Beschäftigung nachgehen können. Die Stadt muss darüber hinaus ausreichende Mittel für Hilfsinstitutionen und Beratungsstellen zur Verbesserung der sozialen Lebensumstände, für die Beseitigung von Stigmatisierung und Diskriminierung, sowie für die Entwicklung und Förderung attraktiver Alternativen zur Prostitutionstätigkeit zur Verfügung stellen.

6.9 GRÜN macht gesünder

GRÜNE Gesundheitspolitik setzt auf die Stärkung der Solidargemeinschaft, denn nur so sind die zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen zu bewältigen. Die GRÜNEN wollen kein Gesundheitssystem als bloßen Reparaturbetrieb, sondern ein Gesundheitswesen mit mehr Prävention und Gesundheitsförderung. Einkommen, Herkunft, Alter, soziale Situation, Geschlecht oder sexuelle Identität dürfen nicht über den Gesundheitszustand und die Gesundheitsversorgung entscheiden.

Armut darf nicht krank machen. Gesundheitsleistungen gehören zu Grundgütern, die allen Menschen zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir wollen ein Gesundheitssystem, das auf Prävention von Geburt an setzt und das zu einer gesundheitsbewussten und selbstbestimmten Lebensweise bis ins Alter befähigt.

So hat GRÜNE Politik in München z. B. dafür gesorgt, dass die Vorsorgeuntersuchungen und Hausbesuche bei Kindern bis zu sechs Jahren ausgeweitet werden. Ebenso wollen wir eine flächendeckende Schulgesundheitsprävention in den Münchner Haupt- und Förderschulen.

Gerade im Gesundheitsbereich ist die geschlechterdifferenzierte Betrachtung von großer Bedeutung. So zeigen sich viele Erkrankungen bei Männern und Frauen unterschiedlich, auch das gesundheitliche Verhalten ist unterschiedlich. Diagnostik, Therapie und vor allem Prävention müssen darauf reagieren, um eine adäquate und zielgruppengenaue Gesundheitsversorgung zu erreichen.

Gesundheitsprävention beinhaltet nach grüner Vorstellung aber auch gesunde Ernährung und eine saubere Umwelt, insbesondere sauberes Wasser und saubere Luft. Auch Lärm ist als hoher Belastungsfaktor für die Gesundheit in die Prävention einzubeziehen. Für Menschen im Arbeitsleben muss die betriebliche Gesundheitsvorsorge stärker als bisher in den Vordergrund rücken. Aufgrund des starken Anstiegs psychischer Erkrankungen in den letzten Jahren wollen wir, dass bei betrieblicher Gesundheitsvorsorge die Vermeidung von psychischen Belastungen künftig einen zentralen Stellenwert einnimmt.

Grüne Gesundheitspolitik orientiert sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, daher wollen wir eine wohnortnahe Versorgung und eine Verzahnung der unterschiedlichen Heilberufe und Gesundheitseinrichtungen, damit Behandlungsabläufe gerade für chronisch kranke Menschen bestmöglich gestaltet werden. Hierzu gehören ausführliche Beratungsgespräche sowie die Förderung und Unterstützung von nicht-apparativen Behandlungsmaßnahmen.

Die Grünen stehen für die kommunale Daseinsvorsorge. Dazu gehört auch die Bereitstellung von hochwertigen Gesundheitsleistungen durch das städtische Klinikum mit einem ausgeglichenen Ärztinnen-Patienten-Verhältnis für eine möglichst optimale Patientinnen- und Patientenversorgung. Im Mittelpunkt der Behandlung stehen die Patientinnen und Patienten. In allen städtischen Häusern wurden Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher installiert, die sich bei etwaigen Problemen darum bemühen, den Anliegen der Patientinnen und Patienten besser Gehör zu verschaffen.

Um eine breite und effiziente Gesundheits- und Krankenhausversorgung bereitzustellen, benötigen gerade die Kliniken der höchsten Versorgungsstufe eine gerechtere und ausreichende Finanzierungsgrundlage. Dies ist mit der Finanzierung über Fallpauschalen nicht gewährleistet.

Für uns GRÜNE gehören alternative Heilmethoden sowie Palliativ- und Hospizversorgung für schwerstkranke und sterbende Menschen zu unabdingbaren Leistungen im Gesundheitssystem.

Der zunehmenden Anzahl von demenzkranken Menschen muss durch eine ihren Bedürfnissen angepasste, medizinische und pflegerische Versorgung Rechnung getragen werden.

Aufgrund des demografischen Wandels wird gerade die Pflege in Zukunft vor große Herausforderungen gestellt. GRÜNE Politik will, dass Pflege und Pflegekräfte nicht mit Lippenbekenntnissen abgespeist werden. Pflege braucht endlich ein Mitspracherecht auf den entscheidenden politischen Ebenen. Der Reform der Pflegeausbildung müssen verbesserte Entgeltstrukturen in der Pflege folgen.

GRÜNE Gesundheitspolitik steht auch für einen liberalen Umgang mit suchtkranken Menschen. Es sind präventive Maßnahmen notwendig, wie eine stärkere Aufklärung über Suchtmittel, um den Einstieg in den Konsum möglichst zu vermeiden. Ergänzend wollen wir mehr niedrigschwellige Angebote bereitstellen, in Form von Kontakt- und Begegnungsstätten und „Streetwork“ ebenso wie ambulanten und stationären Einrichtungen. Eine Suchthilfe ist nach unseren Vorstellungen auch bei Spiel- und Computersucht notwendig.

GRÜNE Politik will, dass die unterschiedlichen Zielgruppen bei Konflikten im Öffentlichen Raum durch einen allparteilichen Ansatz und mithilfe von „Streetwork“ zu einem friedlichen Zusammenleben finden können. Aufgrund grüner Initiative hat München am bundesweiten Modellversuch „Heroinprojekt“ teilgenommen. Schwerstabhängigen Menschen hat das Heroinprojekt oftmals das Überleben gesichert und die Rückkehr in ein wesentlich verbessertes, gesünderes und soziales Leben ermöglicht. Der Erfolg des Projektes war so eindeutig, dass Heroin mittlerweile als Medikament an einen begrenzten Personenkreis abgegeben wird. Der Verabreichung und dem Konsum von neuen Suchtmitteln und Designerdrogen muss größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Insbesondere die Abgabe von K.O.-Tropfen erfordert eine stärkere Verzahnung von Suchthilfe, Ordnungsdiensten, Schulen und Betreibern von Diskotheken und Gaststätten.

Sucht ist eine Krankheit und keine persönliche Willensschwäche. Wir wollen eine emanzipatorische Drogenpolitik, die auf Prävention, Hilfe für Abhängige sowie auf Beratungs- und Therapieangebote setzt. Neben einer medizinisch kontrollierten Heroinabgabe fürs Schwerstabhängige fordern wir mehr Entzugs- und Substitutionstherapien, Abstinenzangebote und bedarfsgerechte psychosoziale Betreuungsangebote. Zur Vermeidung von Infektionen fordern wir mehr Spritzentauschprogramme und die Bereitstellung von mehr

Spritzenautomaten.

Wir GRÜNE setzen uns außerdem bei der Staatsregierung dafür ein, dass Drogenkonsumräume eingerichtet werden und ein Modellprojekt für Substanzanalysen (Drug-Checking-Programme) ermöglicht wird. Es gibt einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen dem Betrieb von Konsumräumen und der Senkung der Zahl der Drogentoten. Gerade die lebensbedrohlichen Krankheitsverläufe bei Konsumentinnen und Konsumenten könnten durch Konsumräume verringert und vermieden werden. Die Gesundheitsrisiken, die beim Konsum von psychoaktiven Substanzen zum Beispiel durch Beimengungen oder Schwankungen in der Dosierung entstehen, können durch die Substanzanalyse verringert werden.

Für psychisch kranke Menschen wollen die Grünen eine wohnortnahe, ganzheitliche und dezentrale Versorgung. Darüber hinaus setzt grüne Politik auf stärkere Aufklärung und Information, um die Stigmatisierung von psychisch kranken Menschen zu vermeiden. Besondere Aufmerksamkeit ist der deutlichen Zunahme von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen zu widmen.

Aufklärung und Information ist dringend geboten, wenn es um die Diagnose „Burn Out“ geht. Oftmals versteckt sich hinter einem „Burn Out“ eine Depression. Depressionen sind mittlerweile eine Volkskrankheit. Durch GRÜNE Unterstützung existiert seit einigen Jahren in München ein Netzwerk rund um das Thema Depressionen.

GRÜNE Ziele in der Gesundheitspolitik:

- den Ausbau von Prävention als einer zentralen Säule des Gesundheitssystems.
- die Etablierung von Gender Mainstreaming als Leitlinie und Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Gesundheitspolitik.
- die Stärkung der betrieblichen Gesundheitsversorgung im Arbeitsleben.
- Eine flächendeckende Schulgesundheitsprävention in Haupt- und Förderschulen.
- den Ausbau der Gesundheitsförderung im Stadtteil, insbesondere in der sozialen Stadt.
- eine adäquate und gerechtere finanzielle Ausstattung des Städtischen Klinikums.
- die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, um die Rechte von Patientinnen und Patienten durchzusetzen.
- eine stärkere Einbeziehung von alternativen Heilmethoden sowie von Palliativ- und Hospizversorgung in die Finanzierung durch die Kranken- und Pflegekassen.
- die Einrichtung einer Pflegekammer in Bayern.
- mehr Aufklärung und Prävention im Bereich Alkohol und Nikotin, ebenso im Bereich neuer Substanzen wie K.O.-Tropfen.
- einen zielgruppenorientierten parteiübergreifenden Ansatz bei Konflikten mit Suchtkranken im Öffentlichen Raum.
- ein abgestimmtes Hilfe- und Beratungssystem in der Drogenpolitik, kombiniert mit vorbeugenden Programmen.
- stärkere Maßnahmen zur Schadenminderung von Drogenkonsum wie Spritzenaustauschprogramme und die Ermöglichung von Drogenkonsumräumen und Substanzanalysen.
- die Ausweitung von Aufklärung und Information über „Burn Out“ und Depressionen.
- intensivere Aufklärung zum Thema „psychisch kranke Menschen“, um Stigmatisierungen zu vermeiden.

7. Kapitel:

Bildung, Kultur und Sport

7. 1. GRÜNE Bildung in der Großstadt

Die aktuellen Herausforderungen in der Bildungspolitik in München sind Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Ausbau der Schulinfrastruktur und der Ganztageschulen, Kinder und Jugendliche in Armut, Sprachdefizite, soziale Benachteiligungen und Qualität der Bildung. Hier ist nicht nur die Schule gefordert. Alle im Bildungsbereich Tätigen müssen gemeinsam an einer neuen Idee von Bildung arbeiten. Die Chancen für die Zukunft liegen in der Zusammenarbeit von Jugendarbeit, Schule und anderen Bildungsakteuren.

Infrastruktur ausbauen und zusammenführen.

Der Bedarf an Ganztagsangeboten ist in München stark gestiegen. Die Stadt hat ihre Betreuungsangebote in den letzten Jahren massiv ausgebaut. Eine Ganztagsagentur wurde eingerichtet. Doch das Angebot ist bisher sehr heterogen. Es reicht von Mittagsbetreuungen, über Horte und Tagesheimen bis zu offenen und gebundenen Ganztagsangeboten. Die pädagogische Versorgung des gebundenen Ganztages finanziert der Freistaat – bisher allerdings nicht ausreichend. Die räumliche Ausstattung leistet die Stadt München, dazu hat sie sich verpflichtet. An den Schnittstellen gibt es allerdings oft Schwierigkeiten. Das bremst den Ausbauprozess. In der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Schulen, städtischer Schulaufwandsträgerschaft und städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen kommt es oft zu Problemen. Die Eltern fragen aber nicht nach Zuständigkeiten. Sie wollen Lösungen.

GRÜNE Ideen für mehr Ganztagschulen:

- eine bessere Zusammenarbeit von staatlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen und städtischen Horten, auch durch eine gegenseitige Nutzung der Räumlichkeiten.
- Kooperation des Referates für Bildung und Sport und des Baureferats mit den Schulen bei Baumaßnahmen auf Augenhöhe. Das bedeutet feste Ansprechpartner, verlässliche Informationen und Mitbestimmung bei Baumaßnahmen.
- Verbesserung und Beschleunigung der Bauablaufprozesse.
- zusätzliche Projektmittel für pädagogische Angebote im Bereich Kultur, Sport, Ernährung und Musik.
- Neuorganisation der Bauabteilung des Referats für Bildung und Sport

Gute Bildung muss allen Schichten der Bevölkerung gleichermaßen offen stehen. Wir brauchen deshalb in München ein flexibles und sozial gerechtes Schulsystem, das unsere Kinder und Jugendlichen individuell fördert. Die GRÜNEN haben erreicht, dass Kindertagesstätten aber auch einzelne Schulen dabei unterstützt werden, Bildungsgerechtigkeit und soziale Benachteiligung zu vermeiden.

GRÜNE Ziele für mehr Chancengerechtigkeit:

- bedarfsgerechten Ausbau von Ganztageschulen insbesondere im Grundschulbereich und von Kindertagesstätten,
- zielgenaue Zuweisung von Ressourcen an Stadtteile und Schulen, die nach dem Münchner Bildungsbericht besondere Förder- und Unterstützungsbedarfe haben,
- Aufbau von spezifischen und passgenauen Sprachförderprogrammen für alle Münchner Schulen,
- Ausbau der LehrerInnenfortbildungen für alle Schularten, insbesondere für die Bereiche „allgemeine Sprachförderung“, „Deutsch als Zweitsprache“ sowie „Inklusion“.
- finanzielle und inhaltliche Einbindung der Landesebene in den Aufgabenbereich „Chancengleichheit für alle Münchner Kinder“,
- mehrsprachige internationale Schulen mit Sprachkombinationen wie z. B. Deutsch-Englisch, Deutsch-Türkisch,
- bedarfsgerechten Ausbau von freien Bildungseinrichtungen im Bereich kultureller Bildung.

Wir wollen Schulen, in denen Kinder und Jugendliche in einem selbstgesteuerten Prozess Freude am Lernen haben. In denen ihre Interessen mit einbezogen werden und sie das Schulleben aktiv mitgestalten können. Wir GRÜNEN haben erreicht, dass in Zukunft Schülerinnen und Schüler, aber auch Eltern regelmäßig Lehrerbewertungen abgeben können.

Die Lern- und Lebenssituation von Schülerinnen und Schülern wollen wir verbessern durch:

- den infrastrukturellen Auf- und Ausbau ganztägiger Bildungsangebote.
- eine schüler- und lernorientierte Schulhausarchitektur, die innovative Unterrichtsformen unterstützt.
- eine schülergerechte Rhythmisierung von Lern- und Freizeitangeboten in gebundenen Ganztageschulen.
- Stärkung der SchülerInnenmitbestimmung und SchülerInnenselbstverwaltung.
- an den Interessen der Schülerinnen und Schüler orientierte Unterrichtsinhalte.
- Partizipation als integrativem Bestandteil des Schullebens.
- Weiterentwicklung und Ausbau der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Bereich „Schule als Lern- und Lebensraum“ am Pädagogischen Institut.
- einen regelmäßigen pädagogischen Austausch zwischen Eltern, Lehrerinnen, Lehrern Schülerinnen und Schülern über die Gestaltung des Schulalltags.
- Etablierung fester, möglichst wöchentlicher Teamstunden für das pädagogische Personal einer Schule.
- die Schaffung eines die Schülerinnen und Schüler unterstützenden Bewertungssystems.
- Ausbau der individuellen Förderung zur weitgehenden Vermeidung des Wiederholens von Klassen und zur Reduzierung des Schulabbruchs.
- Einrichtung und Förderung von Modellschulen.
- Gestaltung neuer Lernorte, z. B. in Form einer pädagogischen Farm sowie von pädagogischem Kochen als Ersatz für Schul-Catering.

Bildungsvorgaben, die für ganz Bayern gelten, gehen oft an der Realität vor Ort vorbei. In den einzelnen Kommunen sitzt das Wissen, welche Schule wie die beste Unterstützung

bekommen kann. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass sich Bildungseinrichtungen in die Stadtteile öffnen und vernetzen können, Schulhöfe auch außerhalb von Schulzeiten genutzt werden können und die Räume für die Bevölkerung offen stehen.

GRÜNE Konzepte für eine Kommunale Mitgestaltung von Bildungspolitik

- Unterstützung der Profilbildung und Stärkung der Selbstständigkeit städtischer Schulen.
- ein kommunales Bildungsmanagement, das ein Netzwerk aller Bildungsakteure aufbaut und partizipatorisch weiterentwickelt.
- mehr gelebte Demokratie in der Schulgemeinschaft mittels regelmäßiger Schulversammlungen.
- mehr Beteiligungsrechte der Kommunen bei der Gestaltung der Schullandschaft (z. B. bei der Einführung von Gemeinschaftsschulen und freien Schulen, bei der Umsetzung des Projekts „Flexible Grundschule“, u. a.).
- mehr Gemeinschaftsschulen, freie Schulen, u. a.
- die Stärkung freier Schulen.
- systematische Verknüpfung kommunaler Angebote zur Betreuung und Förderung junger Menschen mit dem Regelangebot „Schule“.
- Einbeziehung bestehender Trägernetzwerke der Kinder- und Jugendhilfe in die Ganztagsbildung. Dazu zählen die offene Jugendarbeit, die Jugendkulturarbeit, die Jugendsozialarbeit, die Jugendverbandsarbeit, die Erziehungshilfen, die familienunterstützenden Angebote sowie die vielfältigen Angebote zur Betreuung von Kindern.

Ein umfassendes Konzept wird untersuchen welche erfolgsversprechenden Kooperationen möglich sind unter Beibehaltung der hohen Qualität der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Für eine hohe Akzeptanz der Ganztagschule/Ganztagsbildung muss eine umfassende und pädagogisch anspruchsvolle Betreuung und Förderung der Schülerinnen und Schüler an fünf Tagen in der Woche und in den Ferienzeiten gewährleistet sein.

Inklusive Bildungseinrichtungen brauchen ausreichend räumliche und personelle Ausstattung. Inklusion kann nur gelingen, wenn die nötige fachliche Kompetenz in angemessener Zahl an den Schulen zur Verfügung steht.

Inklusion wollen wir erreichen durch

- mehr städtische Fortbildungen in Sachen Inklusion,
- Ausbau der Inklusionsprojekte,
- Zwei-LehrerInnen-Prinzip in jeder Inklusionsklasse
- Gestaltung von Modellschulen mit intensiver fachlicher Unterstützung.

Die Nachfrage nach Ganztagsangeboten steigt ständig. Deshalb hat der Ausbau an Ganztagschulen für alle Schularten, auch am Gymnasium, höchste Priorität. Aber es geht uns nicht nur um Masse, sondern auch um eine gute Qualität. Wir wollen

- Ganztagschulen, die gebunden und rhythmisiert sind.
- Ganztagschulen, die eng mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe aber auch mit Akteuren im Stadtteil zusammenarbeiten.
- Ferienangebote für Kinder und Familien in Zusammenarbeit mit bestehenden Anbietern von Ferienmaßnahmen bereitstellen.
- Schule als Lebensort begreifen.
- politische Bildung & Toleranz fördern und stärken.
- demokratische Prozesse in Schulen fördern.
- Aktivitäten außerhalb des Lehrplans fördern (Sport, Musikunterricht, etc.).

GRÜNE Ziele für die berufliche Ausbildung: Zukunftsperspektiven für unsere Jugend!

- Fast 50.000 junge Menschen besuchen jedes Jahr in München berufliche Schulen. Die meisten dieser Schulen sind in städtischer Trägerschaft und erfüllen hohe Qualitätsstandards. Damit auch möglichst alle Jugendlichen ihre Ausbildung zu einem guten Abschluss bringen, haben wir GRÜNEN schon vor längerem erfolgreich beantragt, dass auch an beruflichen Schulen Schulsozialarbeit eingeführt wird. Seitdem wird dieses Angebot kontinuierlich ausgebaut.
- Auch in Zukunft wollen wir die Qualität der berufsbildenden Schulen stetig verbessern. Wir wollen die Zahl der Schulpsychologen deutlich erhöhen und den Schülerinnen und Schülern mehr Beratungsangebote bieten. Zudem wollen wir neue Wege gehen und eine Fachschule für Erneuerbare Energie ins Leben rufen, um 100% regenerativer Energie mit qualifiziertem Fachpersonal den Weg zu ebnen.
- Unser Augenmerk muss aber auch den Schülerinnen und Schülern gelten, die keinen Ausbildungsplatz finden. Jährlich verlassen ca. 7% eines Jahrgangs die Schule ohne jeden Abschluss. Mit schulbegleitenden Maßnahmen haben wir erreicht, dass diese Zahl abnimmt. Darüber hinaus wurde in München ein engmaschiges Netz geschaffen, das junge Menschen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht im Stich lässt. Wir haben erreicht, dass die verschiedenen Bausteine zu einem Gesamtkomplex zusammengeführt wurden und nun alle Jugendlichen, aber auch alle Lehrkräfte und Eltern ein transparentes Bild von allen Angeboten erhalten. Nächster Schritt wird die Schaffung eines „Hauses zur Berufsfindung“ sein, um an einer Anlaufstelle ein umfangreiches Beratungsangebot anzubieten.
- Weiterer Schwerpunkt in unserer Arbeit war und ist die Förderung von Mädchen bei ihrer Ausbildungssuche. Immer noch wählen die Mädchen ihren „Traumberuf“ aus weniger als 10% der möglichen Berufe. Hier werden wir, neben dem „Girls‘ Day“, noch weitere motivierende Aktionen initiieren.

7. 2. Kulturpolitik

München ist eine kreative Stadt. Moderne Großstädte leben von ihrem kreativen Potential. Kunst und Kultur spielen eine besondere Rolle, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, um neue Sichtweisen und Ideen jenseits ausgetretener Pfade zu entwickeln. Eine moderne Kulturpolitik ist Voraussetzung für urbane Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität.

München ist eine dynamische Großstadt mit Tradition. Kunst und Kultur stehen für Bewahrung *und* Innovation, sie sind Anker *und* Motor. Deshalb muss sowohl das kulturelle Erbe bewahrt und gepflegt, als auch der Boden für avantgardistische Experimente bereitet

werden.

München ist eine Stadt der Vielfalt. Dies muss sich auch im Kulturleben widerspiegeln. Deshalb braucht München:

- Institutionen von internationalem Rang wie Philharmoniker, Kammerspiele und Lenbachhaus.
- Bildungs- und Stadteleinrichtungen wie Volkshochschule, Bibliotheken und Zentren der Stadtteilkultur.
- besonders aber eine lebendige freie Szene von Künstlerinnen und Künstlern.
- freie künstlerisch-kulturelle Projekte.
- Räume für Produktion und Präsentation junger Kunst.
- bezahlbare Arbeitsräume für Künstlerinnen und Künstler sowie junge Kreative.

In dieser Wahlperiode wurde deshalb auf GRÜNE Initiative hin die Förderung der freien Szene ausgeweitet, ein Grundsatzbeschluss zu einem Kreativquartier für darstellende und bildende Kunst sowie für die Kreativwirtschaft gefasst und das sanierte und ausgebaute Lenbachhaus wieder eröffnet. Außerdem wurde im neuen Stadtteilzentrum Hasenberg-Nordheide die Volkshochschule eröffnet und die Stadtteilkultur gestärkt.

Zur Vielfalt gehört, dass das kulturelle Angebot für alle zugänglich ist – unabhängig von Geldbeutel, Schicht, Wohnort, ethnischer Herkunft etc. Kulturinstitutionen müssen sich immer mehr aktiv öffnen und die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln – einer Stadtgesellschaft, die durch Zuzug, Wandel, Pluralisierung und Internationalisierung gekennzeichnet ist. Kulturelle Angebote müssen auch Kinder und Jugendliche erreichen und als aktive Akteurinnen und Akteure einbeziehen. Deshalb sind die kulturelle Bildung sowie die Beteiligung von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen besonders wichtig.

München hat eine wechselvolle Geschichte. Deshalb muss Kultur auch immer Erinnerungsarbeit sein. In der Wahlperiode 2008 bis 2014 wurden deshalb auf GRÜNE Initiative hin

- ein Denkmal für Kurt Eisner, Gründer des Freistaats Bayern und dessen erster Ministerpräsident, am Oberanger errichtet.
- ein Kunstwerk zur Erinnerung an die im Nationalsozialismus verfolgten Lesben und Schwulen am Oberanger/Ecke Dultstraße beschlossen.
- Erinnerungsorte zur Zeit des Nationalsozialismus besser erschlossen und kenntlich gemacht.
- mit den Memory-Loops (per Internet oder Handy abrufbare Tonspuren) ein überregional beachtetes Kunstwerk zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus verwirklicht.
- der Grundstein für das NS-Dokumentationszentrum gelegt.
- Sanierung und Umbau im zweiten Bauabschnitt des Stadtmuseums beschlossen und ein neues Museumsdepot eröffnet.

GRÜNE Ziele für die Kulturpolitik:

- für das Münchner Volkstheater soll mittelfristig ein neuer Ort mit angemessener Ausstattung gefunden werden.
- Realisierung des Kreativquartiers an der Dachauer/Lothstraße als lebendiges Zentrum für Kunst und Kreativwirtschaft – sowohl als Ort für die lokale Szene als auch als Austausch- und Präsentationsort von überregionaler Bedeutung.
- kulturelle und künstlerisch-kreative Bildungsprojekte im Kreativquartier sollen sich ansiedeln können und generell durch gestellte Räume finanziell unterstützt werden.
- stärkere Förderung der freien Szene sowohl finanziell, sowie durch institutionelle Unterstützung und Begleitung insbesondere durch Bereitstellung von Räumen (Ateliers, Probenräume etc.) einschließlich Entwicklung eines effektiven Konzepts zur Vermittlung von Zwischennutzungen. Hierzu wird eine Zwischennutzungsagentur gegründet, die aktiv Räume sucht, vertraglich erschließt und der alle Referate der Landeshauptstadt München etwaigen kommunalen Leerstand melden.
- kulturelle Dimension des Filmschaffens bei der Betrachtung des Filmstandorts München stärker in den Mittelpunkt rücken und stärkere Förderung des von Fernsehsendern und Wirtschaftsförderung unabhängigen Independent Films.
- Erhaltung der freien Kunst im Öffentlichen Raum, gerade auch wenn sie kontrovers und verstörend ist.
- stärkere Förderung der Stadtteilkultur und von Münchner Künstlerinnen und Künstlern
- bei „Kunst am Bau“-Projekten Unterstützung einer intensiveren Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern bereits im Planungsstadium mit ArchitektInnen und PlanerInnen
- der für die urbanen Zentren immer wichtigeren Street-Art-Szene (Graffiti, Aufkleber etc. im öffentlichen Straßenbild) sollen mehr legale Flächen zur Verfügung gestellt werden und ein Street-Art-Festival stattfinden
- Erarbeitung eines Konzepts, wie das Kulturangebot noch besser den Charakter Münchens als einer von Einwanderung und Internationalität geprägten Metropole widerspiegelt.
- im Rahmen der Renovierung des Stadtmuseums soll eine Modernisierung des Museumskonzepts zur besseren Abbildung der jüngere Vergangenheit mit den vielfältigen urbanen Welten erfolgen sowie eine Erweiterung durch ein Archiv- und Ausstellungskonzept zur Geschichte der Migration in München.
- Wenn das NS-Dokumentationszentrum im Jahr 2014 seine Tore öffnet, soll es in enger Kooperation mit Jugendeinrichtungen und Schulen zu einem Ort der Reflexion gerade für die jüngere Generation werden.
- Verbesserung der Erkennbarkeit der Orte der Erinnerung an die NS-Zeit. Auf der Schwanthalerhöhe soll ein Kunstwerk am Roma-und-Sinti-Platz entstehen und es soll endlich zulässig sein, die sog. Stolpersteine zur Erinnerung an ermordete und vertriebene Münchnerinnen und Münchner im öffentlichen Straßengrund zu verlegen.
- Erhaltung und Unterstützung des Eine-Welt-Hauses als interkultureller Treffpunkt und Zentrum der Friedens- und Nord-Süd-Arbeit.
- Künstlerisch-kreative Projekte, nicht zuletzt solche mit europäischer Ausrichtung (Diskurs, Kooperation, Koproduktion, Artist in Residence) und Projekte der kulturellen Bildung angemessen finanzieren und deren Bestand sichern.
- Aufwertung des Bereichs der Popkultur
- Kultur möglichst vielen Menschen zugänglich machen. Beispielsweise sollen Theater oder Oper einzelne Aufführungen per Live-Streams im Internet bzw. kostenlos im Öffentlichen Raum darbieten.
- weitere Förderung der kostenfreien Veranstaltungen im Olympiapark (z.B. Theatron)

- Ausweitung der kostenfreien Möglichkeiten am kulturellen Leben zu partizipieren
- stärkere Förderung von Programmen für „Artist in Residence“ oder „Composer in Residence“
- mehr zusätzlicher Musik- und Zeichenunterricht im schulischen Rahmen. Dieser soll für Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich eine Bezahlung nicht leisten könnten, möglichst kostenfrei zu Verfügung gestellt werden.
- Überprüfung der Vergabe von Fördermitteln im künstlerisch-kreativen Bereich und Ausgleich dort, wo Frauen in künstlerischen Prozessen stark unterrepräsentiert sind.

7. 3. Sportpolitik

Die 600.000 Bürgerinnen und Bürger, die in München Sport treiben, finden dank der umfassenden Sportförderung ein vielfältiges, zugängliches Angebot. Die „Sportstadt München“ fördert die etwa 600 Münchener Sportvereine ebenso wie vielfältige Einrichtungen, die Freizeitsport und Gesundheitssport organisieren. Die Sportförderung gilt dabei sowohl dem Breiten- als auch dem Leistungssport in einer Vielzahl sportlicher Disziplinen. Bei der Jugendarbeit im Sportbereich legen wir GRÜNEN vor allem Wert auf die intensive Förderung von Mädchen sowie von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Besonderes Augenmerk gilt nicht zuletzt der Förderung des Schulsports, der für die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten bereits bei Kleinkindern von großer Bedeutung ist. Der sinkenden Zahl von Kindern, die schwimmen können sowie dem Ausfall von Sportstunden an den Schulen wollen wir entgegenwirken.

Auch im Sport gilt für uns GRÜNE das Leitbild „Respekt, Toleranz und Fairness“. Wir GRÜNE würdigen ausdrücklich das Engagement der Münchner Sportjugend, des Bayerischen Landessportverbandes und der Sportvereine hinsichtlich Gewaltprävention, Toleranz und Inklusion. Diese Initiativen wie z. B. das Integrationsprojekt „Interkulturelle Öffnung im organisierten Sport“ wollen wir stärken und weiter ausbauen. Sportliche Aktivitäten wollen wir quer über alle Altersgrenzen hinweg fördern, weswegen wir auch dem Seniorinnen- und Senioren- und Gesundheitssport große Bedeutung beimessen.

Wir unterstützen die von uns GRÜNEN mitinitiierte Verlängerung der Öffnungszeiten städtischer Schulsporthallen sowie die stadtteilbezogenen Regionalkonzepte für die Nutzung der städtischen Sportstätten. So werden die vorhandenen Kapazitäten effizient genutzt und möglichst viele Münchnerinnen und Münchner können in den Genuss eines breit gefächerten, bezahlbaren Sportangebots kommen.

Wir GRÜNE haben uns immer dafür eingesetzt, dass neue Sportformen in München ihren Platz finden. Die Blade-Night hat schon Tradition, die Wellen im Eisbach und der Isar sind weltweit bekannt. Hier ist es weiterhin unsere GRÜNE Aufgabe, Sport und Umweltschutz unter einen Hut zu bekommen, zum Beispiel beim Bootfahren und Biken an der Isar. Gemeinsam mit den Vereinen wollen wir unter Nutzung vorhandener Fördermöglichkeiten Konzepte für den Klimaschutz entwickeln und umsetzen wie z.B. energetische Sanierungen, neue Heizformen oder nachhaltige Bauweisen bei Sportanlagen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neuplanungen und Umgestaltung von Sportanlagen der Naturschutz und die

Nachhaltigkeit eine übergeordnete Rolle spielen, z.B. bei der Neugestaltung der Ruderregattastrecke.

Wir wollen den Trendsportarten in München ebenfalls einen höheren Stellenwert einräumen und damit mehr jungen Münchnerinnen und Münchner ermöglichen, ihren Sport auszuüben.

GRÜNE Ziele im Sportbereich sind:

- Entwicklung und Umsetzung einer konzeptionellen Sportentwicklungsplanung für die „Sportstadt München“.
- Erhalt der umfassenden Sportförderung für die Münchner Sportvereine.
- Erhalt und möglichst weiterer Ausbau der bestehenden Sport-Infrastruktur.
- Bau einer Multifunktionshalle insbesondere für Eishockey und Basketball, in der möglichst viele Vereine Spitzen- und Breitensport betreiben können.
- Förderung von Integration und Inklusion im Sport, insbesondere durch den weiteren Ausbau von Ausbildungsangeboten für Übungsleiterinnen und Übungsleiter mit sozialpädagogischen und interkulturellen Kompetenzen.
- Förderung von Mädchen und Frauen im Sport durch den Ausbau geeigneter Angebote.
- Förderung des Schulsports; insbesondere sollte jedes Schulkind schwimmen können.
- Unterstützung des Freizeitsports, der Gesundheitsförderung und der zielgruppengerechten Angebote für Seniorinnen und Senioren.
- Unterstützung aller Aktivitäten und Initiativen gegen Rassismus, Homophobie und Diskriminierung im Sport.
- Erhalt und Ausbau der Surfer-Wellen.
- Eine Halle für Skater, Blader und Biker, damit sie auch im Winter trainieren können.
- Ausgewiesene Dirtbike- und Mountainbike-Strecken, um diesen Sport zu ermöglichen und die Naturschutzgebiete zu schützen.

8. Kapitel:

BürgerInnenbeteiligung weiter ausbauen

Ohne eine aktive Bürgerschaft, ohne engagierte Münchnerinnen und Münchner, ohne Initiativen vor Ort und ohne die ehrenamtlichen Mitglieder der Bezirksausschüsse wäre München nicht das, was es heute ist. Eine Vielzahl von Projekten und Initiativen in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur, Planung und Inklusion wäre ohne Engagement der Menschen vor Ort nicht möglich. Wir GRÜNE sind selbst aus Bürgerinitiativen entstanden. Wir haben mit vielen dieser Initiativen vertrauensvoll zusammengearbeitet und gemeinsam vieles erreicht.

Wir werden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger immer ernst nehmen und auf Augenhöhe das Gespräch mit den Bürgerinitiativen suchen, unabhängig davon ob es aus inhaltlichen Gründen zu einer späteren Zusammenarbeit kommen sollte. Zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Einsatzes brauchen wir mehr städtische Angebote für Trainingsmaßnahmen, Informations- und Vernetzungsangebote. Die Stadt muss außerdem dafür sorgen, dass passende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden

Engagierte Bürgerinnen und Bürger wollen sich auch politisch beteiligen und unsere Stadtgesellschaft mitgestalten. Wir GRÜNE vertrauen auf die Verantwortung der Münchnerinnen und Münchner für ihre Stadt. Stadtverwaltung und Stadtrat müssen sich für das Bürgerengagement weiter öffnen: Sie müssen einen Teil ihrer Gestaltungsmacht in die Hand der Bewohnerinnen und Bewohner legen und die Arbeit von Initiativen in der Bürgerschaft aktiv unterstützen.

Wir GRÜNE fordern, dass die Münchnerinnen und Münchner darüber mitentscheiden, wofür Geld ausgegeben wird, sowohl für die ganze Stadt, als auch auf Stadtbezirksebene. Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf das Instrument Ratsbegehren zurückgreifen. Die Herrscher in dieser Stadt sind die Bürgerinnen und Bürger, und sie sollen das letzte Wort bei richtungsweisenden Fragen, wie z. B. großen Infrastrukturprojekten, haben. Damit geben gewählte Stadträtinnen und Stadträte keine Verantwortung ab, vielmehr wird die Politik dadurch gezwungen, wieder näher bei den Menschen zu sein und die eigene Politik zu erklären. Das wird die politische Kultur in dieser Stadt beflügeln. Uns GRÜNEN ist dabei wichtig, alle Menschen im Beteiligungsprozess mitzunehmen, insbesondere auch Menschen mit Behinderung, Migrationshintergrund, junge und alte Menschen, aus bildungsfernen und bildungsnahen Schichten. Von Fahrradwegen und Bolzplätzen bis hin zur Gestaltung öffentlicher Plätze oder ganzer Areale sollen sich die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planung einbringen können. Dabei denken wir z. B. an Ideenwettbewerbe, Planungsworkshops, Diskussionsforen oder Planungszellen, in denen Bürgergutachten erstellt werden. Wir wollen auch die Möglichkeiten elektronischer Kommunikation nutzen, z. B. mittels Online-Foren im Vorfeld von Bürgerversammlungen.

Wir GRÜNE möchten die Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen, ausbauen. Wir setzen uns deshalb für öffentliche Gruppenpetitionen ein. Wer 2.500 Unterstützende für eine Petition nachweisen kann, soll Anhörungsrecht im zuständigen Fachausschuss des Stadtrats bekommen. Zudem soll innerhalb von vier Wochen eine qualifizierte Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Sachverhalt der Petition garantiert werden. Die Unterstützenden können entweder auf Unterschriftenlisten gesammelt werden oder sich auf einer offiziellen Plattform

der Stadt online eintragen.

Beteiligung setzt Wissen voraus. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Informationsfreiheitssatzung der Landeshauptstadt München auszuweiten und z. B. Umwelt-, Verkehrs- und Haushaltsdaten zu veröffentlichen und der maschinellen Verarbeitung zugänglich zu machen. Die Daten sollen einer Lizenz unterliegen, die auch eine kommerzielle Weiterverarbeitung zulässt.

Wir GRÜNE verstehen den Zugang zum Internet als wichtige Möglichkeit der Teilhabe am sozialen Leben. Deswegen setzen wir uns dafür ein, an ausgewählten städtischen Orten wie z.B. in U-Bahn und Tram, kostenlosen und freien WLAN-Zugang zu schaffen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, öffentliche Sitzungen des Stadtrats auch live im Internet zu übertragen und dauerhaft zugänglich zu machen. Das führt zu mehr Transparenz politischer Entscheidungen und einer geringeren Distanz zwischen der Bürgerschaft und ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern.

9. Kapitel:

Sicherheit in München

München ist nach wie vor eine der sichersten Großstädte Europas. Wir GRÜNE sind überzeugt davon, dass Sicherheit nicht nur durch Polizeiarbeit gewährleistet wird. Eine wirksame, langfristige Garantie für Sicherheit sind vor allem soziale Arbeit und Prävention. GRÜNES Ziel ist, dass es in unserer Stadt nicht zu Ausgrenzung kommt, sondern jeder Mensch seinen anerkannten Platz in der Gesellschaft hat. Doch auch in München merken wir eine Zunahme von Verwerfungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen sinkt. So wird heutzutage oft schneller die Polizei gerufen, wenn laut gefeiert wird.

Um dem entgegenzuwirken, haben wir GRÜNE die Einrichtung eines städtischen Mediationsprojektes initiiert, das zwischen den verschiedenen Bedürfnissen vermitteln soll. Hier wurden schon die ersten Erfolge verzeichnet. Zusätzlich wurden ein kommunaler Sicherheitsbericht erstellt und Präventionsprojekte für unterschiedliche Lebenslagen eingerichtet: Von „Frühen Hilfen“ bis zu Maßnahmen gegen die Praxis der Fixierung in Altenheimen.

Wir wollen, dass Sozialarbeit, Polizei, Wirtschaft und Bürgerschaft sich gemeinsam für den Stadtfrieden einsetzen. Dabei orientieren wir uns an einem erfolgreichen Modellprojekt der Stadt Wien. Besonders stolz sind wir, dass alle Fraktionen im Rathaus nach jahrelangem Zögern bereit sind, das Thema ernsthaft anzugehen. Uns GRÜNEN ist klar, dass Gruppen, die mit anderen in Konflikt geraten, durch Vertreibung nicht verschwinden, sondern nur ihren Standort verlagern. Hier sind Hilfsangebote anstelle von Repressalien gefragt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Wunsch nach Sicherheit nicht zu einer flächendeckenden Überwachung des Öffentlichen Raumes führt. Überwachungskameras in allen U-Bahnen und auf allen öffentlichen Plätzen bedeuten nicht automatisch mehr Sicherheit. Sie können auch zu einem „falschen“ Sicherheitsgefühl führen: In Gefahrensituationen sehen mehr Menschen weg, weil sie davon ausgehen, dass sich irgendeine offizielle Stelle schon kümmern wird. Mehr Wirkung zeigen hier zusätzliche Polizeistreifen zu Fuß.

Sicherheit bedeutet für uns GRÜNE immer auch die Sicherheit von Minderheiten. Menschen, die anders aussehen, die eine andere Religion oder eine andere sexuelle Orientierung haben als die Mehrheit der Bevölkerung, werden häufiger Opfer von rechtsextremer Gewalt. Deshalb werden wir uns weiterhin aktiv am Kampf gegen Rechts beteiligen. Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass in unserer Stadt Menschen Angst davor haben müssen, von Nazis und Neonazis verfolgt zu werden. Hier ist die Solidarität von uns allen gefordert.

Wir GRÜNE fordern:

- mehr Mediation, um gemeinsam am Stadtfrieden im öffentlichen Raum zu arbeiten.
- Verzicht auf flächendeckende Kameraüberwachung in U-Bahnen und auf Öffentlichen Plätzen.

- Zusammenarbeit aller Akteure im öffentlichen Raum, um ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten.
- eine Kontaktstelle für Opfer rechter Gewalt.

10. Kapitel:

Gegen gruppenbezogene Menschenverachtung und Ausgrenzung

Eine wesentliche Grundlage GRÜNER Politik ist die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung in jeglicher Form. Wir fördern und beteiligen uns an antirassistischen Initiativen, stellen uns gegen Nazi-Aufmärsche und Rechtspopulismus, klären über rechte Propaganda auf und Vieles mehr.

Antifaschismus

Das GRÜNE Engagement gegen Nazis wendet sich gegen eine verbrecherische, menschenverachtende und tödliche Ideologie. In München fanden in den vergangenen Jahren zwei der mindestens zehn rassistisch motivierten Morde statt. Neben solch unglaublichen Gewalttaten nutzen Nazis die verschiedensten Strategien: Präsenz durch Aufmärsche, Einschüchterung von GegnerInnen und Anbiederung im bürgerlichen Milieu. Um das Problem an der Wurzel zu packen, bedarf es ausreichend finanzierter Bildungs-, Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Die Unterstützung von Programmen, Initiativen und Bündnissen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss weiterhin in den Vordergrund gestellt werden.

Rassismus – Nur ein Problem am „Rand“ der Gesellschaft?

Leider ist Rassismus in unserer Gesellschaft noch immer kein Randphänomen, sondern ein strukturelles Problem, das offen diskutiert werden muss. Zunehmend wird der Begriff der „Rasse“ auch durch Ethnie, Kultur oder Religion ersetzt. Dieser kulturelle Rassismus bietet Rechtsradikalen die Möglichkeit Fuß zu fassen, indem sie versuchen, Angst vor „Überfremdung“ zu schüren.

Wir finden: zu einer vielfältigen Stadtgesellschaft gehören alle Menschen, unabhängig von Kultur, Glauben, Hautfarbe, Migrationshintergrund, sexueller Identität oder anderen vermeintlichen „Gruppenzugehörigkeiten“.

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rassismus war und ist ein Problem in weiten Teilen der Gesellschaft. Das haben uns Pogrome wie in Rostock-Lichterhagen, Hoyerswerda und jetzt ganz aktuell die Ermittlungen gegen den NSU leidvoll aufgezeigt. Es ist einfach, menschenverachtende Ideologien an die so genannten „Ränder“ der Gesellschaft zu verbannen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Rassismus ist eng verknüpft mit vielen Institutionen und Normen im „Alltag“. Diese wollen wir GRÜNE auch weiterhin offenlegen und uns für eine vielfältige Stadtgesellschaft einsetzen.

Religionsfreiheit

Die Religionsfreiheit ist ein zentrales und wichtiges Menschenrecht, das im Grundgesetz garantiert wird. Dennoch findet unter dem Deckmantel der Islamkritik eine zunehmende rassistische Diskriminierung von Menschen muslimischen Glaubens statt. Wir GRÜNE nehmen dieses Problem sehr ernst und stellen uns klar gegen die zunehmende antimuslimische Hetze. Unser Ziel ist es, einen Dialog anzustoßen, um Vorurteile abzubauen.

Unserem Ziel, einem München ohne Menschenverachtung und Ausgrenzung, sind wir bereits

ein gutes Stück näher gekommen: München hat, angestoßen durch uns GRÜNE – ein enges Netzwerk gegen Rechtsextremismus aufgebaut. Beim Oberbürgermeister wurde die Koordinierungsstelle gegen Rechts (FgR) installiert, beim Jugendarbeitsträger Feierwerk wurde die Fachinformationsstelle gegen Rechts (Firm) eingerichtet. Die Mittel für politische Jugendarbeit gegen Rechts wurden kontinuierlich aufgestockt. Zusammen mit der Zivilgesellschaft ist damit eine engmaschige Kontrolle und Bekämpfung des organisierten Rechtsextremismus in München gelungen. Diese Erfolge müssen erhalten und ausgeweitet werden.

GRÜNE Forderungen gegen gruppenbezogene Menschenverachtung und Ausgrenzung:

- Ausbau der Fachstelle gegen Rechtsextremismus (FgR) u. a. durch Aufstockung der Stellenanzahl.
- Erhalt der Fachinformationstelle (Firm) und deren Ausweitung.
- Ausbau der zuständigen Stelle im Jugendamt.
- die Einrichtung eines Förderfonds zum Aufbau von Strukturen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Stadtteilen.
- Schaffung einer mobilen Beratungsstelle gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.
- Ausbau des Bundesprojektes „Schule ohne Rassismus“.
- Schaffung einer Stelle, um Jugend-Präventionsprogramme wie „Laut gegen Brautöne“, fortzusetzen und auch für Erwachsene zu erschließen.
- Förderung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen.
- Beantragung von Bundesmitteln durch die städtische Koordinierungsstelle, insbesondere um Strukturen in den Stadtteilen zu fördern (sog. lokale Aktionspläne).

11. Kapitel:

Münchens Wirtschaft - ökologisch, sozial, erfolgreich

Münchens Wirtschaft und Arbeitsmarkt boomen unvermindert. Dies ist auch ein Erfolg GRÜNER Wirtschafts-, Gewerbe- und Haushaltspolitik. Die Attraktivität Münchens als Wirtschafts- und Arbeitsstandort wird neben der vielseitigen Mischung kleiner und großer, öffentlicher und privater Unternehmen unterschiedlichster Branchen und nicht zuletzt durch Toleranz und Weltoffenheit begünstigt. Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sind weitere wichtige Eckpunkte für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

GRÜNE Politik setzt für Münchens Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiterhin auf die Unterstützung der Vielseitigkeit von freiberuflich Tätigen und Unternehmen. GRÜNE Politik stellt sich in besonderem Maße den Herausforderungen der Boom-Metropole München an die Infrastruktur, die insbesondere auf dem Münchner Wohnungsmarkt und im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs deutlich werden, sowie an nachhaltige ökologische und soziale Standortförderung. Die Stadt bewirkt durch ein sensibles Standortmarketing, dass sich nur solche Betriebe und Gewerbe ansiedeln, die diese Standards erfüllen. GRÜNE Politik stellt sich insbesondere den Grenzen sowie der Kehrseite des Wachstums. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für Politik und Wirtschaft: dass wirtschaftliche Stärke mit bezahlbarem Wohnen und Leben einhergehen kann.

Zu GRÜNER Wirtschaftspolitik gehört vor allem auch eine geschlechtergerechte, diskriminierungsfreie und familienfreundliche Arbeitswelt. Unabhängig von der Einführung einer gesetzlich geregelten Quote, wollen wir den Anteil von Frauen vor allem in Führungspositionen städtischer Unternehmen erhöhen. Die Offenheit unterschiedlicher Lebensweisen und Kulturen innerhalb der Stadtgesellschaft Münchens muss sich auch im Wirtschaftsleben widerspiegeln.

Speziell Migrantinnen und Migranten erfahren nach wie vor Benachteiligung. Oberstes Ziel GRÜNER Politik ist hier, eine Gleichstellung und einen sozialen Ausgleich zu erreichen und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. Konkret heißt das, differenzierte Angebote zur Unterstützung zu schaffen, welche auf die Lebenslage der Menschen eingehen und helfen, komplexe berufliche und persönliche Anforderungen zu bewältigen.

GRÜNE Politik kämpft dafür, dass Münchens wirtschaftlicher Erfolg auf unbefristeten, qualifizierten Arbeitsverhältnissen in Festanstellung mit Mindestlöhnen und Gehaltsgleichheit (Equal Pay) zwischen Frauen und Männern aufbaut.

GRÜNE Politik lehnt eine bloße Reduzierung der Menschen als Arbeitskräfte ab. Zu einem vielseitigen München gehören alle, unabhängig von der Art der jeweiligen Tätigkeit, auch die Langzeitarbeitslosen. Insbesondere die städtischen Unternehmen müssen bei all dem eine Vorbildfunktion einnehmen.

München Plus – Kommunale Daseinsvorsorge

Die GRÜNEN werden die kommunale Daseinsvorsorge, d.h. die kommunale Bereitstellung von Dienstleistungen und Gütern für die Bürgerinnen und Bürger erhalten. Nur so kann die

Politik weiterhin zentrale Dienstleistungen ökologisch und sozial gestalten und z. B. Tariflöhne sichern.

GRÜNE Politik sagt insbesondere Nein zur Forderung der Europäischen Kommission nach einer Privatisierung im Verkehrs- und Wasserbereich bzw. bei der Straßenreinigung, ebenso wie zur Aufgabe von Gesundheits- und Pflegeleistungen durch die städtischen Einrichtungen. Ebenso stellt sich grüne Politik gegen Dumping-Löhne.

Grüne Wirtschaftspolitik – Nachhaltig

Für die GRÜNEN ist Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik auch eine Notwendigkeit, um dem Anspruch der Generationengerechtigkeit Rechnung zu tragen. Die Münchner GRÜNEN sehen es weiterhin als ihre Aufgabe, das Wirtschaften in München ökologischer zu gestalten. Nur so kann das Ziel einer Reduzierung des CO₂-Fußabdrucks auf ein klimaverträgliches Maß von zwei Tonnen CO₂ pro Einwohner erreicht werden. Das gilt für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die Gestaltung des Gewerbehofprogramms genauso wie für die Ausstattung und die Etablierung von ökologischen und sozialen Standards in Unternehmen, insbesondere in kommunalen Unternehmen. Die Ausweisung von CO₂-Bilanzen soll zur Selbstverständlichkeit für Unternehmen werden, damit ihre Emissionsquellen sichtbar werden und sich Reduktionshebel identifizieren lassen. Durch Sensibilisierung, Verhaltensänderungen und verbesserte technische Standards kann es darüber hinaus gelingen, nicht nur Emissionen zu vermeiden, sondern auch Kosten zu sparen.

Für die Ausweisung von Gewerbeflächen und die Ansiedlung von Gewerbebetrieben sind ein entsprechender Bedarf zu ermitteln sowie ein ökologischer Kriterienkatalog anzuwenden. GRÜNE Gewerbepolitik bevorzugt wohnortnahen Einzelhandel in den Stadtvierteln gegenüber der Ballung von Discountern auf der „grünen Wiese“.

Den GRÜNEN im Stadtrat ist es gelungen, bei der Beschaffung von Produkten durch die Landeshauptstadt München den Leitgedanken des Fairen Handels zu verankern und damit international faire Arbeitsverhältnisse zu unterstützen. Gleiches gilt für die verstärkte Etablierung ökologischer Kriterien bei der Beschaffung (Green Public Procurement). Beide Aspekte wollen wir weiter ausbauen.

Kleinere und mittlere Unternehmen stärken/Existenzgründungen fördern

Die Grünen unterstützen das Münchner Gewerbehofprogramm, das gerade kleinere und mittlere Unternehmen fördert. Durch günstige Konditionen und verdichtete Bauweise werden Kosten reduziert und die Entwicklungschancen von Unternehmen verbessert. Die Gewerbehöfe unterstützen aktiv Existenzgründungen bei ihrem Start, die einen wichtigen Beitrag für die vielfältige Wirtschaftsstruktur in München leisten. Die Grünen fordern den Erhalt der Existenzgründer-Programme, wie das Existenzgründerbüro, bei denen der Aufbau und Ausbau der Selbstständigkeit durch Qualifizierung und Beratung sowie durch finanzielle Förderung begleitet wird. Ebenso unterstützen wir den Erhalt und den Ausbau von speziellen Beratungsangeboten für Frauen, um die Existenzgründungen von Frauen zu steigern.

Arbeiten in München – Qualifizierung und Inklusion

Münchens niedrige Arbeitslosenquote ist unter anderem das Ergebnis des Münchner Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramms (MBQ), mit dem wir ein einzigartiges Paket geschaffen haben, um Personen mit Vermittlungshemmnissen auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei stehen die GRÜNEN für die Etablierung eines 2. und 3. Arbeitsmarktes,

damit auch Personen Beschäftigung finden, die dem 1. Arbeitsmarkt über einen längeren Zeitraum nicht zur Verfügung stehen. .

Darüber hinaus haben die GRÜNEN den Schwerpunkt „Gender Mainstreaming“ im Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm durchgesetzt: Spezielle Programme qualifizieren Frauen beispielsweise nach Familienpausen für den Arbeitsmarkt.

GRÜNE Politik wird es auch in Zukunft sein, Arbeitsförderungsmaßnahmen zu unterstützen, die durch zielgruppenspezifische Angebote die Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt fördern, die Menschen mit Migrationshintergrund den Einstieg erleichtern und Menschen mit Behinderungen und eingeschränkter Leistungsfähigkeit die Integration in den Beruf ermöglichen. Darüber hinaus setzen wir uns im Rahmen des lebenslangen Lernens weiter für Qualifizierung, Weiterbildung und Fortbildung ein.

Um Jugendarbeitslosigkeit zu verringern und gleiche Chancen für Alle zu schaffen, setzen die GRÜNEN beim Übergang von Schule und Beruf auf eine vernetzte Kooperation aller Beteiligten. Längst fehlen in München in vielen Berufen Auszubildende. Der Übergang von Schule und Beruf muss durch spezielle Trainingsprogramme, soziale Betreuung und Praktika so gestaltet werden, dass auch Jugendliche mit Lernhindernissen auf dem Ausbildungsmarkt eine Chance erhalten. Um dem Fachkräftemangel insbesondere bei Erzieherinnen und Erziehern und Pflegekräften zu begegnen, wollen die GRÜNEN darüber hinaus die Bereitstellung von geförderten Mietwohnungen für diese Gruppen erleichtern.

Europastadt München

GRÜNE Politik blickt über die Stadtgrenzen hinaus und stärkt dort auch die Rolle der Kommunen in Europa. Die GRÜNEN haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass München durch die Einrichtung einer eigenen „Fachabteilung Europa“ im Referat für Arbeit und Wirtschaft bei den Europäischen Institutionen sichtbar wird. München kann seine starke Stellung nutzen, um im Rahmen von Konsultationsverfahren sowie mit größerer Präsenz in europäischen Netzwerken auf die Europapolitik Einfluss zu nehmen.

Dank GRÜNER Initiative wird München 2014 die Jahreshauptversammlung von EURO CITIES (ein Zusammenschluss von Städten, die sich Nachhaltigkeitszielen verpflichten) zum Thema Klimaschutz und Erneuerbare Energien ausrichten.

Darüber hinaus wollen die GRÜNEN, dass München stärker in Partnerschafts- und EU-Förderprogrammen mitwirkt und dadurch neue Impulse insbesondere für Beschäftigungs-, Sozial- und Bildungspolitik gewinnt.

Tourismusstadt München – Mehr als Oktoberfest

Münchens Attraktivität zeigt sich auch an der jährlich steigenden Zahl von Touristen. Tourismus ist längst ein strategischer Wirtschaftsfaktor für München. GRÜNE Tourismusförderung will für München zielgruppenspezifische Angebote entwickeln – beispielsweise mit Angeboten für Ältere auf den zunehmenden demografischen Wandel reagieren. GRÜNE Politik wird München auch touristisch ein Profil als „Green City“ geben und z.B. die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel bei An- und Abreise für den Aufenthalt in München erheblich steigern. Die touristische Attraktivität Münchens kann durch innovative Projekte wie z. B. die Kennzeichnung von Fahrrad- und Fußgängerwegen, durch die

Aufnahme von Umwelt- und Klimaschutzprojekten in den touristischen Katalog noch gesteigert werden. Das Oktoberfest als Tourismusmagnet wollen wir GRÜNE sowohl bei der Energieversorgung als auch beim Essen ökologischer gestalten.

GRÜNE Forderungen für Münchens Wirtschaft:

- Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge bei der Versorgung mit Grundleistungen wie Wasser, Verkehr, Energie- und Gesundheitsleistungen durch stärkere Einflussnahme auf die europäische Politik.
- Klare ökologische und soziale Standards und Richtlinien bei der Vergabe von Gewerbeflächen und bei der Ansiedlung von Unternehmen und Betrieben.
- Energieeffizienz und Energieeinsparung als Leitlinien in städtischen Unternehmen umsetzen.
- Photovoltaikanlagen auf allen dafür gut geeigneten Dachflächen der Stadt und ihrer Tochterunternehmen
- Verwendung von Produkten aus regionaler und ökologischer Wirtschaft bei städtischen Empfängen und Events.
- Einhaltung und Ausbau von Fair Trade-Richtlinien und ökologischen Kriterien bei der Beschaffung, insbesondere der Stadtverwaltung und städtischer Betriebe
- Stärkung der wohnortnahen Grundversorgung durch das Angebot der Güter des täglichen Bedarfs über die Stadtteilzentren. Größere Einzelhandelsansiedlungen müssen vor allem an gut angebundenen ÖPNV-Bahnhöfen und -Haltestellen angesiedelt werden, um den Auto-Verkehr zu minimieren. Einzelhandelskomplexe in nicht bereits öffentlich erschlossener Lage kommen für uns nicht in Frage.
- Neue Gewerbeflächen sollen nur noch auf bisher schon gewerblich genutztem Grund (Gewerbeflächen-Recycling) oder vergleichbarem Gelände entstehen. Ausgenommen davon sind die Ansiedlung von emissionsarmen Kleingewerbe in Wohngebieten und die Errichtung weiterer Gewerbehöfe.
- Erhalt und zielgruppenspezifische Weiterentwicklung des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms.
- Einrichtung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen speziell für Frauen und Einführung einer Quote, um den Anteil von Frauen insbesondere in Führungspositionen zu erhöhen.
- Förderung und Unterstützung von Ausbildungsinitiativen und arbeitsmarktpolitischen Programmen für Migrantinnen und Migranten.
- Sicherstellung des Übergangs von Schule und Beruf für Jugendliche durch spezielle Fördermaßnahmen.
- Aufbau und Stärkung eines zweiten und dritten Arbeitsmarktes für Menschen mit starken Vermittlungshemmnissen.
- Bereitstellung von Wohnraum aus dem geförderten Mietwohnungsmarkt für Personen aus den Mangelberufen Erziehung und Pflege.
- Profilierung der Tourismusstadt München als „Green City“ durch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs für die Anreise sowie durch die Förderung von Angeboten für Fuß- und Fahrradverkehr für den Aufenthalt in München
- Mehr Ökologie und Bio auf dem Münchner Oktoberfest durch die Etablierung klarer Standards bei den Vergaben.
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für nicht primär profitorientierte Formen des Wirtschaftens.

12. Kapitel:

Nachhaltig Haushalten: Heute nicht auf Kosten von Morgen – hier nicht auf Kosten von anderswo

Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet, nicht auf Kosten der nachwachsenden Generationen zu leben. In der Finanzpolitik geht es um Generationengerechtigkeit. Wir wollen weder unseren Kindern hohe Zinslasten für unsere Schulden aufladen, noch ihnen eine marode Infrastruktur hinterlassen. Wir wollen deshalb die Schulden reduzieren, den Bestand erhalten, das Tafelsilber (z.B. die Stadtwerke) nicht verscherbeln und nachhaltig in die Zukunft investieren.

Seit 1990 bestimmen wir GRÜNE die Stadtregierung mit. In dieser Zeit haben wir bis Ende 2012 den Schuldenstand der Stadt inflationsbereinigt um ein Drittel auf 1,3 Milliarden Euro gesenkt. Allein in den Jahren 2010 und 2011 wurden fast 800 Millionen Euro Schulden zurückgezahlt. Jährlich investieren wir mindestens 500 Millionen Euro. Diese Gelder gehen besonders in Erhaltung, Sanierung und Ausbau von städtischem Bestand (wie z. B. Schulgebäude und Kultureinrichtungen) sowie in Zukunftsbereiche wie kommunale Wohnungsprogramme und den Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Statt die Stadtwerke zu verkaufen, haben wir sie zu einem profitablen Unternehmen gemacht, welches aus den Gewinnen ein Investitionsprogramm in Erneuerbare Energien im Umfang von neun Milliarden Euro finanzieren kann. Dies alles war nur möglich, weil wir von Beginn an sparsam gewirtschaftet und immer wieder Konsolidierungsprogramme aufgelegt haben.

Immer noch werden die Aufgaben der Stadt München vom Freistaat Bayern nicht angemessen refinanziert. Bei den vom Land an die Stadt übertragenen Aufgaben gibt es eine Finanzierungslücke von 60 Millionen Euro, bei den Kosten für Lehrkräfte sind es inklusive Pensionsrückstellungen gar 240 Millionen Euro. Mit diesen insgesamt jährlich 300 Millionen Euro vorenthaltenen Mitteln könnte München innerhalb einer Wahlperiode schuldenfrei sein.

Nur durch den Widerstand der Städte konnte verhindert werden, dass die Bundesregierung die Gewerbesteuer abschafft bzw. aushöhlt. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, dass Land und Bund sich angemessen an den Finanzlasten der Kommunen beteiligen. Die Schwerpunkte unserer Haushaltspolitik sind gerade angesichts des Wachstums der Stadt die drei großen Zukunftsaufgaben:

- bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen,
- in Kinderbetreuung und Bildung investieren,
- Klimaschutz durch eine nachhaltige Energie- und Verkehrspolitik vorantreiben

GRÜNE Ziele in der nächsten Wahlperiode:

- den städtischen Haushalt transparenter gestalten. Wir möchten etwa, dass mittels eines interaktiven Internetauftritts die Bürgerinnen und Bürger über einen sogenannten „Beteiligungshaushalt“ (siehe Kapitel „BürgerInnenbeteiligung weiter ausbauen“) an den Entscheidungen über Ausgaben- und Einnahmenschwerpunkte partizipieren können.

- durch Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung sowie computer- und internetgestützte Abläufe („E-Government“) Geld sparen.
- die städtische Verwaltung nach Doppelstrukturen und Zusammenlegungsmöglichkeiten durchforsten.
- die Zahl der städtischen Referate reduzieren, auch im Hinblick auf die Anzahl der Referate in vergleichbaren Großstädten.
- städtisches Vermögen und Rücklagen in ethische Geldanlagen investieren und Finanzressourcen in Wohnimmobilien anlegen.

13. Kapitel:

Fairer Handel – Nachhaltige Beschaffung – München in der Einen Welt

Für uns GRÜNE galt immer schon: „Global denken, lokal handeln“.

Günstige Preise basieren leider oft auf ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Deshalb hat sich die Stadt München dem Leitbild: „ökologisch – regional – fair“ und den Prinzipien des fairen Handelns verpflichtet.

Die öffentliche Hand gibt jährlich rund 360 Milliarden Euro für Waren und Dienstleistungen aus. Das sind 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Allein auf die Kommunen entfallen hiervon 50 Prozent. München gibt somit im Schnitt fast 4.500 Euro je Einwohnerin oder Einwohner aus. Mit dieser Marktmacht kann die Stadt durchaus Einfluss nehmen, indem sie bei der Vergabe und Beschaffung soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt. München hat deshalb schon 2002 beschlossen, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einzukaufen. Im Jahr 2009 hat München den zweiten Platz im bundesweiten Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels 2009“ belegt. In den letzten Jahren wurden die Prinzipien der nachhaltigen und fairen Beschaffung bei der Stadt München auf grüne Initiative hin gestärkt und werden kontinuierlich weiterentwickelt.

Die GRÜNEN wollen auch in der nächsten Wahlperiode dafür sorgen, dass dieses hohe Niveau beibehalten und weiter ausgebaut wird.

GRÜNE Ziele für eine faire und nachhaltige Welt:

- Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), zu denen etwa Vereinigungs- und Tariffreiheit, Diskriminierungsverbot, Verbot von Zwangsarbeit und ausbeuterischer Kinderarbeit gehören, sollen als soziale Kriterien bei Vergaben langfristig in möglichst allen Bereichen gelten. Dies gilt z. B. für Natursteine, Blumen, Computer- und IT(Informationstechnik)-Geräte, Bekleidung und Textilien der Münchner Feuerwehr und in den Münchner Krankenhäusern, Andenken und Geschenke oder in städtischen Einrichtungen verwendetes Spielzeug.
- Bei städtischen Empfängen sollen künftig ausschließlich Kaffee und Tee aus fairem Handel angeboten werden.
- Die Lebensmittel für die Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen sollen, soweit möglich, aus zertifiziertem fairem Handel bezogen werden.
- Beim Einkauf von Produkten sollen überprüfbare Gütezeichen (Siegel, Zertifikate, Labels) statt bloßer Eigenerklärungen eingefordert werden. Gleichzeitig müssen besonders regionale Kleinunternehmen dazu motiviert und dabei unterstützt werden, sich zertifizieren zu lassen, um die Anzahl zertifizierter Produkte in Münchner Läden zu vergrößern.
- Die Stadt München soll weiterhin auf Bundes- wie auf europäischer Ebene auf die stärkere Berücksichtigung sozialer Kriterien im Vergaberecht hinwirken.
- Außerdem werden die GRÜNEN sich dafür einsetzen, dass die Stadt München ihren Stadtratsbeschluss, auf städtischen Friedhöfen nur noch Grabsteine ohne

ausbeuterische Kinderarbeit aufzustellen, nach der Bestätigung durch die jüngste Rechtsprechung endlich umsetzen kann.

- Auch bei Institutionen, die Zuschüsse von der Stadt München erhalten, soll zunehmend auf die Einhaltung der Prinzipien des fairen Handels geachtet werden.
- Die Stadt soll weiterhin mit Akteuren der Zivilgesellschaft kooperieren und öffentliche Kampagnen unterstützen mit dem Ziel, die Prinzipien des fairen Handels auf die gesamte Stadtgesellschaft auszuweiten.

Glossar

ADAC	= Allgemeiner Deutscher Automobil Club
Begegnungszone	siehe <i>Shared Space</i>
Bezirksausschuss	In München gibt es 25 Bezirksausschüsse – für jeden Stadtbezirk einen. Die BAs sind Stadtteil-Parlamente. Sie vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die Zahl der Bezirksausschuss-Mitglieder richtet sich nach Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Stadtbezirk, der kleinste BA hat 15 Mitglieder, der größte 45.
CO ₂	Kohlenstoffdioxid; dieses Gas entsteht bei der Verbrennung von nicht-erneuerbaren Rohstoffen (z.B. Kohle, Gas, Öl und Benzin) und ist mit anderen sogenannten Treibhausgasen wie z.B. Methan, das in der Land- und Viehwirtschaft entsteht, verantwortlich für den menschengemachten Treibhauseffekt und den Klimawandel. Durch die schnelle Senkung des Ausstoßes von CO ₂ verspricht man sich eine Abmilderung des Klimawandels und eine Abwendung der Klimakatastrophe. Das setzt die Senkung des Energiebedarfs für Verkehr, Industrie und private Haushalte sowie den Umstieg auf Erneuerbare Energien voraus.
Demographie	= Entwicklung und Zusammensetzung der Bevölkerung
Erhaltungssatzung	Erhaltungssatzungen sind baurechtliche Satzungen, die von Städten und Gemeinden für definierte Nachbarschaften und Stadtviertel erlassen werden können. Dabei soll die städtebauliche Eigenart eines Gebiets sowie die Zusammensetzung der angestammten Wohnbevölkerung erhalten werden. Die Erhaltungssatzung ist ein Instrument, um bestehende Wohnungen in von Gentrifizierung betroffenen Stadtteilen vor Umwandlungen und Luxussanierungen zu schützen. Im Geltungsbereich einer Erhaltungssatzung bedürfen der Abbruch („Rückbau“), die Änderung oder die Nutzungsänderung einer zusätzlichen Genehmigung durch die Gemeinde.
Faier Handel	= zertifizierter, kontrollierter Handel, bei dem die Erzeuger von Gütern und Lebensmitteln in den Ländern des Südens einen gerechteren Preis als den Weltmarktpreis erhalten. Bei der Herstellung der Güter sollen außerdem Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden.
Gender Budgeting	Gender Budgeting bezeichnet die geschlechtergerechte Verteilung der Gelder eines öffentlichen Haushalts.

Gender Mainstreaming	Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen.
Gentrifizierung	Unter Gentrifizierung versteht man die umfassende Aufwertung eines, meist zentral gelegenen, gründerzeitlichen, Stadtviertels. Ein Stadtviertel wird dabei zum „In“-Viertel und schließlich zum gefragten Wohn- und Geschäftsstandort für finanziell gut situierte Bevölkerungsgruppen. Damit einher gehen Investitionen in die Gebäudesubstanz und schließlich kommt es zur Verdrängung der angestammten Bevölkerung durch Mietpreissteigerungen und durch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.
Inklusion	Der Begriff der Inklusion bezieht sich im Bildungs- und Erziehungswesen auf einen pädagogischen Ansatz, dessen grundlegendes Prinzip die Wertschätzung und Anerkennung von menschlicher Vielfalt ist. Der Ansatz zielt insbesondere auf die Gleichbehandlung von Menschen mit geistigen und körperlichen Einschränkungen und Besonderheiten.
Kommunalwahl	Bei der Münchner Kommunalwahl können sowohl die Abgeordneten des Stadtrats gewählt werden als auch die Mitglieder der Bezirksausschüsse sowie die/der OberbürgermeisterIn (OB). Die Kommunalwahl besteht also insgesamt aus drei verschiedenen Wahlen. Bei der OB-Wahl können Sie eine Stimme vergeben. Bei der Stadtratswahl können sie 80 Stimmen auf die Kandidierenden aller Parteien verteilen. Ebenso funktioniert die Bezirksausschuss(BA)-Wahl, bei der Sie so viele Stimmen verteilen können, wie Ihr BA über Sitze verfügt.
München Modell	Die Landeshauptstadt München ermöglicht mit dem "München Modell" Münchner Haushalten mit mittlerem Einkommen und Familien mit Kindern, preisgünstiges Wohneigentum in der Stadt zu erwerben oder eine bezahlbare Mietwohnung zu bekommen. Für das Förderprogramm darf das Haushaltseinkommen bestimmte Obergrenzen nicht übersteigen.
Münchner Mischung	Der Begriff „Münchner Mischung“ bezieht sich auf die Münchner Praxis, den Wohnungsbau in großen Neubaugebieten so zu steuern, dass der Wohnungsbestand zu ein Drittel aus sozialem Wohnungsbau, einem Drittel nach dem ‚München Modell‘ und einem Drittel aus freifinanziertem Wohnen besteht. Diese Praxis soll eine sozial ausgewogene Entwicklung des Stadtviertels ermöglichen.
MVG	= Münchner Verkehrsgesellschaft. Sie ist ein

	Tochterunternehmen der Stadtwerke München (SWM) und betreibt zusammen mit anderen Verkehrsunternehmen den ÖPNV im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV)
NGO	= Nichtregierungsorganisation (von englisch <i>Non-Governmental Organization</i>)
OberbürgermeisterIn	München hat insgesamt drei Bürgermeister. Bei der Münchner Kommunalwahl kann der/die OberbürgermeisterIn(OB) direkt gewählt werden.
ÖPNV	= Öffentlicher Personennahverkehr, also Busse und Bahnen (S-, U- und Trambahnen sowie Regional- und Fernzüge)
Petition	Sachgebundener Antrag bzw. Auftrag an ein Parlament
Planungsregion 14	Die Planungsregion 14 ist eine von 18 Planungsregionen im Freistaat Bayern. Sie umfasst die Landeshauptstadt München und die Landkreise Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Landsberg am Lech, München und Starnberg sowie deren Städte und Gemeinden. Der eingerichtete Regionale Planungsverband soll die fachlichen und räumlichen Planungen der einzelnen Landkreise Städte und Gemeinden in der Region München koordinieren und so eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung ermöglichen.
Ratsbegehren	Das Ratsbegehren ist ein vom Stadtrat eingeleiteter Bürgerentscheid über eine wichtige, und kontrovers diskutierte politische Angelegenheit
Referat/e	Die Landeshauptstadt München hat derzeit insgesamt 12 Referate, davon neun sogenannte Fachreferate. Zusammen bilden sie die Münchner Stadtverwaltung. Die neun Fachreferate sind das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das Baureferat, das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Kommunalreferat, das Kreisverwaltungsreferat (KVR), das Kulturreferat, das Referat für Bildung und Sport, das Sozialreferat und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Planungsreferat). Die drei fachübergreifenden Referate sind das Direktorium, das Personal- und Organisationsreferat und die Stadtkämmerei.
Shared Space	<i>Shared Space</i> (= Begegnungszone) ist ein Konzept in der Verkehrsplanung, der die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer im Straßenraum vorsieht. Der Verkehr soll dabei so wenig wie möglich durch Verkehrsschilder, Ampeln und die Zuweisung von Straßenbereichen für Autos, Fahrräder und Zufußgehende reglementiert werden. Nur die Vorfahrtsregeln sind gültig. Das Ziel ist, den Autoverkehr zu entschleunigen, die Verkehrsteilnehmer zu gegenseitiger Akzeptanz und Rücksichtnahme zu animieren und dadurch den

	Verkehr fließender und sicherer zu machen sowie die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. <i>Shared-Space-Zonen</i> gibt es vor allem in Nordeuropa und in der Schweiz und gelten in der Verkehrsplanung als Erfolgsmodell, auch und gerade für Hauptstraßen.
SoBoN	Die Sozialgerechte Bodennutzung ist ein städtebauliches Instrument zur Mitfinanzierung der Infrastruktur in städtebaulichen Entwicklungsgebieten durch private Investoren, die von den planungsbedingten Bodenwertsteigerungen profitieren.
Stadtrat	Der Münchner Stadtrat ist das Parlament der Landeshauptstadt München. Im Münchner Stadtrat sind 80 (ehrenamtliche) Abgeordnete vertreten. Diese 80 Stadträtinnen und Stadträte können von den Münchnerinnen und Münchnern bei der Kommunalwahl gewählt werden.
Streetwork	Streetwork ist eine Vorgehensweise in der Sozialen Arbeit, bei der versucht wird, Kontakt zu oft schwer zugänglichen problembelasteten Personengruppen wie z.B. Drogenabhängigen oder Obdachlosen in ihrem direkten Lebensumfeld herzustellen, um ihnen so entsprechende Hilfsangebote vermitteln zu können.
SWM	= Stadtwerke München
Tangentiale	Als Tangentiale bezeichnet man in der Münchner Verkehrs- und Stadtplanung jene Strecken, welche die Stadtviertel um die Innenstadt herum verbinden (z.B. Giesing mit Sendling oder Nymphenburg mit Laim), im Gegensatz zu den radialen Verbindungen, die auf das Stadtzentrum gerichtet sind. Die Ertüchtigung direkter tangentialer Verkehrsverbindungen soll im ÖPNV die auf das Münchner Stadtzentrum orientierten Verkehrsachsen und die zentralen Umstiegspunkte (Hauptbahnhof, Marienplatz, etc.) entlasten und direkte Fahrten zwischen den Stadtvierteln ermöglichen.
Transgender	Als Transgender bezeichnen sich Menschen, die sich nicht mit ihrer gesellschaftlich zugewiesenen Geschlechterrolle identifizieren können oder möchten und sich deshalb sichtbar der traditionellen Zuordnung einer Geschlechtsrolle entziehen und/oder ihr angeborenes Geschlecht wechseln.
urban	= städtisch, großstädtisch (von lateinisch <i>urbs</i> = die Stadt)
WLAN	von englisch <i>Wireless Local Area Network</i> = ein lokales Funknetz, das kabellosen Zugang zum Internet bietet. Öffentliche WLANs verschaffen dabei allen Menschen kostenlosen Zugang zum Internet im Öffentlichen Raum, z.B. über ihr privates Mobiltelefon.